Gedanken

über die

Punktation des Embſerkongreſſes,

und die im

Streit befangene päpſtliche Nunziaturſache

im

römiſchen deutſchen Reiche.

Von

H. D. T. J.

Gedruckt in Deutſchland.

1790.

Vorrede.

Das Reſultat des Embſerkongreſſes, und die neuerlich erhobenen Nunziaturſtreitigkeiten haben in unſern Tagen eine Menge Federn beſchäftiget, und es ſind letztere wirklich ſchon ein Gegenſtand der Deliberationen auf dem Reichstage zu Regensburg geworden.

Was die herausgekommenen Schriften betrifft, ſo iſt ihre Anzahl ſo groß, daß man ſich müde daran liest, und ihr Inhalt iſt meiſtentheils ſo beſchaffen, daß er vielmehr zur Vergrößerung, als zur Beylegung der obwaltenden Streitigkeiten führen könnte: denn wenn man gleich bey vielen Verfaſſern tiefe Einſichten in unſer deutſches Kirchenrecht, und in die Geſchichte überhaupt unmöglich verkennen kann; ſo ſcheint es doch auch wieder, daß die mehrern ſchon zu ſehr Parthey genommen haben, als daß ſie mit kaltem Blute überlegen konnten, was in unſern Zeiten und Umſtänden ſich ausführen, oder nicht ausführen laſſe.

Der Gelehrte am Pult hat ſehr oft nur die Theorie vor Augen, und je nachdem er zum voraus nach gewiſſen angenommenen Grundſätzen geſtimmt iſt, entwirft er Plane, die ſeinem Syſteme entſprechen, ganz unbekümmert, ob ſich die Schwierigkeiten auch in Praxi ſo leicht heben laſſen, als er ſie in Theoria mit einigen Federzügen gehoben hat. Es iſt oft ganz richtig, daß die Sache ſo ſeyn ſoll, wie wir ſie uns vorſtellen. Aber ſie wird doch nicht ſo werden; weil faſt unüberwindliche Schwierigkeiten im Wege ſtehen.

Und das war gerade der Fall in den oben erwähnten Streitigkeiten. Einige glaubten, man müſſe dem römiſchen Papſte alles laſſen, was und wie er es bisher hatte, und ſahen die Beſchränkung in der Ausübung ſeiner Rechte ohne Unterſchied wohl gar als einen Eingriff in ſeine von Gott ihm verliehene Primatialrechte an.

Und wenn ſie ja nicht läugnen konnten, daß der päpſtliche Stuhl auf gewiſſe Dinge kein aus dem Primate unmittelbar abzuleitendes Recht hätte, ſo wandten, und drehten ſie ſich ſo lange, bis ſie durch Beyhülfe etlicher Vernunftſchlüſſe herausbrachten, daß man alles beym alten laſſen müſſe. — Andere

dere giengen einen raſchern Schritt, und allen Streitigkeiten auf einmal ein Ende zu machen, wollten ſie, man ſollte den Papſt ſchlechterdings bis zum römiſchen Biſchofe herabſetzen, und wenn man ihm doch den Primat noch gönnen wollte, ſo müßte dieſer ſo beſchnitten werden, daß er nichts als ein leerer Titel wäre. Wieder andere traten ins Mittel, und da ſie den Primatum jurisdictionis zwar anerkannten, jedoch auch ſahen, daß der Papſt viele Vorrechte habe, welche mit ſelbigem in keiner nothwendigen oder unmittelbaren Verbindung ſtünden, zugleich aber auch die Rechte der Biſchöfe in der Ausübung ſehr beeinträchtigten, ſo verlangten ſie, daß man ſie ihm ſogleich *via facti* entreiſſen ſollte, nachdem aus langer Erfahrung bekannt ſey, daß Rom auf die Beſchwerden der deutſchen Nation wenig achte, und durch allerhand Nebenwege die gehoffte, und verlangte Reformation zu vermeiden wiſſe. Der billig denkende Theil iſt wohl darüber einig, daß man in unſern Zeiten von dem Papſte weder alles, was er beſitzet, zurück fordern, noch alles beym alten belaſſen könne. Und man verſteht dieß nicht von jenen Rechten, und Vorzügen, die dem Primate weſentlich ſind. Dieſe müſſen ohnehin unangetaſtet bleiben, wenn man nicht die von Chriſto ſelbſt angeordnete Kirchenverfaſſung über den Haufen werfen will.

Der römiſche Papſt hat noch viele andere Rechte, und Anſprüche, die dem Primate nicht weſentlich ſind. Auch von dieſen ſollten einige ihm bleiben; die Ausübung anderer hingegen an die Biſchöfe zurückfallen. Aber es entſteht eine zweyfache Frage:

Erſtens: Was ſoll der Papſt in Rückſicht auf die jetzigen Zeiten und Umſtände für das Beſte des deutſchen Episkopats anlaſſen, und was behalten?

Zweytens: Auf welche Art ſoll man das von ihm erhalten? was er anlaſſen ſoll? Die erſte iſt blos theoretiſch, die zweyte praktiſch. Jene befriedigend auflöſen zu können, iſt, wie es den Anſchein hat, durch ſo viele Schriften, die der Embſerkongreß veranlaſſet hat, und durch die Embſerpunktation ſelbſt, wie auch durch die Schriften in der Nunziaturſache genug vorgearbeitet worden.

Zur

Zur Auflöſung der zweyten könnte man wenigſtens die Vorſchläge prüfen, und benutzen, die gemacht worden ſind.

So viel ich ſehe, hat man ſich bisher nur immer bemühet, über einzelne Punkte einig zu werden.

Man hat geſagt: dieß kann man dem Papſte laſſen, und jenes bleibt den deutſchen Erz= und Biſchöfen. Oder man ſetzte den Grundſatz feſt: dem römiſchen Papſte als dem Oberaufſeher, und Primas, dem Mittelpunkte der Einigkeit kämen alle jene Rechte zu, welche aus dieſer Beſtimmung nothwendig herflöſſen; die übrigen, welche nur in den Iſidorianiſchen Dekretalen ihren Grund hätten, ſollten die Biſchöfe wieder ſich zueignen.

Allein dadurch iſt die erſte Frage noch lange nicht zur Entſcheidung reif. Es kann zwar einem und dem andern Uebel abgeholfen, aber aus dem Grunde wird doch der kranke Körper niemals geheilet werden, und nach Verlauf einer kurzen Zeit wird eine neue Krankheit ausbrechen.

Ich will ſagen: auf dieſe Art könne man zwar eine oder die andere Streitigkeit abthun, über einen und den andern Punkt einig werden; allein bald wird es wieder geſchehen, daß über andere noch nicht verglichene Dinge neue Zwiſte erhoben werden.

Es muß nicht ſo aufs ungefähr hin da und dort eine Abänderung getroffen, ſondern ein gewiſſes Syſtem zum Grunde gelegt werden, nach welchem man alle dieſe Abänderungen vornimmt, oder deren Vornahme mit Grunde fordern kann.

Um alſo über die erſte Frage: Was der Papſt anlaſſen, oder behalten ſoll? ins Klare zu kommen, ſollen folgende Punkte zuerſt ausgemacht, und beyde Theile darüber einig werden.

Erſtens: Was iſt die geiſtliche Macht der Kirche überhaupt?

Zweytens: Welche Macht iſt den Biſchöfen nach ihrem Urſprunge, und der Einſetzung Chriſti weſentlich?

Drittens: Welches iſt die weſentliche Macht des Papſtes nach der Einſetzung Chriſti?

Viertens: In welchem Verhältniſſe ſteht nach der Einſetzung Chriſti die geiſtliche, das iſt, die päpſtliche, und biſchöfliche Macht mit der weltlichen Macht, in deren Staaten ſie exiſtiert?

Fünftens: Welche ſind die zufälligen Rechte der geiſtlichen, das iſt, der päpſtlich- und biſchöflichen Macht in Hinſicht der weltlichen Staaten?

Sechstens: Welches ſind die zufälligen Rechte des Papſtes in Rückſicht auf die Biſchöfe beſonders im deutſchen Reiche?

Ehe dieſe Dinge befriedigend auseinander geſetzt ſind, und man ſich darüber verſtanden hat, läßt ſich von allen einzelnen Abänderungen, die man in dem bisher eingeführten Syſteme zu wünſchen Urſache hat, nicht viel gedeihliches hoffen, wohl aber bald wieder eine neue Fehde fürchten.

Nun zur zweyten Frage: Auf welche Art ſoll man das vom römiſchen Stuhle herauskriegen, was er an die deutſchen Biſchöfe anlaſſen ſoll?

Es iſt wohl keinem Zweifel mehr unterworfen, daß ſo eine Abtretung oder Abänderung zum Beſten der deutſchen Kirche geſchehen ſoll. Aber da ſich der päpſtliche Hof bisher nicht freywillig dazu verſtanden, da er (wie die Gegenparthey ſich beſchweret) nur immer den Klagen des deutſchen Episkopats abzuhelfen verſpricht, und nicht abhilft, da er die feyerlichſten Verheiſſungen, zu welchen er ſich in den Konkordaten verpflichtet, öfters übertreten hat, ſcheint es, daß auf einem gütlichen Wege nicht viel gutes zu erwarten ſey.

Darum glauben einige, das ſicherſte Mittel, die deutſchen Biſchöfe wieder in den Beſitz ihrer Rechte einzuſetzen, wäre, wenn man *via facti* darein gienge. Allein dieſer Vorſchlag hat viele, und große Schwierigkeiten in der Ausführung, auf die man, wie es ſcheint, nicht gedacht, oder doch nicht genug Rückſicht genommen hat, geſetzt auch, er wäre der Gerechtigkeit, und der Ehrerbiethung vollkommen gemäß, die man dem höchſten Oberhaupte der Kirche ſchuldig iſt. Ich will nur einige berühren. Wie? wenn die weltlichen Regenten den Biſchöfen alle zufällige Gerichtsbarkeit entrißen, wie ſie die Biſchöfe dem Papſte entreiſſen wollen? Das Beyſpiel könnte Nachahmung wirken, und hat ſie ſchon gewirket, wie wir wiſſen.

Der Weg, auf welchem der Papſt zu ſeinen zufälligen Rechten, und die Biſchöfe zu ihrer zufälligen Gerichtsbarkeit gelanget, iſt beynahe der nämliche, ſo, wie der Ankunftstitel. Wie? wenn es nun ein weltlicher Regent nicht zugeben wollte, daß z. B. auswärtige Biſchöfe, deren Kirchenſprengel ſich in ſeine Länder erſtrecket, in Zukunft jene Rechte ausüben, die zuvor der Papſt ausgeübet hat? Wenn er nach vorgegangenen Beyſpielen Nationalbiſchöfe aufſtellte? Wenn der Biſchof, oder Erzbiſchof in ſeinem Hoch- oder Erzſtifte ſo etwas thun kann, ſo iſts doch ſehr bedenklich, wenn es ein Biſchof in Anſehung fremder Unterthanen ohne Beyſtimmung ihres Landesherrn verſuchen will.

Dieſe und mehrere ähnliche Betrachtungen haben mich veranlaſſet, meine Gedanken ſowohl über die Embſerpunktation, als auch über die Nunziaturſache niederzuſchreiben. Ueberdieß ward auch von mir eine Antwort auf nachſtehende Fragen verlanget:

Erſtens: Wie die in Betreff der im Embſerkongreſſe vorkommenden Punkte und in Betreff der päpſtlichen Nunziaturen in Deutſchland obwaltende Differenzien auf eine billige Art mit dem päpſtlichen Stuhle könnten ausgeglichen werden?

Zweytens: Wie der Vorſchlag anzuſehen ſey, daß keinem Nunzius im deutſchen Reiche die gültige Ausübung was immer für einer Handlung *in cauſſis tam contentioſæ, quam voluntariæ jurisdictionis* auſſer dem einzigen Falle, wo *jura primatus pontificii* eintreten, geſtattet werden ſoll?

Drittens: Ob eine gegründete Hoffnung vorhanden ſey, daß dieſer Antrag des deutſchen Epiſkopats *in Comitiis imperii* die Mehrheit der Stimmen erhalten würde?

Ich konnte der Entſprechung dieſes Verlangens nicht ausweichen, und hatte auch keine Zeit, eine gelehrte Abhandlung zu ſchreiben: ich entſchloß mich alſo, nur jene Gedanken oder Bemerkungen, die ich über die vorwaltenden Streitigkeiten für mich niedergeſchrieben hatte, in eine Ordnung zu bringen, und ſo meine Meynung über das Ganze aufrichtig, und frey zu ſagen.

Ich gieng nun damit ſo zu Werke. Zuerſt beſtimmte ich die geiſtliche Macht der Kirche, die urſprüngliche und weſentliche Macht der Biſchöfe und des römiſchen Papſtes, das Verhältniß derſelben zur weltlichen, die zufälligen Rechte des Papſtes, und der Biſchöfe in Anſehung der weltlichen Staaten, und endlich die zufälligen Rechte des Papſtes in Anſehung der Biſchöfe, beſonders im deutſchen Reiche, und legte dadurch den Grund zur Beantwortung der vorbemerkten drey Fragen. Darauf zeigte ich, daß es erwünſchlich, und ſogar nothwendig ſey in dem bisherigen Verhältniſſe des Papſtes gegen die deutſchen Biſchöfe eine Aenderung zu treffen, und wie ſie am unanſtößigſten, und friedſamſten bewerkſtelliget werden möge?

Weil aber im Embſerkongreſſe bereits ein Vorſchlag zur Erzielung dieſer Abſicht gemacht worden, ſo gab ich über jeden einzelnen Punkt deſſelben meine Meynung ab, und erklärte, was von dem deutſchen Episkopat in Anſehung der darinn vorkommenden Punkte mit Fug, und Recht gefordert werden mag?

Dann folgt der Verſuch eines **Vergleichsentwurfes** zwiſchen dem päpſtlichen Stuhle, und dem Episkopat in Deutſchland, in Betreff der Embſerpunktation, und der Nunziaturangelegenheiten: wie auch eine Antwort auf die zwote, und dritte Frage durch die deutliche Beſtimmung deſſen, wann, wie, und auf was Weiſe den päpſtlichen Nunzien im deutſchen Reiche die Ausübung einiger Gerechtſamen ohne Nachtheil der biſchöflichen Befugniſſe zugeſtanden werden könne? und was dießfalls von den Comitiis Ratisbonenſibus zu hoffen ſey, und was man ſich hievon ſchwerlich, oder gar nie verſprechen darf?

So viel ich weiß, ſo hat dieſe Arbeit Beyfall erhalten, und man hat ſogar den Wunſch geäuſſert, daß ſie öffentlich bekannt gemachet werden möchte: ich finde kein Bedenken dabey, und überliefere alſo dieſe meine Gedanken über die Embſerpunktation, und die Nunziaturſache dem Publikum — ohne Komplimente, die man nach der Sitte bey dergleichen Schriften vorauszuſchicken pfleget — auf **Diskretion.**

In Gefolge der in der Vorrede angezeigten Grundſkizze gegenwärtiger Bearbeitung kömmt die

Erſte Frage:

Was hat die Kirche überhaupts für eine Macht von ihrem göttlichen Stifter erhalten?

zu erörtern.

§. 1.

Chriſtus der Herr iſt auf die Welt gekommen, die Menſchen zu lehren, auf welche Art Gott von ihnen verehret werden wolle, damit ſie ihre ewige Glückſeligkeit erlangen. — Dieſe von ihm verkündigte Art Gott zu verehren heißt Religion, Gnadengeſetz, Evangelium, und hat von ihrem Stifter Chriſtus den Namen chriſtliche Religion.

§. 2.

Die Vereinigung mehrerer Menſchen in Hinſicht auf die Erreichung eines gewiſſen Endzweckes mit gemeinſchaftlichen Kräften, heißt man eine Geſellſchaft.

Hat dieſe Geſellſchaft eine beſtimmte Art Gott übereinſtimmend zu verehren zum Endzwecke, ſo nennet man ſie Kirche. Alſo wird die Geſellſchaft derer, welche ſich vereinigen, Gott auf die von Chriſtus beſtimmte Art zu verehren, die chriſtliche Kirche genennet.

§. 3.

Da kein Endzweck ohne Mittel erreichet werden kann, ſo muß es in der chriſtlichen Kirche ein Beſtimmungsrecht geben, durch welches die Mitglieder derſelben zur ſicherſten Erreichung des geſellſchaftlichen Endzweckes geleitet werden.

§. 4.

Giebt es ein Beſtimmungsrecht in der chriſtlichen Kirche, ſo muß nothwendig von Seite der Mitglieder eine Verbindlichkeit vorhanden ſeyn, ſich nach der Anleitung derjenigen zu richten, die das Beſtimmungsrecht haben. Denn als Chriſtus der Kirche die Macht zu binden, und zu löſen gab — mußte er wohl auch die Mitglieder verbinden haben wollen, ihre dem geſellſchaftlichen Endzwecke zuträgliche Beſtimmungen zu befolgen.

§. 5.

Der ganze Endzweck des Beſtimmungsrechtes in der Geſellſchaft iſt die Erhaltung und Beförderung des gemeinſchaftlichen Beſten. Da nun der geſellſchaftliche Endzweck der Kirche die Uebereinſtimmung im Gottesdienſte, der Gottesdienſt aber innerlich, oder äuſſerlich iſt, ſo folget, daß alles, was zum innerlich, oder äuſſerlichen Gottesdienſte gehört, in der Sphäre des der Kirche zuſtehenden Beſtimmungsrechtes nach der Vorſchrift der Offenbarung liege.

§. 6.

Der innerliche Gottesdienſt beſtehet in der Verehrung Gottes im Geiſte, und in der Wahrheit, und dieſe in dem Erkenntniſſe der göttlichen Vollkommenheiten, und geoffenbarten

Wahr-

Wahrheiten, und in der Einrichtung unſerer Handlungen nach dieſen Erkenntniſſen.

§. 7.

Der Hauptendzweck des göttlichen Stifters der chriſtlichen Religion iſt die Seligmachung des Menſchengeſchlechtes. Dieſe wird durch die Glaubens- und Sittenlehre nach der Vorſchrift Chriſti erreichet; alſo gehören die Glaubens- und Sittenlehren zur Weſenheit der chriſtlichen Religion: folglich ſind die Beſtimmungen der Kirche hierin gewiß und unabänderlich. Denn wären ſie das nicht, ſo würde die Weſenheit der Kirche, die in der Uebereinſtimmung im Gottesdienſte beſtehet, verändert, und hörte eben darum die chriſtliche Kirche auf, die nämliche zu ſeyn.

§. 8.

Die ewige Glückſeligkeit des Menſchen wird nicht nur durch den innerlichen, ſondern auch durch den äuſſerlichen Gottesdienſt erreichet — Dieſer beſtehet in den Handlungen, wodurch die Mitglieder der chriſtlichen Religion den innerlichen Glauben bekennen, und ausüben — Es kann dieſer äuſſerliche Gottesdienſt ohne äuſſeres Gepränge nicht beſtehen — Es müſſen auch in der Kirche gewiſſe Gegenſtände nach Verſchiedenheit der Umſtände beſtimmt werden — Auch dieſe Beſtimmungen zu machen gehört in das Gebiet des Beſtimmungsrechtes der Kirche — Dieſe Beſtimmungen nennet man Zuchtgeſetze, und den Inbegriff davon äuſſere Kirchenzucht.

§. 9.

In der Kirche iſt ein Beſtimmungsrecht vorhanden; die Mitglieder ſind verbunden ihre Handlungen nach der Anleitung der-

jenigen einzurichten, die dieſes Beſtimmungsrecht beſitzen — Wenn alſo dieſe ihren Willen bekannt machen, ſo entſtehet ein Satz — Ein Satz, der zu etwas ſittlich verbindet, iſt ein Geſetz — alſo iſt in der Kirche eine geſetzliche Macht.

§. 10.

Wo eine geſetzliche Macht iſt, muß auch das Recht ſeyn, die Geſetze in zweifelhaften Fällen auf die Handlungen der Untergebenen anzuwenden — Dieſes Recht, in zweifelhaften Fällen zu entſcheiden, nennet man die rechtſprechende Macht — alſo giebt es in der Kirche eine rechtſprechende Macht.

§. 11.

Die geſetzliche, und rechtſprechende Macht muß ein Mittel haben, die Widerſpenſtigen zur Erhaltung des gemeinſamen Endzweckes zu bewegen, oder ſie der Güter zu berauben, die die Erhaltung des gemeinſamen Endzweckes gewähret, dieſes Mittel nennet man Strafe, alſo hat die Kirche auch die Macht zu ſtrafen — Dieſe Strafe wird der Kirchenbann genennet.

§. 12.

Die Mittel können von keiner andern Weſenheit ſeyn, als von welcher der Endzweck ſelbſten iſt. Da nun die Weſenheit des Zweckes der Kirche, nämlich das ewige Seelenheil der Menſchen, pur geiſtlich iſt, ſo ſind auch die Mittel zum Zwecke pur geiſtlich. Daraus folget, daß das Beſtimmungsrecht, die geſetzgebende, rechtſprechende, und ſtrafende Macht in der Kirche **blos geiſtlich** ſey.

§. 13.

§. 13.

Es gehört zum Dogma der katholiſchen Religion, daß Chriſtus die vorbeſchriebene Macht in ſeiner Kirche hauptſächlich den Apoſteln, und ihren Nachfolgern den Biſchöfen, eine Art von Obermacht aber dem Petrus verliehen habe, die ſeit der Exiſtenz der Kirche bis auf unſere Zeiten fortgedauert hat, und die eben ſo wenig, als jene der Biſchöfe, aufhören kann — Man nennet den Biſchof, der dieſe Obermacht ausübet, den Papſt, und die Obermacht den Primat. Alſo wird die geiſtliche Macht in der Kirche hauptſächlich durch den Papſt, und die Biſchöfe ausgeübet *).

*) Da die Kirche bisher immer den römiſchen Biſchof für den Nachfolger des heil. Petrus im Primate gehalten, ſo iſt begreiflich, warum der Primat dem römiſchen Biſchofe zuſtehet. — Da neben dem Papſt und den Biſchöfen auch den Prieſtern, und Diakonen ein Theil der biſchöflichen Gewalt mitgetheilet iſt; ſo erhellet, daß es in der Kirche eine Rangordnung göttlicher Einſetzung gebe, zu welcher die Kardinäle, Erzbiſchöfe, Erzprieſter, Dechante ꝛc. nicht gehören, und daß folglich die Hierarchie dieſer von kirchlicher Einſetzung ſey. — Nun entſtehet die

Zweyte Frage.

Was haben die Biſchöfe für eine Macht, und was für Rechte nach der Einſetzung Chriſti?

§. 14.

Die Biſchöfe ſind Nachfolger der Apoſtel, alſo haben ſie mit ihren Vorgängern die nämlichen Rechte, die nämliche Macht, die nämlichen Verbindlichkeiten.

§. 15.

Die Apoſtel haben auch die ordentliche Gewalt zu binden und zu löſen unmittelbar von Chriſto dem Herrn empfangen — alſo empfangen auch die Biſchöfe, als Nachfolger der Apoſtel, ihre Gewalt unmittelbar von Chriſto, und nicht vom Papſte; ſonſt wäre ihre Einſetzung nicht von Chriſto, ſondern vom Papſte — ſie wären keine Nachfolger von den Apoſteln, ſondern Vikarien vom Papſte; das alles gegen den klaren Schriftſinn iſt.

§. 16.

Die Biſchöfe regieren alſo ihre Kirche, worüber ſie geſetzet ſind, im eigenen Namen, und nicht vicario modo; ſonſt könnte die Schrift nicht ſagen: *quod poſiti ſint a Spiritu ſancto regere Eccleſiam Dei.*

§. 17.

Die Gerichtsbarkeit der Biſchöfe erſtrecket ſich auf die ganze Heerde, die ihnen zu weiden vom heiligen Geiſte anvertraut iſt. Es kann alſo nach der urſprünglichen Einſetzung Niemand davon ausgenommen ſeyn.

§. 18.

Nachdem die Biſchöfe vom heiligen Geiſte geſetzet ſind über die ganze ihnen anvertraute Heerde zu wachen, das iſt für das Heil aller Seelen in ihrem Kirchenſprengel zu ſorgen; ſo müſſen ſie nothwendig die Mittel zur Erreichung dieſes Endzweckes in Handen haben. Es muß alſo in ihrer Gewalt ſtehen, ſich Mitarbeiter in der Seelſorge zu beſtimmen — das iſt, Prieſter zu weihen, denen ſie die Seelſorge anvertrauen.

§. 19.

Da die Prieſterweihe urſprünglich mit der Beſtimmung zur Seelſorge, und eben darum mit der Verleihung einer Pfründe verbunden war, ſo folgt, daß, gleichwie das Recht, Prieſter zu weihen, ein urſprüngliches Recht der Biſchöfe war, auch das Recht, alle Pfründen in dem anvertrauten Kirchenſprengel zu verleihen, ein urſprüngliches Recht der Biſchöfe ſey *).

*) Da die Prieſterweihe in ſpätern Zeiten mit der Beſtimmung zur Seelſorge, und mit der Verleihung einer Pfründe nicht mehr verbunden ward; ſo iſt begreiflich, warum die Verleihung der Pfründen nach und nach an andere, als die Biſchöfe, ja gar an die Laien gekommen iſt.

§. 20.

Die Biſchöfe ſind geſetzet für das Heil ihrer Untergebenen zu wachen, alſo haben ſie die Pflicht, eingeriſſene Irrlehren und Sittenverderbniſſe auszurotten, und zu verhüten; die Pflicht kann ohne das Recht, den Zuſtand des anvertrauten Kirchenſprengels zu unterſuchen, nicht beſtehen. Alſo haben die Biſchöfe das Recht und die Pflicht zu viſitiren, oder ſich um den Zuſtand ihrer Kirchenſprengel, und Untergebenen umzuſehen.

§. 21.

Chriſtus hat den Apoſteln die geſetzgebende Macht zum Beſten der allgemeinen Kirche verliehen: die Biſchöfe ſind Nachfolger der Apoſtel; alſo haben die Biſchöfe bey Entſcheidungen der allgemeinen Kirche eine richterliche Entſcheidungsmacht.

§. 22.

Die Biſchöfe ſind unmittelbar von Gott eingeſetzte Hirten, alſo haben ſie in ihren Kirchenſprengeln das Beſtimmungsrecht, die

die entſcheidende, rechtſprechende, und ſtrafende Gewalt — die ſie zur geiſtlichen Wohlfahrt ihrer Untergebenen ausüben können.

§. 23.

Eine Hauptpflicht der Biſchöfe iſt die Beförderung des allgemeinen geiſtlichen Beſten ihrer Untergebenen, und die Erhaltung guter Zucht und Ordnung, beſonders bey der Geiſtlichkeit. Wenn alſo zur Erreichung dieſes Endzwecks die Zuſammenberufung eines Diözeſan-Synods ein nothwendiges, oder dienſames Mittel iſt, ſo ſtehts in ihrer Macht, dieſen zu convociren, und darin Diözeſangeſetze zu verfaſſen.

§. 24.

Wer die Pflicht hat für das Heil ſeiner Untergebenen zu ſorgen, dem können die hiezu nothwendigen Mittel unmöglich geſperrt ſeyn.

Wenn alſo das Seelenheil eines Untergebenen bey der Beobachtung eines ſolchen allgemeinen Kirchengeſetzes leidet, das hauptſächlich das geiſtliche Beſte der Chriſten, und nicht das allgemeine Beſte der ganzen Kirche zum Gegenſtande hat; ſo muß der Biſchof das Recht haben zu erklären, daß die Kirche einen ſolchen Untergebenen zur Beobachtung des Geſetzes nicht verbinden wolle — Dieſes Erklären heißt im Kirchengeſetze diſpenſiren. Alſo kann der Biſchof nach dem Umfange ſeiner Macht mit den Untergebenen ſeines Kirchenſprengels in derley auch allgemeinen Kirchengeſetzen diſpenſiren. Nach dieſer Erörterung der urſprünglichen, nach der Einſetzung Chriſti den Biſchöfen zuſtehenden Rechte kömmt nunmehr die

Dritte

Dritte Frage
zu beantworten.

Was hat der Papſt für eine Macht, und was für Rechte nach der Einſetzung Chriſti?

§. 25.

Der allgemeine Grund= und Erkenntnißſatz der päpſtlichen Macht muß aus dem Endzwecke ihrer Einſetzung hergeleitet werden; nun hatte Chriſtus bey der Einſetzung der päpſtlichen Obergewalt, oder des Primats keinen andern Endzweck, als die Einigkeit in der Kirche. Alſo hat der Papſt nach der Einſetzung Chriſti alle diejenigen Rechte, ohne welche die Einigkeit in der Kirche nicht erhalten werden kann.

§. 26.

Die Einigkeit in der Kirche wird alsdann erhalten, wenn die unveränderlichen Beſtimmungen der Glaubens= und Sittenlehren, dann der allgemeinen Kirchenzucht einförmig beobachtet werden; alſo muß derjenige, welcher als der Mittelpunkt der Einigkeit in der Kirche aufgeſtellet iſt, für dieſe Beobachtung in der ganzen Kirche Sorge tragen: alſo muß er auch ein Mittel zu dieſem Zwecke in der Hand haben; dieſes Mittel iſt kein anderes als das Recht, zu fordern, daß ihm die Berichte von dem Zuſtande der Glaubens= und Sittenlehre, dann der allgemeinen Zuchtgeſetze aller Kirchen in der Chriſtenheit erſtattet werden — folglich gehört dieſes Recht weſentlich zum Primate des Papſtes.

§. 27.

Mit dem Recht, Berichte von dem Zuſtande aller Kirchen zu fordern, iſt das Recht, ſich hievon ſelbſt, oder durch andere zu informiren, weſentlich verbunden; alſo hat der Papſt das Recht, Leute zur Einholung dieſer Information in die ganze Chriſtenheit abzuſchicken, man mag nun dieſe Leute Nunzien, Legaten, Kommiſſarien, oder Vikarien nennen, denn der Name ändert die Sache nicht *).

*) Siehe Febronius de ſtatu Eccleſiæ Cap. II. de primatu ejusque juribus §. VI. Bullioni apud Guillelmum Evardi 1763.

§. 28.

Wer das Recht hat, ſich durch Einforderung der Berichte, oder durch Abgeordnete von dem Zuſtande der Kirchen zu erkundigen, dem kann das Befugniß nicht abgeſprochen werden, die Vorſteher der Kirchen, in welchen Abweichungen von der Glaubens- und Sittenlehre, oder allgemeinen Zuchtgeſetzen erfunden werden, zu ermahnen, daß ſie die entdeckten Mängel verbeſſern, und die Beſtimmungen der Kirche in Erfüllung bringen; mithin iſt das Recht, die Kirchenvorſteher an die Erfüllung ihrer Amtspflichten zu erinnern, und beym Unverfange die nöthige Verbeſſerungen **ſelbſt** vorzukehren weſentlich zum Primate des Papſtes gehörig.

§. 29.

Erſieht der Papſt aus den eingeſchickten Berichten, oder ſelbſt eingeholten Informationen, daß die Abweichungen von den allgemeinen Kirchenbeſtimmungen in der Glaubens- und Sittenlehre,

lehre, und in der Kirchenzucht in einer oder mehrern Partikularkirchen ſo weit um ſich gegriffen, daß dem Uebel durch Ermahnungen nicht abgeholfen werden kann, oder daß dieſe fruchtlos verbleiben; ſo muß derſelbe das Recht haben, ein wirkſameres Mittel an die Hand zu nehmen, den Endzweck ſeiner Gewalt zu erreichen.

Für das wirkſamſte Mittel, Irrlehren und Spaltungen in der Kirche beyzulegen, ward von Urzeiten her die Zuſammenrufung allgemeiner Kirchenverſammlungen gehalten; alſo iſt die Zuſammenrufung allgemeiner Kirchenverſammlungen ein dem Primat des Papſtes weſentlich anklebendes Recht *).

*) Die hiebey eintretenden Rechte der Regenten werden durch dieſes Primatsrecht des Papſtes nicht ausgeſchloſſen.

§. 30.

Mit dem Rechte, allgemeine Kirchenverſammlungen zuſammen zu rufen, iſt auch das Recht, denenſelben perſönlich oder durch Abgeordnete vorzuſitzen, verknüpfet; alſo gehört das Vorſitzrecht bey den allgemeinen Konzilien zum Primat des Papſtes *).

*) Es verſteht ſich von ſelbſt, daß das Recht des Vorſitzes den Biſchöfen ihr Stimmrecht nicht benimmt.

§. 31.

Da das Recht zu ſorgen, daß die Kirche von Irrlehren, und Spaltungen rein verbleibe, die Mittel dieſer Sorge jedesmal nach Erheiſchung der Umſtände durch die zweckdienlichſten Vorkehrungen in Ausübung zu bringen vorausſetzet, und da unter dieſe Mit-

tel die Ermahnungen (§. 28.) und bey deren Unverfange die Zuſammenrufung allgemeiner Kirchenverſammlungen (§. 29.) gezählet werden; ſo folget, daß in Fällen, wo ein Konzilium nicht zuſammen gerufen werden kann, und voraus zu ſehen iſt, daß bey längerm Verſchub das Uebel zunehmen würde, der Papſt nach den aufhabenden Primatspflichten verbunden ſey, derley Uebeln *proviſorie* zu ſteuern — Dieſe proviſoriſche Vorkehrungen beſtehen in Erklärungen zweifelhafter Fälle in Glaubens- und Sittenlehrſachen, und in Handhabung der allgemeinen Kirchenzuchtgeſetze: alſo iſt das proviſoriſche Erklärungsrecht in Glaubens- und Sittenlehrſachen — und das Beſchützungsrecht der allgemeinen Kirchenzuchtgeſetze ein weſentliches Primatsrecht *).

*) Wo auf einer Seite ein unſtreitiges Recht etwas zu verordnen iſt, da muß auf der andern Seite unſtreitig eine Verbindlichkeit ſeyn der Verordnung nachzukommen. Weil nun der Papſt in den angezeigten Fällen das Recht hat, die zweckdienliche proviſoriſche Vorkehrungen zu treffen; ſo ſind die Gläubigen gehalten, ſo lange ſich nach dieſen Vorkehrungen zu achten, bis nicht das Gegentheil durch einen allgemeinen Kirchenrath, oder durch die Uebereinſtimmung der zerſtreuten Kirche entſchieden iſt. Sieh Febronius §. 8. l. c.

§. 32.

Es würden die Primatsrechte, gemäß welcher der Papſt die Macht und die Pflicht hat, nachläßige Vorſteher ihrer Pflichten zu erinnern, die Beobachtung der kanoniſchen Satzungen zu betreiben, Irrlehren, und Spaltungen zu heben, oder zu verhindern, ein ganz unwirkſames Mittel ſeyn, die Einigkeit, wegen der alleine der Primat eingeſetzet iſt, zu erhalten, wenn er nicht auch

das Recht hätte, nach allen fruchtlos verſuchten Mitteln die Nachläſsigkeit der unmittelbaren Vorſteher zu suppliren, und die Widerſpenſtigen nach Ausweiß der kanoniſchen Satzungen zu beſtraſen *).

*) Siehe Febronius, L. c. §. 7. n. 1. 2. 3.

§. 33.

Die Sorge für die ganze Kirche iſt ein weſentliches Primatsrecht des Papſtes — dieſe Sorge kann nicht ausgeübet werden, wenn nicht derjenige, dem ſie aus göttlicher Anordnung anvertraut iſt, die Macht hat, für die Gläubigen das zu thun, was die Nothwendigkeit, oder der Nutzen ihres ewigen Seelenheiles erfordert: da es ſich nun oft eräugnet, daß das Seelenheil der Gläubigen ihre Befreyung von der Befolgung allgemeiner Kirchenverordnungen erfordert, ſo folget, daß die Macht zu erklären, daß die Kirche ſolche Gläubige, deren Seelenheile die Befolgung eines allgemeinen Kirchengeſetzes nachtheilig ſeyn würde, hiezu nicht anhalten wolle, dem Primate weſentlich anhänglich ſey. Dieſes Erklären heißt diſpenſiren, folgſam hat der Papſt das Recht, die Gläubigen von der Beobachtung allgemeiner Kirchenverordnungen nach dem Geiſt der kanoniſchen Satzungen, das iſt in Fällen, wo die öffentliche Nothwendigkeit oder der Nutzen der Kirche, oder das Seelenheil der Gläubigen ſubverſirt, zu diſpenſiren *).

*) Febronius ſagt in ſeinem Buche de ſtatu Eccleſiæ Cap. II. §. 4. n. 7. *inſuper æquum eſt, & patitur univerſalis Eccleſia, ut Romanus Pontifex tanquam Caput in Legibus a Conciliis etiam generalibus latis ſapienter diſpenſet; eo ſcilicet Caſu, quo ipſummet Concilium diſpenſaturum eſſet.* Ja es iſt dieſe Macht in allgemeinen Kirchenverordnungen zu diſpenſiren dem

Päpſte ſogar in dem Baslerkonzilium nicht in Anſpruch genommen worden. Siehe T. XII. Collect. Concil. Labbé pag. 691. inter epiſt. Synod. n. 9.

§. 34.

Das Recht, Ablässe zu verleihen, ſtehet der ganzen Kirche zu; da aber die ganze Kirche dieſes Recht nicht immer ausüben kann, ſo werden die Ablässe im Namen der ganzen Kirche von dem Papſte in Gemäßheit des aufhabenden Kirchenprimats ausgeſpendet.

§. 35.

Nachdem einmal angenommen iſt, daß der Papſt nicht nur alleine den Primatum honoris, ſondern auch den Primatum Jurisdictionis beſitze, ſo iſt nicht abzuſehen, warum nicht das Recht, Appellationen in der letzten Inſtanz, ſervata ceteroquin Canonum forma, das iſt obſervato medio, *quoad Cauſſas pure Eccleſiaſticas* anzunehmen, zum Primat des Papſtes gehören ſoll *).

*) Was die Ausübung dieſes Rechtes anbelanget, ſo iſt die Art und Weiſe zu beobachten, die in Conciliis beſonders in Trid. ſelbſt dießfalls beſtimmet worden iſt.

§. 36.

Alle übrige, bisher nicht erwähnten Rechte des Papſtes gehören nicht zur Weſenheit des von Chriſto eingeſetzten Primats, ſo, daß ſie gar nicht davon abgeſöndert werden können; ſondern ſie ſind nur zufällige Rechte deſſelben, wovon an ſeinem Orte inſonderheit das behörige vorkommen wird *).

*) Die bisher angeführten Grundſätze werden heut zu Tage allgemein für unbezweifelt anerkennet, und angenommen, und nur von jenen widerſprochen, welchen daran liegt, wider den Schriftſinn, wider die Tradition, wider die Praxis der Kirche von allen Zeiten, und wider die geſunde Vernunft zu

behaup=

behaupten, der Papſt ſey ganz unbeſchränkter Monarch in der chriſtlichen Kirche, und die Biſchöfe die von ihm beſtellten Sachwalter; auf dieſe Meynung, und die daraus folgenden Sätze kann keine Reflexion genommen werden; ich habe ſie alſo auch auſſer aller Rückſicht gelaſſen, weil ſie gewiß in qualicunque providentia bey praktiſchen Unterhandlungen keiner Aufmerkſamkeit werden würdig geachtet werden.

Vierte Frage.

Wie verhält ſich die nach den bisherigen Grundſätzen beſtehende geiſtliche Macht des Papſtes, und der Biſchöfe, das iſt die Macht der Kirche nach der Einſetzung Chriſti, in Bezug auf die weltlichen Staaten, in denen ſie exiſtirt?

§. 37.

Die Weſenheit der geiſtlichen Macht iſt die nämliche in jedem weltlichen Staate, in dem ſie exiſtirt, was ſie an ſich iſt. Der Zuſtand der geiſtlichen Macht nach der Einſetzung Chriſti kann ſich durch die Aufnahme der Religion in einem weltlichen Staat eben ſo wenig ändern, als die Religion ſelbſt; denn was jede Sache nach ihrer Natur, und Weſenheit iſt, das iſt, und bleibt ſie immer gleich; was alſo die geiſtliche Macht nach der Einſetzung Chriſti, an und für ſich betrachtet, zu thun vermag, oder nicht vermag, das kann ſie, oder kann ſie nicht; wenn ſie in einem weltlichen Staate exiſtirt.

§. 38.

Da die Weſenheit der geiſtlichen Macht in der Beförderung der ewigen Glückſeligkeit der Menſchen beſtehet — da dieſe Glückſelig-

ſeligkeit als der einzige Endzweck der von Chriſto geſtifteten Religion durch den innerlichen Glauben an die geoffenbarten Wahrheiten, und durch die äuſſerlichen Religionshandlungen erreichet wird, ſo erſtrecket ſich die geiſtliche Macht über alles, was zu dieſem Glauben, und den äuſſerlichen Religionshandlungen gehört, die Direktionsmittel zur ewigen Seligkeit der Menſchen als dem alleinigen Endzweck der Religion ſind.

§. 39.

Chriſtus der Herr konnte keine Religion, und keine Macht ſtiften, welche aus ihrer Natur, und Weſenheit mit der Beförderung der zeitlichen Glückſeligkeit weltlicher Staaten unvereinbarlich iſt, ſo wie Gott keine weltliche Macht einſetzen konnte, die aus ihrer Natur der Beförderung der ewigen Glückſeligkeit der Menſchen nach Vorſchrift der Offenbarung widerſtünde — Wäre eins, oder das andere möglich, ſo könnte ſich der Urheber des Natur- und des Gnadengeſetzes widerſprechen; das iſt nun aber unmöglich, alſo können beyde Mächte die geiſtliche, und die weltliche in einem Staate beyſammen ſeyn, ohne daß ſie in Erreichung ihrer Endzwecke einander hinderlich ſeyn.

§. 40.

Die chriſtliche Religion lehret den Menſchen wahre Tugend, ermuntert ihn zu jedem Guten durch ewige Belohnungen, ſchrecket von allem, was bös iſt, zurück durch Bedrohung ewiger Strafen — verbietet ſogar die Gedanken, und Begierden zum Böſen, die blos im Herzen entſtehen, wohin keine weltliche Macht reichet, und erſticket dadurch den Keim zum Schlimmen — befiehlt den Chriſten die Nachahmung des göttlichen Stifters als unver-

brüch-

brüchliche Pflicht — und hat Liebe Gottes, und des Nächſten, und Gehorſam gegen alle rechtmäßige Obern, beſonders gegen die Regenten zum Fundamentalgeſetze. — Ein guter Chriſt muß alſo nothwendig ein guter Bürger ſeyn, folglich iſt die Religion auch ein Beförderungsmittel der zeitlichen Glückſeligkeit, und die geiſtliche Macht die Beförderinn dieſes Mittels nach Chriſtus Einſetzung.

§. 41.

Der Chriſtmenſch wird durch die geoffenbarte Glaubens- und Sittenlehren, und durch die Uebung der chriſtlichen Tugenden unmittelbar zum ewigen Seelenheile geleitet; die geiſtliche Macht hat ſich in der Beſtimmung, und Erklärung der geoffenbarten Wahrheiten des Beyſtandes des heiligen Geiſtes zu erfreuen, ſie kann ſohin in dieſen Dingen der Beförderung der zeitlichen Glückſeligkeit weltlicher Staaten, in denen ſie exiſtirt, **niemals hinderlich ſeyn.**

§. 42.

Da aber die Religion auch äuſſerliche Handlungen erfordert, welche nicht alle unmittelbar, wie die geoffenbarten Glaubens- und Sittenlehren — ſondern nur mittelbar zum ewigen Seelenheile führen: und da die Macht der Kirche die Leitung der Chriſten zur ewigen Glückſeligkeit zum Zwecke hat, ſo muß ſich nothwendig ihre Gewalt auch über dieſe Handlungen als Mittel zum Zwecke erſtrecken; das iſt, ſie muß den Chriſten auch ſolche äuſſerliche Handlungen, wodurch ſie zum ewigen Seelenheile geleitet werden, gebieten, und jene verbieten können, welche ſie davon abführen.

§. 43.

In dieſen Dingen hat ſich die Kirche, was die Auswahl der Mittel betrifft, des Beyſtandes des heiligen Geiſtes nicht zu erfreuen, indem ihr dieſer nur in Glaubens- und Sittenſachen, das iſt, in Erklärung des göttlich- und natürlichen Rechtes verheiſſen iſt, nicht alle individuelle Handlungen aber, wodurch der Menſch nur mittelbar zum übernatürlichen Endzwecke geleitet wird, zum göttlich- und natürlichen Rechte gehören. — Es kann zwar die Kirche in ſolchen Dingen nichts befehlen, was wider das göttliche, oder natürliche Recht iſt, und nichts verbieten, was von göttlich- oder natürlichem Rechte geboten iſt; alleine ſie kann ſolche Mittel zum Zwecke wählen, die mit der Beförderung der zeitlichen Glückſeligkeit nicht vereinbarlich ſind. — Die Geſchichte aller Jahrhunderte ſeit der Stiftung der chriſtlichen Religion beweiſet es, daß Kirchengeſetze gemachet worden ſind, die in Anſicht gewiſſer Partikularkirchen ſelbſt im geiſtlichen Betrachte unannehmbar waren — die für ganze Nationen nicht paßten, und die nach Zeit und Umſtänden nicht nur mit der Beförderung der zeitlichen Wohlfahrt gewiſſer Staaten nicht mehr beſtehen konnten, ſondern ſelbſt in Anſicht des geiſtlichen Endzweckes aufhörten nutzbar zu ſeyn.

§. 44.

Ob nun ſchon die Kirchenmacht derley Handlungen, wodurch der Menſch mittelbar zum ewigen Seelenheile geführet wird, durch Geſetze beſtimmen kann; ſo iſt es doch für die Kirche Chriſti Geſetz, daß ſie ſolche Mittel hiezu wähle, die mit der Beförderung der zeitlichen Wohlfahrt weltlicher Staaten vereinbarlich ſind, und

und ſich derjenigen nicht bediene, woraus für den Staat Schaden, oder Unheil entſtehen kann.

§. 45.

Es hat jeder Bürger, und ſelbſt der Regent des Staates, in welchem die Kirche exiſtirt, die Obliegenheit, in allen dem zu gehorchen, worinn die geiſtliche Macht nach den Grundſätzen der von Chriſto eingeſetzten Religion zu befehlen das Recht hat: und der Regent hat noch überhin die Pflicht, die kirchliche Macht hierinn zu unterſtützen, und zu wachen, daß der Religion kein Nachtheil zugehe, indem es Niemand mehr, als ihm daran gelegen iſt, daß dieſes Vervollkommungsmittel der zeitlichen Glückſeligkeit aufrecht erhalten, und nicht verdorben werde.

§. 46.

Ein jeder Regent hat aber auch das unbeſtreitbare Recht zu ſorgen, daß in ſeinem Staate die zeitliche Wohlfahrt befördert, und alles, was derſelben nachtheilig ſeyn könnte, entfernet bleibe. — Da nun die Kirchenmacht in Dingen, wodurch der Menſch mittelbar zum ewigen Seelenheile geleitet wird, auf Mittel verfallen kann, welche mit der Beförderung der zeitlichen Wohlfahrt des Staates nicht beſtehen; ſo kann der Regent fordern, daß die in ſeinem Staate exiſtirende Kirchenmacht dergleichen Direktionsmittel nicht beſtimme, bevor er nicht über ihre Vereinbarkeit mit der Beförderung der zeitlichen Wohlfahrt ſeines Staates geurtheilet, und darüber ſeine Meynung eröffnet hat.

§. 47.

Aus eben dieſem Grunde hat der Regent das Recht, zu fordern, daß jene Geſetze, mit deren Beobachtung die zeitliche Glückſeligkeit

ſeines Staates nicht mehr beſtehen kann, oder deren Befolgung demſelben gar ſchädlich würde, abgeändert, oder gar aufgehoben werden.

Dem Regenten hat Gott die Verbindlichkeit auferleget, das zeitliche Wohl ſeiner Staaten zu befördern, ſomit auch alles, was demſelben ſchadet, davon hindan zu halten: alſo muß ihm auch von Gott das Recht verliehen ſeyn, von der in ſeinem Staate exiſtirenden Kirchenmacht zu fordern, daß ſie in jenen Dingen, welche mit der zeitlichen Wohlfahrt unvereinbarlich ſeyn können, ohne ſeine Einſicht, und Beurtheilung über ihre Unſchädlichkeit nicht fürfahre, jene aber, welche wegen veränderten Zeiten, und Umſtänden aufhören nützlich zu ſeyn, oder anfangen ſchädlich zu werden, aufhebe, oder zur Erreichung ihres Endzweckes ſich ſolcher Mittel bediene, mit welchen die zeitliche Wohlfahrt beſtehen mag.

§. 48.

Der Regent hat dieſe Rechte als Beſchützer ſeines Staates von Gott. Chriſtus konnte der Kirche keine Macht verleihen, die mit der Beförderung der zeitlichen Glückſeligkeit weltlicher Staaten aus ihrer Natur unvereinbarlich wäre — alſo haben die Vorſteher der Kirche die Obliegenheit, ſolche Geſetze, welche dem Staate ſchädlich ſeyn könnten, dem Regenten zur Voreinſicht, ob ſie mit der Beförderung der zeitlichen Wohlfahrt beſtehen oder nicht? vorzulegen, und jene ſchon beſtehende aufzuheben, oder umzuändern, deren Unvereinbarlichkeit mit der zeitlichen Wohlfahrt der Regent angiebt, als welcher alleine über die Frage zu urtheilen hat, was dem Staate ſchädlich iſt, oder mit der Beförderung der zeitlichen Wohlfahrt deſſelben nicht beſtehen kann.

§. 49.

Weil jedoch der Kirche unſtreitig das Recht zuſtehet, die Gläubigen auch durch äuſſerliche Religionshandlungen zum ewigen Seelenheile zu leiten; ſo iſt die geſetzgebende Macht in derley Diſciplinſachen unſtreitig bey der Kirche, nur mit der Beſchränkung, daß ſie keine mit dem Beſtande der zeitlichen Wohlfahrt unvereinbarliche Mittel zu ihrem Zwecke wähle, ſomit zur Vermeidung aller Kolliſion dergleichen Verordnungen vor ihrer Kundmachung dem Regenten zu dem Ende vorläufig mittheile, damit er urtheilen kann, ob nichts dem Staate nachtheiliges darinn enthalten ſey. Es iſt alſo mehr Schmeicheley für die Regenten als Wahrheit in dem Satze enthalten — daß ſelbe aus landesherrlicher Macht auch ſolche Diſciplingeſetze machen können, wodurch die Chriſten durch äuſſerliche Handlungen mittelbar zum ewigen Seelenheil geführet werden. Iſt aber die geſetzgebende Macht in ſolchen Diſciplinſachen bey der Kirche, ſo kann einem Regenten das eigenmächtige Aufhebungsrecht derley beſtehenden Geſetze, wenn ſie auch mit der Wohlfahrt ſeines Staates nicht mehr beſtehen, nicht wohl zuſtehen; ſondern er hat, wenn es den ordentlichen Weg gehen ſoll, die Kirchenvorſteher von der Nothwendigkeit der Abänderung, oder völliger Aufhebung ſolcher Verordnungen mit Vorlegung der Urſachen ihrer Unvereinbarlichkeit mit dem Beſten des Staates zu informiren, wo ſelbe nicht entſtehen werden, ſeinem Verlangen zu entſprechen, und nähmen ſie Anſtand, ſo blieben dem Regenten nach dem aufhabenden Beſchützungsrecht ſeiner Staaten noch immer Mittel genug in Handen, die Verbindlichkeit zu ſo einem ſchädlichen Geſetz zu entkräften *).

*) Die Behauptung, daß der Staat überhaupt die geſetzgebende Gewalt in Kirchendiſciplinſachen habe, iſt gewiß gegen die Praxis der älteſten Zeiten des Chriſtenthumes. — Aber auch die Behauptung, daß die Kirche Diſciplingeſetze ohne alle Rückſicht auf die weltlichen Staaten machen könne, läuſt wider die Begriffe von der Vereinbarlichkeit der Religion mit dem Naturrechte. Von darum iſt hierinfalls die Eintracht zwiſchen Kirche und Staat, oder ein gemeinſames Verſtändniß derſelben das erwünſchlichſte — und einzige Mittel, Fried und Ruhe in beyden zu erhalten.

Fünfte Frage.

Was hat die geiſtliche Macht der Kirche, das iſt, des Papſtes, und der Biſchöfe, beſonders im deutſchen Reiche, für zufällige Rechte in Anſicht der weltlichen Staaten?

§. 50.

In die Sphäre der geiſtlichen Macht und Gerichtsbarkeit gehört nach den Begriffen von ihrer Weſenheit nach der Einſetzung Chriſti alles dasjenige, was zur Erreichung des übernatürlichen Endzweckes der ewigen Seligkeit des Menſchen, und zur Erhaltung der innerlichen Konſtitution, als ein proportionirtes unmittelbares, oder mittelbares Direktionsmittel nothwendig, oder dienſam iſt.

Endzweck und Mittel ſind weſentlich mit einander verknüpfet: entweder ein Endzweck, und alſo auch Mittel zum Endzwecke, ſomit eine Macht, oder keine Mittel zum Endzwecke, und alſo auch kein Endzweck, ſomit auch keine Macht.

§. 51.

Alle die Dinge, welche zur Erreichung des übernatürlichen Endzweckes der ewigen Seligkeit in keinem Betrachte Direktionsmittel ſind, gehören nicht zu der Weſenheit der geiſtlichen Macht; denn Endzweck, und Mittel müſſen ſich rapportiren. —

Die ewige Glückſeligkeit des Menſchen iſt der alleinige Endzweck der in der Religion eingeſetzten geiſtlichen Macht — folglich ſind alle die Dinge kein Mittel zum Endzwecke, wodurch die ewige Seligkeit des Menſchen nicht befördert wird — mithin gehören alle die Dinge nicht zur Weſenheit der geiſtlichen Macht.

§. 52.

Nun giebt es aber Dinge, worüber die geiſtliche Macht eine Gewalt ausübet, die weder unmittelbar noch mittelbar zur Erreichung des ewigen Seelenheiles gehören, oder über welche die geiſtliche Macht weder aus der Natur der Religion, noch nach der Einſetzung Chriſti, und der Apoſtel eine Gewalt auszuüben hat, die ſie jedoch wirklich ausübt —

Man betrachte nur die Menge der Gegenſtände, welche ad Jurisdictionem eccleſiaſticam gerechnet werden, und man wird finden, daß die Menſchen ſelig werden könnten, wenn ſchon die Kirchenvorſteher bey den mehreſten derenſelben keine Gerichtsbarkeit auszuüben hätten.

§. 53.

Alle dieſe Dinge gehören alſo zur zufälligen Macht der Kirche — weil dahin alles gezähler werden muß, was zum über-

übernatürlichen Endzweck der ewigen Seligkeit **kein Direktionsmittel** iſt. Die Kirche oder die geiſtliche Macht hat die Gerichtsbarkeit über dieſe Dinge von **auſſen blos zufällig** — durch Gnade der weltlichen Regenten, durch Privilegien, durch Verträge — durch einen unfürdenklichen Beſitzſtand. Der Verfolg der Geſchichte zeiget den Urſprung, Fortgang und Wachsthum, wodurch die geiſtliche Macht in den Beſitzſtand dieſer zufälligen Rechte verſetzet worden iſt, zu augenfällig, als daß daran gezweifelt werden könnte.

§. 54.

In den erſten chriſtlichen Jahrhunderten hatten Päpſte und Biſchöfe unter den heidniſchen Regenten ihre Sorge einzig, und alleine auf die Erhaltung der Religion zu heften — auf deren Bekenner von allen Seiten mit den grauſamſten Verfolgungen losgeſtürmet wurde — Beten, Wachen, Tröſten, Leiden war der Antheil der erſten Chriſten — beſonders ihrer Oberhirten. Die Nachahmung Jeſu Chriſti in der Heiligkeit ſeines Lebens war der Ruhm, den die Chriſten geſuchet — und mit ihrem Blute erworben haben.

Da die Biſchöfe ihre Seele für ihre Heerde hingaben, ſo folgte dieſe freudig, und gutwillig ihrem Hirten — und der ſich widerſetzte, ward für ein Kind des Satans gehalten, welcher der Vater der Hoffart, und des Ungehorſames iſt. — Wie dazumal die geiſtliche Macht ausgeübet wurde, zeigen die Sendſchreiben des heiligen Paulus, die Briefe der Biſchöfe, und Märtyrer, Ignaz, Klemens, Polykarp ꝛc. — Alle Ermahnungen, und Verordnungen hatten die Abwendung der Seelengefah-

gefahren von den Gläubigen — und die Beförderung der ewigen Seligkeit zum alleinigen Augenmerke. —

Hier iſt keine Spur von Ausübung einer zweydeutigen Gerichtsbarkeit.

Man kann ſagen — die geiſtliche Macht verhielt ſich dazumal ganz nach dem Zwecke ihrer Einſetzung.

§. 55.

Die erſten chriſtlichen Kaiſer verſchafften der Religion und Kirche, beſonders was die Ausübung der Religionshandlungen betraf, Freyheit und Schutz — Sie fiengen auch an, den Vorſtehern der Kirche zum Lohne ihrer Bemühungen für die Religion, und für das Beſte der Unterthanen gewiſſe Freyheiten und Privilegien zu verleihen, übten aber dabey immer ihre Rechte, was das äuſſerliche Kirchenregiment betrifft, ſo aus, daß ſie ſich als Biſchöfe auſſer der Kirche betrachteten.

§. 56.

Zwiſchen dem 5ten, 6ten und 7ten Jahrhundert war die geiſtliche Macht mit Verdammung und Verhütung verſchiedener Ketzereyen, dann Feſtſtellung und Erklärung der Dogmen ſo ſehr beſchäftiget, daß ſie ſich um Erweiterung ihrer Gränzen im Zufälligen nicht vieles bekümmern konnte — dabey aber war ihr Anſehen theils wegen der Heiligkeit, und Vortrefflichkeit der Biſchöfe, theils wegen ihrer Wiſſenſchaft und Billigkeitsliebe ſo groß, daß nicht nur weltliche Privatleute ihnen ihre Streithändel zur Entſcheidung vortrugen, ſondern daß ſogar die größten Fürſten ihre Zwiſtigkeiten, Anſtände und

Zweifel an die Kirchenverſammlungen ſchickten, und Erörterung darüber begehrten. — Wie mehr durch die öftere Einfälle der fremden Völker in die römiſchen Provinzen das Reich der Wiſſenſchaften zerſtöret wurde, je größer wurde das Anſehen der Biſchöfe, die ihre Trümmer noch erhielten. — So wuchs die geiſtliche Macht — und ihr Einfluß in weltliche Geſchäfte ſtufenweiſe an. Es wurde anfangs dieſer Einfluß von derſelben nicht ſo faſt geſucht, als vielmehr nur angenommen — bis die Nachfolger in ſpätern Zeiten, weil ſie es immer ſo ſahen, im Ernſte dafür hielten, daß ihnen dieſer Einfluß von Rechts wegen gebührete.

§. 57.

Unter den fränkiſchen Königen aus dem Merovingiſchen Stamme wurden die Biſchöfe auch zu weltlichen Verſammlungen gezogen, es wurde ihnen aufgetragen über gewiſſe Gegenſtände der Disciplin Berathſchlagungen anzuſtellen, die Reſultate hievon in der Verſammlung vorzutragen, wo ſie von den Königen beſtättiget, und die Exekution hievon angeordnet wurde.

Da nun die Regenten an dem, was die Biſchöfe ordneten, weſentlichen Antheil hatten, oder nahmen, und die Biſchöfe bey weltlichen Geſchäften ebenfalls das nämliche thaten; ſo wurde zwar Eintracht und Friede durch dieſe Zuſammenſtimmung erhalten, und die allgemeine Wohlfahrt beſtens erzielet — Allein die Begriffe von der geiſtlich- und weltlichen Macht haben ſich bald verwickelt — indem in der Zeitfolge die Regenten aus dieſer Verfahrungsart den Schluß zogen, ſie wären in geiſtlichen Sachen aus landesherrlicher Macht verfahren — die

Bi-

Biſchöfe hingegen behaupteten, es gebühre ihnen eine Art von Gerichtsbarkeit, oder wenigſtens Einſicht und Theilnahme in weltlichen Sachen.

§. 58.

Dieſe Ideen von dem nothwendigen Einfluſſe der geiſtlichen Macht in weltliche Geſchäfte wurden durch den Vorgang mit Pipin dem Kurzen noch mehr beſtärket; da ſelber die Genehmigung der von ihm unternommenen Thronentſetzung Königs Childebert des III. vom Papſt Zacharias, und zugleich ſeine Beſtätigung, Salbung, und Krönung verlangte.

So viele Politik Pipin bey dieſem Schritt in Hinſicht auf ſeine Sicherheit haben mochte, ſo viele hatte gewiß auch Papſt Zacharias, dieſem Anſuchen zu willfahren, um dadurch den Begriffen von der Macht des Papſtes und der Kirche in irdiſchen Dingen eine größere Ausdehnung, und Feſtigkeit zu geben. So blöde war doch die Geiſtlichkeit derſelben Zeiten nicht, daß ſie nicht den Zuſammenfluß aller günſtigen Umſtände hätte benutzen wollen — wie dann der Papſt die Sache ſo einzurichten wußte, daß eben dieſer Pipin mit dem Exarchat von Ravenna, das er den Longobardiſchen König Aiſtulph, der es den Griechen entriß, abzutreten nöthigte, dem päpſtlichen Stuhle im Jahre 755. ein Geſchenk machte, und dadurch zu dem heutigen Kirchenſtaat den Grund legte — freylich nicht in dem Grade, zu welchem er durch Benutzung günſtiger Umſtände ſich erſchwungen hat; denn die Päpſte mußten dazumal den fränkiſchen Königen den Eid der Treue ſchwören, und ihre Geſetze beobachten.

§. 59.

Die fränkiſchen Könige wurden ſeit dem Jahre 752. bis 875. immer von den Päpſten geſalbet, und gekrönet — Da die Anfangs willkürliche Gerichtsbarkeit der geiſtlichen Macht zuletzt für einen nothwendigen Einfluß geachtet wurde, ſo folgerten die Päpſte aus der Anfangs von dem König Pipin, und ſeinen Nachfolgern willkürlich gewählten Krönungszeremonie eine ihnen gebührende ordentliche Beſtätigung der Kaiſer, in der Maaß, daß im Jahr 875. Papſt Johann der VIII. erkläret hat: der Kaiſer, weil er von uns muß geweihet werden, muß auch von uns zum erſten, und förderſamſt berufen, und gewählet ſeyn. Was an dem Ungrunde dieſer Prätenſionen, und des nothwendigen Einfluſſes der geiſtlichen Macht in zeitlichen Dingen noch gezweifelt werden konnte, das räumte der Iſidorus Merkator mit ſeinen falſchen Dekretalen vollends aus dem Wege; da er durch Päpſte der erſten Jahrhunderte als die ſicherſten Gewährleiſter der Macht, die Chriſtus ſeiner Kirche gegeben hatte, die gleichförmigen Ausſprüche thun ließ: daß die höchſte Gewalt überhaupt — alſo auch in zeitlichen Dingen — der geiſtlichen Macht, ſomit den Biſchöfen in jedem Staate, dem Papſte hingegen über alle Biſchöfe auch im geiſtlichen zuſtünde. —

§. 60.

Kaiſer Otto ließ ſich Anno 962. vom Papſte Johann XII. krönen — aber auch den Eid der Treue ſchwören, und unerachtet die falſchen Dekretalen überall öffentlich gelehret, und alle Großen, die ſtudirten, darinn meiſtens von Biſchöfen unter-

terwieſen wurden, ſo übten doch die Kaiſer juſt das Gegentheil von dem aus, was die Dekretalen beſagten.

Alleine der Erfolg hat gezeiget wie unklug es ſey, Leute öffentlich in Grundſätzen unterrichten zu laſſen, denen die Handlungen der Regenten widerſprechen; und wie wenig es eine noch ſo große Macht gegen ſolche von Unterthanen eingeſogene Grundſätze halten kann, ſo bald ſich Kabale, und Selbſtintereſſe beſonders unter religiöſen Vorwänden mit ins Spiel menget.

§. 61.

Als die Biſchöfe Deutſchlands vom Kaiſ r Otto die ſchönſten Herzogthümer, Grafſchaften, und Städte ſamt den herrlichſten Regalien in der Abſicht erhielten, daß ſie ſeine Macht und Anſehen gegen die weltlichen Herzoge unterſtützen ſollten — ſeine Nachfolger aber ihr kaiſerliches Anſehen wegen ihrem deſpotiſchen Verfahren gegen die ein- und andere auf das äuſſerſte verhaßt gemachet hatten, indem ſie Päpſte, Biſchöfe, und Herzoge nach ihrem Belieben ab- und einſetzten; ſo vereinigten ſich die Biſchöfe mit den Herzogen gegen die mißbrauchte kaiſerliche Macht — ſomit wie es in ſolchen Umſtänden allemal ergehet, wider die Macht ſelbſt; ſie ſuchten ſich ſo unabhängig zu machen, als es ihnen möglich war, bis ſie unter Anführung Gregors des VII. zu ihrem Endzweck gelangten.

§. 62.

Dieſer Papſt hatte Muth und Entſchloſſenheit genug dem deſpotiſchen Verfahren der Kaiſer in Anſicht der geiſtlichen Pfründen Schranken zu ſetzen. — Die Grundſätze der falſchen Dekretalen hat-

hatten in dem Verſtande aller, die darinn unterrichtet waren, eine Art von Ueberzeugung befeſtiget. Die Kaiſer glaubten zwar aus der immerwährenden Entgegenhandlung, daß ſie von dieſen Grundſätzen in ihrer Macht nichts zu befürchten hätten. — Allein Kaiſer Heinrich der IV. ſah ſich durch eben dieſe Grundſätze vom Papſte aller ſeiner Länder und Würden entſetzt, und ſeine Nachfolger mußten der geiſtlichen — beſonders päpſtlichen Uebermacht einräumen, zu was ſie ſich nach den dazumal herrſchenden Grundſätzen berechtiget zu ſeyn glaubte, wenn ſie ſich je in ihren Ländern ſicher wiſſen wollten. Die Papſt- und Biſchofswahlen wurden unabhängig — Kaiſer Lothar mußte ſich wirklich im Jahre 1125. vom Papſte beſtätigen laſſen, und die Iſidorianiſchen Grundſätze in Anſicht der geiſtlichen Gerichtsbarkeit in zeitlichen Dingen wurden zum pragmatiſchen Geſetze.

§. 63.

Bis auf das Jahr 1273. beſonders nach dem Tode Kaiſers Friederich des Zweyten, ſchritt Rom in dieſen Grundſätzen fort, und alles ward verwirrt. — Da die Biſchöfe Fürſten waren, ſo machten ſie mit den übrigen weltlichen Fürſten — wenn es auf die Verminderung der kaiſerlichen Macht ankam — faſt allemal gemeine Sache; und da wards den Reichsfürſten eine unbezweifelte Wahrheit, daß der Papſt den Kaiſer entſetzen, und ihn ſeiner Länder berauben könnte. — Dann mußten die Kaiſer, um den päpſtlichen Hof zu gewinnen Kreuzzüge ins heilige Land vornehmen, wo unterdeſſen die Reichsfürſten ihre ſchon angemaßte Unabhängigkeit immer mehr und mehr feſtſetzten. — Wollte aber der Papſt aus ſeinen Abſichten mit dem Kaiſer einhalten,

und

und gegen die Reichsfürſten die nämlichen Grundſätze ausüben; ſo wurden Verbindungen gemacht, die den Kaiſer bald wieder vermochten, beym päpſtlichen Stuhle daran zu ſeyn, daß ſelber ſeine Maaßregeln fahren laſſen möchte, damit ſie nicht durch das Schwerdt verlören, was ihnen durch Verſchonen mit Exkommunikationen zu behalten vergünſtiget war. Im Grunde hatten die Päpſte, und Biſchöfe die Oberhand: man mißbrauchte, und wurde mißbrauchet. Es mag ſeyn, daß die Päpſte die Abſicht nicht hatten, die deutſchen Fürſten ſo frey zu machen — aber die Biſchöfe, die auch Fürſten waren, wünſchten ſich doch eben ſo, als die andern weltlichen Fürſten frey zu ſeyn. Und gewiß iſt es, daß die deutſchen Reichsfürſten überhaupts die Gründung ihrer wirklichen Macht, und der heutigen Verfaſſung größtentheils den Begriffen von der Obermacht des Papſtes über die weltliche Macht, und das Epiſcopat ſeine beſitzende geiſtliche Jurisdiktion in zeitlichen Dingen den Begriffen von der indirekten Kirchengewalt in die Temporalitäten nach dem Lehrgebäude, welches auf den Iſidorianiſchen Prinzipien aufgeführet worden, zuzuſchreiben haben. —

§. 64.

Wenn ſchon im dreyzehenden Säkulum der Obermacht des Papſtes über die weltliche Macht nach den Begriffen, die man bis dahin ſeit zweyhundert Jahren hatte, ein Ende gemachet worden; ſo blieb doch immer die Theorie davon — und in Praxi wurde ſo viel Gebrauch von Seiten der Geiſtlichkeit gemachet, als man konnte. Man half ſich endlich mit den

Kon-

Konkordaten aus dem Gedränge in Anſicht des päpſtlichen Stuhles. — Und die Biſchöfe ſahen ſich ebenfalls von Zeit zu Zeit bemüßiget über die Ausübung der geiſtlichen Jurisdiktion, und des Diözeſanrechtes mit den weltlichen Fürſten, in deren Länder ſich ihre Kirchenſprengel erſtreckten, Verträge zu ſchlieſſen, wobey immer die in falſis Decretalibus enthaltene Lehre von der ex jure divino herrührenden Immunität in zeitlichen Dingen zum Grunde genommen, und auf die Principia de poteſtate Eccleſiæ indirecta in Temporalia fortgebauet wurde. — Man beſtritt ſtetsfort die Mißbräuche des römiſchen Hofes, und verſtopfte die Quelle nicht, aus der ſie alle herſtrömten.

In den Concilien zu Koſtnitz und Baſel kam man ihr zwar näher; alleine bald mußte man der Intrigue weichen, und die Sache blieb — was die Grundprinzipien anbelangt — beym alten. Rom wollte ſich über die Verbindlichkeit der Konkordaten hinausſetzen — die deutſche Nation führte Beſchwerden dagegen — da wurden die Zwiſtigkeiten wieder ausgeglichen, oder die bekränkten Partheyen fanden kaiſerliche Unterſtützung, und Rom mußte nachgeben: ſo hauste man unter immerwährender Abwechslung von Fried, und Unfriede fort, bis endlich die Sorge für den katholiſchen Glauben ſelbſt die kleinen Differenzien ein wenig hemmte, oder vielmehr dem Papſt und den Biſchöfen ihren Beſitzſtand *quoad Exercitium jurisdictionis eccleſiaſticæ in temporalibus & civilibus* unangefochten ließ.

§. 65.

Die Proteſtanten, und Reformirten gaben der Kirche *quoad Dogma* zu ſchaffen, und man hatte Mühe, die deswegen entſtandenen

denen Unruhen zu ſtillen, worunter ſich das Staatsintereſſe verſchiedener Mächte, und ſelbſt des römiſchen Hofes trefflich zu verſtecken wußte; man konnte eben darum an die Wurzel der Mißbräuche der geiſtlichen, beſonders der päpſtlichen Gewalt nicht kommen. Man begnügte ſich einen Firniß darüber zu ziehen; aber aus dem Grunde heben — wollte oder konnte man ſie nicht. Gegen die Proteſtanten ward keine andere Rettung der geiſtlichen Gerichtsbarkeit nach den herrſchenden Begriffen mehr möglich, als daß man ſie ihnen nicht als ein Territorialrecht, ſondern als ein *jus epiſcopale ſuſpenſum* ausüben ließ — und man dachte an keinen Unterſchied zwiſchen der **weſentlichen** und **ganz zufälligen** geiſtlichen Macht.

§. 66.

Seit dieſer Zeit gieng es überhaupt nach dieſen Prinzipien mit der Ausübung der geiſtlichen Gerichtsbarkeit, und des Diözeſanrechtes ſo fort. Den Eingriffen des päpſtlichen Hofes wurde durch kaiſerliche Reichshofrathsſchlüſſe, wohin von den gravirten Theilen meiſtens rekurrirt worden iſt, immerhin größerer Widerſtand gezeiget, auch die Forderungen deſſelben möglichſt eingeſchränket.

§. 67.

Verſchiedene Regenten des deutſchen Reichs ſahen die Ausübung der geiſtlichen Gerichtsbarkeit von Seiten der auswärtigen Fürſtbiſchöfe in Anſehung der abgeänderten Zeitumſtände für nachtheilig oder impraktikabel an. Man ſtritt gegen einander mit Deduktionen, man verwahrte ſich mit Proteſtationen, die katholiſchen Landesherrn fuhren Via facti durch — und lieſſen

 den

den Ordinariaten das flebile Beneficium proteſtandi; endlich ſah man ſich, um aus dem ärgerlichen Gezänke zu kommen, beederſeits bemüßiget, Konkordaten zu machen, wobey eben ſo viele Punkte unentſchieden blieben, als man ausgeglichen hatte, weil man über Generalgrundſätze nicht einig werden konnte; auf dieſe Weiſe entſtunden wieder neue Streitigkeiten, die wieder neue Verſtändniſſe veranlaßten, und ſo waren die zufälligen Rechte der geiſtlichen Gerichtsbarkeit nach der **Verſchiedenheit** der Lande, in welchen ſelbe von den Hochwürdigſten Biſchöfen ausgeübet wurde, deren Diözeſen darinn entlegen ſind, **verſchiedentlich** geſtaltet.

§. 68.

In den baieriſchen Landen ward um das Jahr 1767. der geiſtlichen Jurisdiktion der Hochwürdigſten Fürſtbiſchöfe, deren Kirchenſprengel ſich darein erſtreckten, eine völlige Umſtaltung bedrohet — dadurch wurde der bekannte Kongreß in Salzburg im Jahre 1770. veranlaſſet, wo man die Uebereinkommung in den Grundſätzen unter den Biſchöfen ſelbſt zum Endzweck hatte, um hinnach mit deſto ſtärkerem Nachdruck gegen die baieriſche Beeinträchtigungen agiren zu können.

Allein man wurde über die Generalgrundſätze unter ſich ſelbſt nicht vollkommen einig, und Baiern war bey den angefangenen Unterhandlungen auf das Anerkenntniß ſolcher Fundamentalgrundſätze ſchon gar nicht zu vermögen. Man brachte es von Seiten des Epiſcopats in einigen Jahren nicht weiter, als daß man *in cauſſis ſponſalium & divortii* die *Cognition*, und *Judicatur circa cauſſas connexas* gegen das Recht, *ſuper valore* zu erken-

kennen, an Baiern anließ, und bey dem Punkt von den Prälatenwahlen das Cärемoniale regulirte.

Im übrigen hatte es bey der alten Unbeſtimmtheit ſein Verbleiben.

§. 69.

In den öſterreichiſchen Staaten hat es mit den zufälligen Rechten der geiſtlichen Macht ein ganz anders Ausſehen bekommen. Se. kaiſerliche Majeſtät haben als Regent ihrer Länder ſich berechtiget zu ſeyn gehalten, in allen denen kirchlichen Gegenſtänden Geſetze vorzuſchreiben, welche nicht den Glauben und die Sakramente betreffen. Sie glaubten das Recht zu haben, aus landesherrlicher Machtsvollkommenheit in allen Dingen zu befehlen, welche nicht den Geiſt, und die Seele betreffen, oder welche ihren Grund nicht in der Einſetzung Chriſti haben.

Sie ſahen in allen dieſen Dingen die geiſtliche Macht als eine fremde Macht in ihren Staaten an, und geduldeten es daher nicht, daß dieſe Macht eine geſetzgebende Gewalt darinn ausübe, die Sie, den Glauben und die Sakramente ausgenommen, alleine ausüben zu können prätendirten.

Alle Diſciplinarkirchengeſetze, und Verordnungen der Biſchöfe mußten die Begnehmigung von Allerhöchſtdenenſelben erhalten, und dann bekamen ſie erſt eine Verbindlichkeit, und wurden zum Staatsgeſetze.

§. 70.

Aus dieſen Gründen haben Ihro kaiſerliche Majeſtät in ihren Staaten die Exemtionen und Klöſter aufgehoben — das

Alter zur Ablegung gültiger Ordensgelübde beſtimmet — Ehehinderniſſe ſtatuirt — die geiſtliche Immunitätsprivilegien (pure Perſonaldiſciplingegenſtände ausgenommen) aufgehoben, folgſam der geiſtlichen Gerichtsbarkeit im zufälligen — das iſt in dem, was nicht den Glauben und die Sakramente, und die zum ewigen Heil nothwendigen oder dienſamen Direktionsmittel betrifft, ein Ende gemacht.

§. 71.

Was Allerhöchſtdieſelbe als Landesherr für ihre Staaten gethan haben, das wünſchen Sie als Kaiſer, daß es im ganzen römiſchen Reiche geſchehen möchte — und Sie haben wirklich erkläret, daß Sie die Ausübung einer päpſtlichen Gewalt durch die Nunzien in Deutſchland nicht geduldeu, indem Sie als Reichsoberhaupt nicht zugeben könnten, daß im deutſchen Reiche **eine fremde Macht** ausgeübet würde, **ohne Unterſchied**, ob unter dem Ausdruck fremde Macht die **geiſtliche** oder **weltliche** verſtanden werde.

§. 72.

Die zufälligen Rechte, *) welche die geiſtliche Macht überhaupt, und inſonderheit im deutſchen Reiche, in Anſicht der weltlichen Staaten prätendirt, ſind

a) das Privilegium fori, & Canonis, ſohin b) das Privilegium Competentiæ. c) Immunitas perſonalis, realis, & localis, und was davon abhängt.

Es prätendiren alſo die Biſchöfe Deutſchlandes, daß alle Cauſſæ temporales, civiles & criminales, wo ein Geiſtlicher der

Be-

Beklagte iſt, item alle Cauſſæ in materia beneficiaria, juris patronatus, matrimoniales, aſyli &c. ad forum eccleſiaſticum geeignet ſeyen **).

*) Die Rechte der Biſchöfe werden zufällig genennet, wofür weder ein Grund im Naturrechte, noch in der Offenbarung, noch in der Weſenheit der Kirchenhierarchie liegt. Nun haben aber alle oberwähnte Rechte hierinn keinen Grund, alſo ſind ſie pur zufällige Rechte der Kirche.

**) Wenn ſchon die Biſchöfe dieſe Rechte nur zufällig, das iſt, nach ihrem Urſprunge als ein Privilegium, oder als eine Gnade von weltlichen Regenten erhalten haben; ſo beſtehen ſie doch im deutſchen Reiche mit allem Fuge auf derenſelben fortwährender Ausübung, und haben einen zureichenden Grund ſich gegen jede Entgegenhandlung einzelner Reichsſtände zu beſchweren: denn alle dieſe Freyheiten und Begünſtigungen ſind ihnen durch feyerliche Reichsabſchiede, Friedensſchlüſſe ꝛc. von Kaiſer und Reich beſtätiget worden, ſie können ihnen alſo von einzelnen Ständen nicht entriſſen werden, weswegen auf dießfallſige Klägden der Biſchöfe wider derley Eingriffe bey allerhöchſten Reichsgerichten *in poſſeſſorio* allemal für dieſelbe geſprochen wird.

§. 73.

So wenig ſich über die Ausübung der weſentlichen Rechte nach der Einſetzung Chriſti in Fällen, wenn von Seiten der weltlichen Mächte Eingriffe in dieſelbe gewaget werden, ein Vertrag ſchlieſſen läßt, ſo rathſam, und billig iſt es, den Frieden, und die Eintracht zwiſchen Kirche, und Staat in allen Kolliſionsfällen durch gütliches Uebereinkommen herzuſtellen, die ſich in Anſicht der zufälligen biſchöflichen Rechte, und zweifelhafter Gegenſtände ergeben. Welches auch Zeug der Erfahrung, und der ſo vielfältig zwiſchen den Biſchöfen, und Regenten eingegangenen Konkordaten am Ende allemal geſchehen mußte, wenn den gemein=

meinſchädlichen Streitigkeiten ein Ende verſchaffet, oder das Epiſcopat nicht der Gefahr ausgeſetzet werden wollte, noch mehr zu verlieren. — Darinn liegt die Urſache des Unterſchiedes der Verfaſſung der Bißthümer Deutſchlandes, in der ſie mit den Regenten, in deren Landen ihre Kirchenſprengel entlegen ſind, in Anſicht ihrer zufälligen Rechte ſtehen. Uebrigens iſt es von ſelbſt erſichtlich: daß es zu meinem gegenwärtigen Zwecke nicht nothwendig war, von den Rechten der deutſchen Biſchöfe etwas anzuführen, die ſie als Fürſten haben; obſchon dieſe auch nur zufällige Rechte ſind: denn meine Abſicht iſt nur von jenen zufälligen Rechten zu reden, die ſie als Biſchöfe ſeit Jahrhunderten ausüben, wenn ſie ihnen ſchon nach der Einſetzung Chriſti, und aus der Natur, und Weſenheit der ihnen zuſtehenden geiſtlichen Kirchenmacht nicht gebühren.

Sechste Frage.

Was hat der Papſt, als das Oberhaupt in der Kirche für zufällige Rechte in Anſicht der Biſchöfe, beſonders im deutſchen Reiche?

§. 74.

In die Kategorie der zufälligen Rechte der kirchenoberhauptlichen Macht gehört alles dasjenige, was zu Erreichung des von Chriſto bey Stiftung ſeiner Kirche, und Einſetzung eines ſichtbaren Oberhauptes vorgehabten Zweckes weder unmittelbar noch mittelbar nothwendig, oder dienſam iſt *).

*) Der Papſt hat in Gefolge des von Chriſto eingeſetzten Primats die oberſte Sorge, Wachſamkeit, Aufſicht, Defenſionspflicht über Religion, Sitten, Ord-

Ordnung, und allgemeine Zuchtgeſetze in der ganzen Kirche. Er muß alſo nothwendig alle jene proportionirten Mittel in ſeiner Gewalt haben, ohne welche ihm dieſer Endzweck nicht erreichbar iſt. — Daraus folget, daß all jenes, was weder Zweck, noch Mittel in Anſicht des von Chriſto eingeſetzten Primats iſt, und doch vom Papſte ausgeübet wird, nur zufällig ſey.

§. 75.

Da das ausſchlüßige Recht, Biſchöfe einzuweihen, und zu beſtätigen nach Vorſchrift des IV. Can. Conc. Nicæni, dem Metropolitan mit ſeinen Suffraganen eigen war, und als dieſe nicht allemal zugegen ſeyn konnten, demſelben mit ſtillſchweigender Einwilligung der Kirche allein überlaſſen ward, ſo folgt, daß das Einweihungs- und Beſtätigungsrecht der Biſchöfe der Natur des Primats weſentlich, oder unabſönderlich nicht anhänglich ſey *).

*) Erſt von den Zeiten des Papſtes Alexander des III. ſcheinen die Päpſte ſich dieſes Recht ausſchlüßig zugeeignet zu haben — da hievon öfters Meldung geſchieht, als Cap. 1. 2. 3. 4. X. de Transl. Epiſc. item Cap. 15. 18. 19. 20. X. de Elect. &c.

§. 76.

Der das Beſtätigungsrecht hat, dem gebührt auch das Recht die Poſtulationes zu geſtatten, oder zu begnehmigen — Da alſo dem Papſte das Beſtätigungsrecht der Biſchöfe reſervirt iſt, ſo ſind auch die Poſtulationes reſervirt — aber eben darum wie jenes dem Primate nicht weſentlich eigen.

§. 77.

Die Annahme oder Beygebung eines Koadjutors mit der Nachfolge iſt dem Papſte erſt zu Ende des XIII. Jahrhunderts reſervirt

ſervirt worden. Vid. Cap. unic. de cler. ægrot. in 6. Was Bonifacius der VIII. Anno 1298. ſagte, das hat das Conc. Trid. Seſſ. XXV. de Refor. c 7. in ſubſtantia wiederholet, worinn geſagt wird: quod ſi urgens neceſſitas, aut evidens utilitas Cathedralis Eccleſiæ, vel monaſterii id poſtulet, non alius detur Coadjutor, quam Cauſſa per Papam diligenter cognita, eaque lege, ut qualitates in ipſo Prælato deſideratas Coadjutor habeat.

§. 78.

Die Ueberſetzungen der Biſchöfe waren ein Befugniß des Metropolitan, und ſeiner Suffraganen. Wie es aus dem Can. 37. Cauſ. 7. q. 1. klar erhellet, und es iſt keine richtige Stelle vor Papſt Innozenz dem III. aufzuweiſen, aus welcher unbezweifelt bewieſen werden könnte, daß die Päpſte geglaubt haben, das Ueberſetzungsrecht der Biſchöfe ſey ein zur Weſenheit des Primats gehöriges, oder von demſelben unabſönderliches Recht.

§. 79.

Vor den Zeiten, wo das Beſtätigungsrecht dem päpſtlichen Stuhle noch nicht vorbehalten war, iſt auch nicht bekannt, daß die Reſignationen der Biſchöfe ein Vorbehalt deſſelben waren. Die Reſervation der Bißthumsreſignationen war eine natürliche Folge der Reſervation des Beſtätigungsrechtes der Biſchöfe, weswegen dieſe zween Fälle auch vom Papſt Innozenz dem III. in Cap. 2. X. de Transl. zuſammengeſetzet werden per verba: *translatio, depoſitio. ceſſio, non tam conſtitutione canonica, quam inſtitutione divina ſoli ſunt Romano Pontifici reſervata.*

§. 80.

§. 80.

Daß die Abſetzungen der Biſchöfe von den Metropoliten und ihren Suffraganen geſchahen, davon liefert den vollen Beweis das Conc. Antiochenum Can. 14. & 15. das Sardicenſe Can. 3. 4. 7. Conſtantinopol. I. Can. 6. Chalced. Can. 9 und mehr andere. Die in Decreto Gratiani angeführten Briefe des Papſtes Anacleti, Sixti I. Hygini, Eleutherii ſec. II. Zephyrini, Fabiani, Sixti II. ex Seculo III. in welchen das Recht, Biſchöfe abzuſetzen, den Päpſten zugeſprochen wird, ſind notoriſch alle erdichtet, und unterſchoben, und probiren alſo pro jure eſſentiali Pontificis deponendi Epiſcopos ex natura primatus lediglich nichts. Daraus iſt jedoch abzunehmen, daß Papſt Innozenz III. im oballegirten Cap. II. X de Transl. dieſe unterſchobene Briefe zum Grunde ſeines Vorgebens geleget habe, da er ſagt: quod depoſitiones Epiſcoporum *non tam jure Canonico*, *quam* inſtitutione divina Romano Pontifici ſint reſervatæ. Auch das Conc. Trid. ſcheinet Cap. V. Seſſ. XXV. darauf gebauet zu haben, worinn es ſtatuirt, *quod cauſſæ criminales graviores contra Epiſcopos*, *etiam hæreticos*, *quod abſit*, *quæ depoſitione*, *aut privatione dignæ ſunt*, *ab ipſo* tantum *ſummo Pontifice cognoſcantur & terminentur.*

§. 81.

Die Errichtung neuer Bißthümer war in den erſten Zeiten ein Vorrecht der Erzbiſchöfe und Partikularkonzilien, wie es in Decr. Gratiani Cauſſa XVI. q. I. Can. 50. 51. und ex Decretalibus Cap. 16. de Majorit. & obed. zu erſehen iſt. Alleine in der occidentaliſchen Kirche ſind neue Bißthümer ſeit den älteſten Zeiten vom Papſte errichtet worden. Weswegen Innocentius I. an

den Eugubiniſchen Biſchof Dezentius folgendes ſchrieb: *Manifeſtum eſſe, in omnem Italiam, Gallicas, Hiſpanicas, Africam, atque Siciliam & Inſulas interjacentes nullum inſtituiſſe Eccleſias, niſi eos, quos venerabilis Apoſtolus Petrus, aut ejus Succeſſores conſtituerunt Sacerdotes.*

Ueberhaupt müſſen die Rechte des Papſtes, als römiſchen Patriarchen, und Primas, mit jenen des apoſtoliſchen Primats nicht vermiſchet werden.

§. 82.

Auf gleiche Weiſe iſt das Recht, Erzbißthümer zu errichten, ein Reſervat des Papſtes geworden, welches Zweifels ohne im IX. Jahrhunderte bey Gelegenheit der falſchen Dekretalen entſtanden iſt, in welchen apud Grat. Diſt. 80. Can. 2. das Fragment eines Briefes des Papſtes Klemens I. an den Apoſtel Jakobus, genannt den Bruder des Herrn, dann Diſt 99. Can. I. die zwote Epiſtel des Papſtes Anaklet angeführet wird, worinn man dieſe Päpſte ſagen macht, daß ſie Erzbiſchöfe, Metropoliten, Primaten, Patriarchen, eingeſetzet haben.

§. 83.

Endlich haben die Päpſte auch das Recht, die Erträgniſſe eines Bißthumes von einem Jahre, in jedem Erledigungsfalle, ſich zugeeignet. Der Anfang dieſer Forderung wird in das XIV. Säkulum verſetzet: die Form aber, welche in Bezahlung dieſer Erträgniſſe zu beobachten iſt, hat erſt Papſt Bonifazius der IX. vorgeſchrieben. Man heißt dieſe Geldablieferungen nach Rom Annaten.

Was für Beſchwerden gegen dieſe Annaten von der deutſchen Nation von Zeit zu Zeit geführt worden, iſt aus der Geſchichte zu bekannt, als daß es nöthig wäre, ſolches weitwendig hier anzuführen.

§. 84.

Dieſe ſind nun die berufenen *Reſervationes cauſſarum majorum ſummæ Sedis.* —

Sie ſind Rechte, in deren ausſchlüßigen Beſitz der Papſt erſt in ſpätern Jahrhunderten gekommen iſt: ſie ſind alſo eben darum keine weſentliche aus der Einſetzung Chriſti vom päpſtlichen Primat unabſönderliche, ſomit zufällige Rechte deſſelben *).

*) Da die Erzbiſchöfe von der Kirche eingeſetzet worden, wobey der Papſt als Oberhaupt zu betrachten iſt, ſo leiden dieſe erzbiſchöflichen von der Kirche beſtimmten Rechte ebenfalls eine Veränderung — und mußten ſie leiden, wie die Form, und Vorſchrift aufhörte, unter welcher ihnen die Ausübung davon von der Kirche zugeſtanden worden iſt. Es iſt dieſes ganz natürlich, wenn man betrachtet, daß die ganze erzbiſchöfliche Macht nur von der kirchlichen Einſetzung herkommet, weswegen man auch fragen könnte, wer dann die den Erzbiſchöfen in der erſtern Kirche eingeräumte Gewalt über andere Biſchöfe, und Bißthümer, zuvor ausgeübet habe? und von wem dieſe Gewalt den Erzbiſchöfen urſprünglich übertragen worden ſey? ob nicht dieſe ganze Gewalt der Erzbiſchöfe nur zufällig geweſen, und in ſo weit ſie exiſtirt, noch ſey? bey wem ſie alſo eigentlich exiſtirt habe? — und an wen ſie dann wieder zurückfallen müßte, wenn ſie aus einer andern menſchlichen Anordnung wieder aufgehöret hat?

§. 85.

Neben den obernannten Reſervationibus cauſſarum majorum hat der Papſt noch andere zufällige Rechte, die in eigens errichteten

teten pactis publicis gegründet ſind. Derley pacta publica ſind 1mo das *pactum Calixtinum*, und 2do die *Concordata nationis germanicæ.*

I. Von dem Kalixtiniſchen Vergleiche.

§. 86.

Es pflegten die Kaiſer die Biſchöfe Deutſchlandes durch Ueberreichung des Ringes, und Stabes zu belehnen — und dieſe den Huldigungseid dem Kaiſer zu leiſten. Da die Kaiſer anfiengen, mit den Bißthümern allerhand Unfug gegen die kanoniſchen Satzungen zu treiben, ſo wurden die Päpſte hierüber aufmerkſam.

Papſt Gregor VII. richtete hierauf ſein Augenmerk mehr als ſeine Vorfahrer, und weil er dafür hielt, daß Ring und Stab das Symbolum der geiſtlichen Gewalt wären, ſo glaubte er auch, daß durch dieſe Belehnungsart die Kaiſer ſich das Recht anmaſſen wollten, den Biſchöfen die biſchöfliche Gewalt zu ertheilen. Er verbot daher allen geiſtlichen Fürſten in den zu Rom gehaltenen Konzilien Anno 1078. und 1080. ſub pœna Excommunicationis die Empfahung der Reichslehen durch den Ring, und Stab. Die daraus entſtandenen Unruhen daurten beynahe 50 Jahre fort, bis endlich im Jahre 1122. zu Worms zwiſchen Kaiſer Heinrich V. und dem Papſt Kalixt II. der Vergleich eingegangen wurde, daß der Kaiſer die Biſchöfe und Aebte als Reichsfürſten mittels des Zepters belehnen ſoll.

§. 87.

Das pactum Calixtinum iſt alſo ein zwiſchen dem Kaiſer und dem Papſt eingegangener Vergleich, kraft deſſen der Papſt dem Kaiſer das freye Recht überläßt, die Biſchöfe und Aebte als Reichsſtände

ſtände zu belehnen, der Kaiſer hingegen ſich verbindet, denſelben die Belehnung nicht mehr durch Ueberreichung des Ringes, und Stabes, ſondern des Zepters zu ertheilen.

§. 88.

Dieſer Vergleich hat die Kraft eines wahren Vertrages. Ein Vertrag iſt die Uebereinkommung zweener oder mehrerer, wodurch ſie ſich wechſelweiſe etwas zu thun, oder zu unterlaſſen verbinden. Da nun dieſes zwiſchen dem Kaiſer und Papſte in dem kalixtiniſchen Vergleiche geſchah, (§. 87.) ſo iſt dieſer ein wahrer Vertrag, und gehört ſohin zum Nationalkirchenrecht Deutſchlandes; weil es ein Vertrag iſt, den die deutſche Nation mit dem Papſte über einen zur Kirchenzucht (wie man damals glaubte) gehörigen Punkt geſchloſſen hat.

II. Von den *Concordatis nationis germanicæ*.

§. 89.

Nachdem die Päpſte im XIII. Säkulum anfiengen, ſich die geiſtlichen Pfründen vorzubehalten, Anwartſchaften hierauf zu ertheilen, und die Annaten einzuführen; ſo entſtunden ſo vielfältige, als äuſſerſt gegründete Beſchwerden der deutſchen Nation, die ſehr ſchädliche Spaltungen in der Kirche hervorbrachten.

Dieſen abzuhelfen ward im Jahr 1414. ein allgemeiner Kirchenrath nach Koſtnitz ausgeſchrieben, wo die deutſchen Reichsfürſten ihre Gravamina unter dem Namen der Aviſamenten dem Konzilium übergaben. Alleine die wider Verhoffen ſchnelle Erwählung Martin des V. zum Papſte verhinderte die Zuſtande-

brin-

bringung der Reformation der Kirche in Haupt und Gliedern; es wurde daher einsweil nichts als eine Art von Konkordaten auf fünf Jahre für die deutſche Nation errichtet — das Hauptgeſchäft aber ſelbſt auf das nächſte Konzilium verſchoben, das auch wirklich nach Baſel zuſammengerufen, und im Jahr 1431. daſelbſt angefangen worden iſt.

Da Papſt Eugen der IV. ſah, daß man mit der Reformation an die römiſche Kuria ſich wagte, ſo trennte er das Konzilium nach der 25ſten Seſſion, und wollte es nach Ferrara verſetzen, worüber die zu Baſel verſammelten Biſchöfe aufgebracht, den Papſt Eugen IV. entſetzten, und den Amadäus Herzog von Savoyen unter dem Namen Felix V. zum Papſte wählten. Die deutſchen Stände blieben für beyde Päpſte neutral, bis Eugen die Erzbiſchöfe zu Kölln, und Trier ihrer Würden entſetzte, wo ſie in einer Anno 1446. zu Frankfurt gehaltenen Verſammlung dem Kaiſer Friederich ihren Entſchluß vorlegten, ſich für Felix den V. zu erklären, wofern Eugen nicht die Abſetzung der Erzbiſchöfe zu Kölln, und Trier widerrufen, und die Beſchwerden der deutſchen Nation beheben wollte. Es wurde auch nach vorgegangenen vielen Verhandlungen Papſt Eugen IV. von den Reichsſtänden als der rechtmäßige anerkannt, und darauf von dieſem durch verſchiedene Bullen der Grund zu Wiederherſtellung der Einigkeit zwiſchen den Reichsfürſten, und dem römiſchen Stuhle geleget, die aber erſt unter Papſt Nikolaus V. wirklich hergeſtellet worden iſt, da in einer Verſammlung zu Aſchaffenburg in Gegenwart Kaiſers Friederich III. und vieler Stände des Reichs den 17ten Hornung 1448. zwiſchen dem Papſt und den deutſchen Fürſten ein neuer Vergleich über die Art, wie in Deutſchland die geiſtlichen

Pfründen vergeben werden ſollen, geſchloſſen ward, dem man den Namen Konkordaten Deutſchlandes beylegte.

§. 90.

Die Konkordaten Deutſchlandes ſind ein wahrer Vertrag. Denn die freywillige Uebereinſtimmung zweener, oder mehrerer, wechſelweiſe etwas zu thun, oder zu unterlaſſen, iſt ein wahrer Vertrag. Nun haben ſich der Papſt, und der Kaiſer mit einander über die Art, die geiſtlichen Pfründen in Deutſchland zu vergeben, freywillig verſtanden — alſo iſt dieſes Verſtändniß in Anſicht des Kaiſers und des Papſtes ein wahrer Vertrag, in Anſicht der einzelnen Reichsſtände aber ein Geſetz; weil ſie durch das Anſehen des Kaiſers mit Uebereinſtimmung der meiſten Stände errichtet worden: folglich ſind ſie in Anſicht des deutſchen Reiches ein Fundamentalgeſetz, welches auch daher geleitet wird, weil die Kaiſer in ihren Wahlkapitulationen Art. 14. §. 3. verſprechen: Wir wollen, und ſollen darob, und daran ſeyn, daß die vorgemeldten *Concordata principum*, und aufgerichtete Verträge gehalten, gehandhabet, und denſelben feſtiglich nachgelebet, und nachgekommen werde.

§. 91.

Der zureichende Grund eines Vertrages liegt in der Willenserklärung der ihn ſchlieſſenden Theile. Einen Vertrag auslegen, heißt erklären, in wie weit ſich die vergleichenden Theile haben verbinden wollen; alſo kann ein Theil den gemachten Vertrag, wenn über einen darinn feſtgeſetzten Punkt ein Zweifel entſtehet, geſetzmäßig nicht auslegen.

Betrach-

Betrachtet man die Konkordaten als ein Reichsgeſetz, ſo kann es nur von jenem geſetzmäßig ausgelegt werden, der es gegeben hat: woraus folget, daß alle einſeitige Auslegungen der Konkordaten von Seiten des Papſtes rechtskraftlos ſeyen, ſomit die dießfalls erſchienenen Bullen der Päpſte Pius IV. Alexander VI. und Gregors XIII. keine Verbindlichkeit haben.

§. 92.

Nicht die Basler Dekrete, ſondern das zu Aſchaffenburg getroffene Verſtändniß iſt das *Concordatum nationis germanicæ*. Denn wenn die deutſche Nation ſich mit der 1439. geſchehenen Annahme der Basler Dekrete befriediget geſehen hätte, ſo wäre die Uebereinkunſt mit dem Papſte zu Frankfurt Anno 1446. ganz überflüßig geweſen. Was die Deutſchen Anno 1439. gethan haben, war ein Vertrag unter **ſich gegen** den Papſt, aber bey weitem das Konkordat **mit** dem Papſte ſelbſt nicht.

Es hat zwar Papſt Eugen der IV. geſtattet, daß die Basler Dekrete, ſo wie ſie unter dem römiſch-deutſchen König Albert II. zu Mainz angenommen worden, ſo lange ſollen beobachtet werden, **bis entweder** durch ſeinen Geſandten ein anderer Vertrag würde abgeſchloſſen, **oder** auf dem Konzilium, welches binnen zehen Monaten zuſammen berufen werden ſollte, etwas anders verordnet ſeyn würde. — Alleine das Concordatum ſelbſt wurde erſt 1448. zu Stande gebracht, und darinn die Basler Dekrete, in ſo weit ſie dem Concordato nicht entgegen ſind, beſtätiget, zum klaren Beweiſe, daß die Basler Dekrete das *Concordatum nationis* im eigentlichen Sinne nicht genennet werden können *).

*) Da

*) Da in dem Concordato Aſchaffenburgenſi die Decreta Concilii Baſil. in ſo weit beſtätiget worden ſind, als denenſelben durch jenes nicht derogirt worden; ſo will es anſcheinen, daß die *Decreta Baſileenſia* die Regel, und das *Concordatum* die Ausnahme davon, ſomit in dubio die Auslegung um ſo mehr in favorem nationis germanicæ zu machen ſey, als die Concordata evidenter in favorem Sedis Pontificiæ gemacht ſind. Allein ganz ausgemacht iſt die Sache doch nicht, wie ex §. præcedenti erhellet.

§. 93.

Auſſer den vi reſervationum cauſſarum majorum, & vi pactorum publicorum dem Papſte zuſtehenden zufälligen Rechten beſitzet derſelbe noch einige Befugniſſe *ex conſuetudine, & obſervantia immemoriali, poſtmodum quoad aliqua puncta etiam publica lege firmata.* Dieſe ſind folgende:

1mo. Die Reſervation einiger Sünden und Zenſuren pro foro pœnitentiali, & etiam externo.

2do. Die meiſten Diſpenſationen in allgemeinen Kirchendiſciplingeſetzen.

3tio. Die Beſtätigung der geiſtlichen Orden, und Exemtionsertheilungen.

4to. Die Konſensertheilung zur Beſteurung der geiſtlichen Güter.

§. 94.

Die Reſervationen einiger ſchwereren Verbrechen betreffend, iſt bekannt, daß die Biſchöfe ſelbſt viele Verbrecher nach Rom pro abſolutione geſchickt haben — wie es Ivo Carnotenſis that. vid. ep. 160 und der Erzbiſchof von Dublin Laurentius, der alle der Unlauterkeit überwieſene Geiſtliche ſeines Erzbißthumes nach

 Rom

Rom um Erhaltung der Losſprechung vom Papſte abgeſchicket hat.

Auch die Acta Synodi Londinenſis de Anno 1143. juxta Mathæum Paris Anno 1142. zeugen davon, worinn ſtatuirt worden iſt, *quod qui alicui Clerico violenter manus injecerit, ab alio abſolvi non poſſit, quam ab ipſo Papa, & in præſentia ipſius.*

Daß dieſe Beſchwerde, die Abſolution von gewiſſen Laſtern zu erhalten, die Leute gewaltig davon abſchreckte, iſt leicht zu begreifen, wenn man erwäget, daß diejenige, welche dergleichen große Laſter begiengen, die Abſolution nicht anders erhielten, als wenn ſie ſich beym Papſte perſönlich ſtellten.

Der eigentliche Urſprung dieſer Reſervationen ſcheinet ſich von der Diſpoſition der Biſchöfe ſelbſt herzuleiten. Es iſt auch dieſes der Natur der Sache am angemeſſenſten; denn die Biſchöfe müſſen es doch am beſten wiſſen, welche Laſter in ihren Kirchenſprengeln ſo frequent werden, daß ſie eine beſondere Beſchwerniß in Erhaltung der Abſolution oder Auflegung der Buße, als ein nothwendiges Mittel zu ihrer Ausrottung erheiſchen: und wenn ſie ſodann die Verordnung treffen, daß Leute, die ſich dieſer Laſter ſchuldig machen, nur vom Papſte losgeſprochen werden ſollen, ſo bleiben ſelbe ſo lange reſervirt, als lange dieſes Mittel, ſie zu verhindern, nach dem Urtheile der Biſchöfe das zweckmäßigſte iſt.

Es kann auch einigermaſſen geſagt werden, daß dergleichen Vorbehalt der Natur des Primats in Fällen angemeſſen ſey, wo der Papſt in Gemäßheit ſeiner oberſten Sorge für die Erhaltung der Einigkeit in Glaubens- und Sittenlehrſachen und Reinigkeit

der Sitten, bey augenfälliger Ueberhandnehmung gewiſſer auſ-ſerordentlicher Verbrechen, ſich die Losſprechung hievon vorbehielte, weil die Biſchöfe in dem Falle, daß ſie kein wirkſameres Mittel zur Verhütung derley Verbrechen in ihrer Gewalt hätten, oder wüßten, zu dieſem auſſerordentlichen Mittel ihren Conſens pro bono ſuarum Dioeceſium nicht wohl verſagen könnten. In dieſem Verſtande mag alſo das Conc. Trid. Seſſ. XIV. Cap. 7. genommen werden, wo es heißt: *Pontifices maximos pro ſuprema poteſtate ſibi in Eccleſia univerſa tradita cauſſas aliquas criminum graviorum ſuo potuiſſe peculiari judicio reſervare.*

§. 95.

Von den Diſpenſationen in allgemeinen Kirchengeſetzen will ich meine Meynung umſtändlicher erklären.

Diſpenſiren heißt nichts anders, als erklären, daß das Geſetz in dieſem Falle nicht verbinde.

In einem Kirchengeſetze diſpenſiren heißt alſo erklären, daß die Kirche in dieſem Falle zur Beobachtung des Geſetzes nicht verbinden wolle.

Es ſind die Kirchengeſetze entweder zum geiſtlichen Privatbeſten eines jeden Individuums, das in der Kirche iſt, oder zum allgemeinen Beſten der Kirche ſelbſt gemachet.

Da diſpenſiren ſo viel als erklären heißt, daß ein Geſetz in dieſem Falle nicht verbinde, ſo folgt, daß in dem Geſetze nur der rechtmäßige Obere, oder dem es der rechtmäßige Obere einräumet, diſpenſiren kann.

Die Biſchöfe ſind unſtreitig die unmittelbaren rechtmäßigen Obern ihrer Gemeinden, und ſie ſind bey Verfaſſung allgemeiner Kirchengeſetze Mitrichter, oder werden es durch die Annahme derſelben.

Aus dem erſtern Satze folget, daß ſie das Recht zu erklären haben müſſen, ob dieſes Individuum aus ihrer Gemeinde an das Geſetz gebunden ſey, das pur allein zum geiſtlichen Beſten eines jeden Chriſten gemachet iſt.

Die Folge des zweyten Satzes iſt, daß, gleichwie ihnen die mitrichterliche Gewalt bey Verfaſſung, oder Annahme ſo eines Geſetzes nicht abgeſprochen werden kann, ſie eben darum das Erklärungsrecht beſitzen müſſen, daß es der Sinn der Kirche nicht ſey, ein Individuum, wovon ſie die unmittelbaren rechtmäßigen Obern ſind, in dieſen Umſtänden zur Beobachtung des Geſetzes zu verbinden.

Es giebt Geſetze, die für das allgemeine Beſte der ganzen Kirche ſelbſt gemachet ſind, das iſt, ſolche Geſetze, wo aus der Ausnahme einzelner Individuen entweder die Ehre der ganzen Kirche gekränkt, oder die Verfaſſung im Innerlichen erſchüttert, oder die Ruhe der Kirche und die Einigkeit geſtöret würde.

Da die Biſchöfe, einzeln genommen, über die ganze Kirche nicht geſetzet, und nach einmal gemachten allgemeinen Kirchengeſetzen ſelbſt dazu verbunden ſind; ſo folget, daß ſie in oberwähnten Fällen nicht erklären können, daß die Kirche nicht wolle, daß das Geſetz verbinde, weil die Kirche allemal wollen muß, daß das *bonum privatum ſaluti Eccleſiæ tanquam legi ſupremæ* nachſtehe.

Ganz

Ganz anders verhält es ſich bey den Kirchengeſetzen, die blos zum privatgeiſtlichen Beſten eines jeden Chriſten gemacht worden ſind — denn da folgt aus der Erklärung, daß die Kirche das Individuum in dieſen Umſtänden zur Beobachtung des Geſetzes nicht verbinden wolle, gar auf keine Weiſe, daß das allgemeine Beſte der Kirche leide *).

*) So zweifelt ja keine Menſchenſeele, daß ein Biſchof in den bekannten fünf Kirchengeboten, ob ſie ſchon allgemein für alle Chriſten ſind, oder in den votis ſimplicibus &c. diſpenſiren könne. Daraus erhellet aber auch zugleich der Unterſchied zwiſchen ſo einer Diſpenſation, und der Diſpenſation z. B. a lege cœlibatus, vel Diſpenſatione, ut quis Laicus ſummere queat Communionem ſub utraque ſpecie &c.

Die Anwendung dieſer Grundſätze auf einen Fall zeugt von der Praktikabilität derſelben auf alle übrige. — Ich ſetze dieſen Fall mit den votis religioſorum. Gewiß iſt es, daß die dießfallſigen Kirchengeſetze in bonum Communitatum privatarum gemachet ſind — Die Biſchöfe ſind die unmittelbaren Obern dieſer in ihren Kirchenſprengeln ſituirten Kommunitäten (beſonders wenn ſie nicht exemt ſind) — aus der einem Individuo ertheilten Diſpenſation erfolget weder für die ganze Kirche eine Unehre, weder eine Erſchütterung des innerlichen Zuſtandes der Kirche, noch eine Störung der Ruhe, und Einigkeit derſelben: alſo iſt nicht abzuſehen, warum die Biſchöfe in votis religioſorum nicht ſollen diſpenſiren können.

Ja ich halte dafür, daß im Grunde die ſogenannten Diſpenſationes in votis blos nur für eine gültige Erklärung eines individuellen Gewiſſensfalles anzuſehen ſeyen, daß aber dieſe Erklä-

rungen in dem Gebiete der biſchöflichen Gewalt liegen, ſcheint mir auſſer Zweifel zu ſeyn.

So läßt ſich faſt von allen dergleichen Diſpenſationen ſchlieſſen. Ganz anders verhält es ſich mit jenen Diſpenſationen in allgemeinen Kirchengeſetzen, aus welchen ein großes Aergerniß unter den Gläubigen, oder eine Zerſtörung in der Einigkeit der Kirche, oder eine Zerrüttung in der Kirchenverfaſſung erfolgen könnte; denn da ſoll nicht einmal der Papſt inconſultis Epiſcopis diſpenſiren, weil er nur im Namen der Kirche erklären kann, daß ſie in ſolchen Fällen zur Beobachtung des Geſetzes nicht verbinden wolle.

Die Kirche will aber gewiß in ſolchen Fällen ſo lange verbinden, als aus einer Diſpenſation Unruhe, oder Aergerniß entſtehen könnte, über welches Factum das Urtheil der Biſchöfe die ſicherſte Erkenntnißquelle iſt, daß ſomit daſſelbe vom Papſte nicht umgangen werden ſoll.

§. 96.

Das Recht des Papſtes gewiſſe Orden von der geiſtlichen Gerichtsbarkeit der Biſchöfe auszunehmen, die nach der Weſenheit des biſchöflichen Amtes ſich über alle Gläubigen erſtrecket, die in den ihnen anvertrauten Kirchenſprengeln exiſtiren, hat ſeinen Anfang von den Zeiten, wo man wegen der Menge der verſchiedenen Gattungen von Mönchen große Verwirrungen in der Kirche befürchtete, und deswegen in dem vierten Lateranenſiſchen Kirchenrath das Verbot machte, neue Mönchsorden zu errichten, und da dieſes nicht befolgt worden iſt, in der Kirchenverſammlung zu Lyon alle Orden verbot, die nicht der römiſche Stuhl

gut

gut geheiſſen hat — von welcher Zeit die Päpſte das Recht ausübten, Mönchsorden zu beſtätigen, abzuſchaffen, und ſie von der biſchöflichen Gerichtsbarkeit zu eximiren.

Die Geſchichte liefert den untrüglichſten Beweis von den vielfältigen, und gewiß gegründeten Beſchwerden, welche von Zeit zu Zeit gegen die Exemtionen geführet worden ſind.

Die übertriebenen Folgen, welche die Religioſen aus ihren Befreyungen zogen, haben die Abſtellungen vieler Mißbräuche in Tridentino, und die Verordnung veranlaſſet, daß die Religioſen quoad ea, quæ concernunt curam animarum, & Sacramentorum adminiſtrationem, der biſchöflichen Viſitation unterworfen, und die Biſchöfe befugt ſeyn ſollen hierinn, und in andern Sachen ut Sedis apoſtolicæ delegati zu verfahren.

Alleine die Erfahrung lehrt es, wie wenig damit geholfen ſey, und wie fein die Exemten alle biſchöfliche Anſtalten zu eludiren wiſſen, ſo lange ſie ihre Exemtion zum Schilde wider die biſchöfliche Autorität aushängen dürfen.

§. 97.

Das Recht des Papſtes, Dezimationsbewilligungen zu ertheilen, gründet ſich in der Meynung, daß das Eigenthum, und die Adminiſtration der Gott gewidmeten Güter bey der Kirche, und der Papſt Supremus omnium Eccleſiæ bonorum Adminiſtrator ſey. Die Praxis, nach welchen die Landesregenten, bey entſtandenen Landesnothdürften die Einwilligung zur Beſteurung der Geiſtlichkeit, und der geiſtlichen Güter beym päpſtlichen Stuhle nachſuchten, hat die Päpſte in Ausübung dieſes Rechtes

auch

auch ohne Begnehmigung der Biſchöfe, deren Diözes ſich in die Lande ſolcher Regenten erſtrecket, ſo ſehr beſtärket, daß ſie nunmehr die Forderung der Biſchöfe, daß ſie in derley Fällen vorläufig einvernommen werden ſollen, als eine Neuerung, und als einen Eingriff in die päpſtlichen Gerechtſame anſehen.

Alleine wenn man die Begriffe von der hierarchiſchen Ordnung zu Handen nimmt, ſo läßt ſich die dießfallſige Prätenſion des päpſtlichen Stuhles nicht wohl rechtfertigen; denn geſetzt auch, es wäre demſelben vorbehalten, Dezimationsbewilligungen zu ertheilen, oder es wäre dieſer Vorbehalt aus politiſchen Urſachen erwünſchlich; ſo bleibt doch immer wahr, daß die Biſchöfe, man mag ſie als Adminiſtratores, oder als Curatores bonorum eccleſiaſticorum ſuarum Diœceſium betrachten, immediatam, & proximam adminiſtrationem, & intendentiam darüber haben — Sie müſſen alſo am beſten unterrichtet ſeyn, ob die frommen Stiftungen die Laſten, die man ihnen auflegen will, ohne Nachſtand des Gottesdienſtes, und des Prieſterunterhaltes ertragen oder nicht? folgſam ſoll die Macht des Papſtes hierinnfalls mit Umgehung der Biſchöfe nicht eintreten.

Noch mehr würde es gegen den Sinn der hierarchiſchen Ordnung anſtoſſen, wenn der Papſt die Einbringung einer mit Konſens der Biſchöfe bewilligten Dezimation Jemand andern, als den Biſchöfen übertragen wollte: dieſe haben immediatam, & proximam inſpectionem über die in ihren Diözeſen befindlichen geiſtlichen Güter, ſie haben alſo die Pflicht, darauf zu ſehen, daß auch billige Beyträge zu allgemeinen Landesbedürfniſſen nicht zum weſentlichen Nachtheil des Gottesdienſtes, und der Altardiener gereichen,

reichen, ſie haben ſomit auch die Cognition darüber als eine nothwendige Folge ihrer Aufſichtspflichten — alſo iſt es offenbarer Eingriff in die biſchöflichen Rechte, wenn der Papſt Jemand anderm, als den Biſchöfen, die Einbringung des bewilligten Beytrages in ihren Diözeſen überträgt.

Daß aber die Päpſte derley Einwilligungen zur Beſteurung der Geiſtlichkeit ſeit Jahrhunderten ertheilet haben, iſt in facto gewiß; ſo wie es auch unbezweifelbar iſt, daß, wenn ſie die deutſche Geiſtlichkeit zum eigenen, oder anderer Länder Beſten ins Mitleid ziehen wollten, man ſolches ſine Conſenſu Epiſcoporum & Germaniæ principum ſchon gar nicht angehen ließ.

Davon liefert die Geſchichte mehrere Beyſpiele, worunter beſonders dieſe gehören, wo Anno 1198. Papſt Innozenz III. zur Eroberung des heiligen Landes — Klemens der IV. Anno 1274. zur Vornahme eines Kreuzzuges, und Martin der IV. zur Vertheidigung der Rechte des römiſchen Stuhles wider den König von Arragonien von der deutſchen Geiſtlichkeit Dezimationen erheben wollten. Wobey aber wohl zu merken, daß alle dieſe Beyſpiele, und noch andere dieſer Gattung, von Dezimationsausſchreibungen der Päpſte ohne Konſens der Biſchöfe, und der deutſchen Reichsfürſten zum Gebrauche auſſer dem deutſchen Reiche, nicht aber von dem Falle reden, wenn der Kaiſer, oder ein deutſcher Reichsfürſt den päpſtlichen Konſens zur Einhebung einer geiſtlichen Dezimation mit Vorgebung der Bedürfniſſe ſeiner Lande ordentlich begehret, und erhalten hat.

§. 98.

Endlich iſt der Papſt noch in dem Beſitze des Rechtes, den Biſchöfen im Deutſchlande gewiſſe ſogenannte *Facultates* zu ertheilen, kraft deren ſie in einigen Graden der Bluts- und Anverwandtſchaft, wie nicht minder in anderen Kirchengeſetzen diſpenſiren können: und die Biſchöfe haben dieſe Facultates alle fünf Jahre zu Rom erneuern laſſen.

Das dießfallſige Recht des Papſtes rührt aus einer bloſſen Obſervanz her, und iſt weder in einem Vertrage, noch in einem poſitiven Geſetze gegründet.

Darüber drückt ſich der berühmte Profeſſor Juris Canonici Barthel zu Wirzburg ſo mäßig, als wahr folgendermaſſen aus: in addit: ad Jus Can. L. I. T. 33.

Ubi vel jus ſcriptum, vel conſuetudinarium non adimit Epiſcopo poteſtatem, illam in regula habet. Paucos habemus Canones, in quibus poteſtas illis adempta, ut in diſpenſanda ætate; in impedimentis matrimonii nullos habemus, ſed *ex mera conſuetudine* ſunt reſervata. Cum enim ob teneram conſcientiam Epiſcopi in Sæculo XII. deſuper ſæpius referrent ad Pontificem, non, quod de ſua poteſtate dubitarent, ſed quod ejus inquirerent Conſilium, quia magis adhuc inſiſtebant obſervantiæ Canonum, conſuetudine ſibi hæc impedimenta Pontifex reſervavit; quia tamen in remotis partibus nimis dein ſumptuoſum, & difficile erat recurrere Romam, cœperunt Epiſcopi iterum uti ſua poteſtate, ſi nempe recurſus vel nimis difficilis, vel nimis ſumptuoſus fieret, vel eſſet periculum in mora. Et hoc caſu Doctores dicunt, ex caſu papali fieri Epiſcopalem.

De

De quo obſervandum, in praxi, non oportere quemdam eſſe ſcrupuloſum, ex caſu papali facere Epiſcopalem, *ſi cauſſa canonica ſubſit*, cum redeat primigenea facultas Epiſcoporum, quam conſuetudine tantum ſibi Pontifex reſervavit. Ne ergo Epiſcopi paſſim redeant ad ſuam poteſtatem, acceptiſſimam in Germania accipiunt poteſtatem, quam ſingulis quinquenniis debent repetere, vi cujus diſpenſare poſſunt in caſibus alias jure poſitivo, vel conſuetudine reſervatis.

§. 99.

Nun habe ich alle die Rechte angeführet, die der Papſt ſeit mehrern Jahrhunderten, theils kraft öffentlicher Verträge mit der deutſchen Nation, theils kraft gewiſſer Reſervationen, die ihm durch Konzilienſchlüſſe zugeſtanden, beſtätiget, und im deutſchen Reiche angenommen worden ſind, theils die er kraft einer das menſchliche Andenken überſteigenden Gewohnheit und Obſervanz wirklich noch ausübet — die aber eben darum alle dem päpſtlichen Primat entweder nicht urſprünglich, oder nicht unabſönderlich anhänglich ſind.

§. 100.

Der Papſt hat nunmehr, und übet alle dieſe, und noch andere Rechte mehr, oder weniger in deutſchen Bißthümern aus, die ihm durch die falſchen Dekretalen, durch das darauf gebaute Jus commune, durch Verträge, durch Konzilienausſprüche, durch reichsgeſetzliche Anordnungen, durch die Lehre von Gottesgelehrten, und Kanoniſten, durch die Machtſprüche der Päpſte ſelbſt, dann durch die ausdrückliche oder ſtillſchweigende Einwilligung der weltlichen Regenten, Erz- und Biſchöfe, durch Herkommen,

und Gewohnheit eingeräumet worden ſind. Daß andurch die Ausübung der biſchöflichen Rechte gewaltig eingeſchränket worden, daß das Anſehen der Biſchöfe zum Nachſtande des gemeinſamen geiſtlichen Beſten, beſonders bey jetzig-kritiſchen Zeitläuften, größtentheiles darunter leide, daß vielmehr Gutes zur zeitlich- und geiſtlichen Wohlfahrt im deutſchen Reiche geſchehen, und befördert werden könnte, wenn in dem Syſtem, welches bisher zwiſchen dem römiſchen Hofe und den Biſchöfen Deutſchlandes angenommen war, eine Aenderung getroffen würde; daran wird wohl Niemand zweifeln, der hierinn nur eine mittelmäßige Einſicht hat *). — Es dürfte alſo die

*) Ich bekenne es noch einmal, daß ich bis daher nichts geſagt habe, was man nicht in verſchiedenen Schriftſtellern überhaupt antrifft; es iſt mir aber nicht darum zu thun, daß ich etwas neues ſage, ſondern daß ich alle die Wahrheiten zuſammen trage, die zu meinem Zwecke dienlich, ja nothwendig ſind. Man nehme mirs ja nicht übel, daß ich die Schriftſteller nicht alle citire, woraus ich dieſe Wahrheiten genommen habe. Ich hätte viele Zeit darauf verwenden müſſen, an der es mir mangelte. Und ich dachte: Wahrheit bleibt Wahrheit, ob ſie der Peter, oder der Paul geſagt habe: oder ob ich ſie ſage. Daß aber die Vorausſetzung alles deſſen, was bisher angeführt worden iſt, zu meinem Zwecke nothwendig war, wird jeder ermeſſen, der darauf reflektirt, daß ich meine Meynung ſagen ſollte, wie mit dem päpſtlichen Stuhle ein Vergleich über die zwiſchen demſelben, und dem deutſchen Episkopat fürwaltende Differenzien auf eine billige Art getroffen werden könnte, und daß ich ſomit aus den Folgen der Extremitäten, von welchen man beyderſeits öfters ſchon in die größten Abgründe der Zerrüttungen geſunken iſt, die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit ableiten mußte, daß man auf die Natur der Sache ſelbſt, die ganz einfach iſt, zurückkehren müſſe, wenn man das wahre Beſte der Kirche, und des Staates auf dauerhaften Fuß ſtellen, und erhalten will.

Siebente Frage.

Ob und in wie weit es erwünſchlich ſey, in dem bisherigen Verhältniſſe der Biſchöfe im deutſchen Reiche gegen den Papſt, und des Papſtes gegen jene, eine Aenderung zu treffen: hie am rechten Orte aufgeſtellet ſeyn.

§. 101.

Das Episkopat im Deutſchlande (ich rede hier hauptſächlich nur von dieſem) iſt durch die päpſtliche Machtsausübung, wie ſelbe wirklich beſtehet, ziemlich gedrücket — das muß jeder in Sachen unbefangener Selbſtdenker aufrichtig geſtehen.

Wahr iſts — die Päpſte übten ante Concordata Nationis noch mehrers aus — allein! aus dieſem folget nur, daß per Concordata die Laſt, die die Biſchöfe trugen, in Etwas verringert; es folget aber nicht, daß ſie **gehoben** worden iſt *).

*) Die Geſchichte liefert den unumſtößlichſten Beweis, daß die deutſche Nation mit den Basler Dekreten weit beſſer davon gekommen wäre, als mit den Konkordaten, die durch die römiſche Politik ganz zu Gunſten des päpſtlichen Stuhles ausgefallen ſind, nachdem ſo zu ſagen alles, was der Eifer der Deutſchen für Erhaltung ihrer Freyheit zu Baſel aufgebauet hat, durch die von Rom wie immer erworbene Nachgiebigkeit der deutſchen Friedenshändler zu Aſchaffenburg, und durch das Konkordat wiederum niedergeriſſen worden iſt.

Man mag ſich von Seiten der deutſchen Nation gleichwohl ſchmeicheln, daß durch die Fürſtenkonkordata die Baslerdekrete verſtanden werden, und daß dieſe die Regel, das Concordatum Aſchaffenburgenſe hingegen nur die Ausnahme davon ſey, ſo bleibt doch bey den bekannten Widerſprüchen katholiſcher, und proteſtantiſcher Rechtsgelehrten gegen die deutſche Anerkennung der Baslerdekrete ein nicht ungegründeter Zweifel, der dem Herrn

Gregel in dem Werkchen de juribus nationi germanicæ ex acceptatione Decretorum Baſil. quæſitis §. 38. 39. & ſeq. noch nicht begnügend aufgelöſet worden, ob die Sache ſchon wirklich für die Deutſchen ſo entſcheidend, und ausgemacht anzuſehen ſey, daß ſie keiner weitern gütigen Behandlung, oder rechtmäßig-richterlichen Entſcheidung mehr bedarf? Ich ſehe ſie nicht dafür an.

§. 102.

Chriſtus der Herr wollte ſeinen Jüngern keine ſchwere Bürde auflegen, und der Stellvertreter Chriſti ſoll ſeinen Brüdern Laſten zumuthen, die ſie unterjochen — ſoll ihnen die Laſten nicht abnehmen, wenn ſie darunter ſeufzen? Vernunft, und Religion ſchreyen wider eine ſolche Gewalt — der heiligſte Vater kann aber auch das nicht wollen — Er als der erſte Biſchof muß die andern in der Beobachtung des erſten Chriſtusgeſetzes, in der Liebe übertreffen. Hätten ihm auch Zeit, und Umſtände die Ausdehnung ſeiner Gewalt nothwendig gemachet, ſo muß er ſie wieder einziehen, wenn Zeit, und Umſtände ſie ſchädlich machen. Er der Stellvertreter Chriſti, ſoll aus Chriſtusgeſetze ſeine Seele für ſeine Brüder dargeben, und durch Behauptung gewiſſer zufälliger Prärogativen ihren Stand, und Würde herabſetzen — *Dominat* über ſie ausüben, Unfried, Mißvergnügen, Spaltung veranlaſſen? Nein! das kann das Kirchenhaupt nicht; denn es hat keine Gewalt zum Niederreiſſen, ſondern zum Aufbauen. Bedrückungen müſſen gehoben werden.

§. 103.

So wenig die urſprüngliche von Chriſto eingeſetzte Macht der Kirche den weltlichen Staaten nachtheilig ſeyn kann, eben ſo wenig kann die von Chriſto dem Kirchenoberhaupt verliehene Macht dem übrigen Episkopat ſchaden. Der

Der Primat des Papſtes muß nach der Einſetzung Chriſti mit der Beförderung der geiſtlichen Glückſeligkeit aller Bißthümer der ganzen Chriſtenheit vereinbarlich ſeyn.

Der urſprüngliche Zuſtand der geiſtlichen Macht leidet im Weſentlichen keine Aenderung, in was für Staaten ſich die Religion immer befindet, und ſo leidet der urſprüngliche Zuſtand der von Chriſto eingeſetzten kirchenoberhauptlichen Macht auch keine Aenderung **im Weſentlichen.**

§. 104.

Alles was zum zufälligen Zuſtande der Kirchen, und der Kirchen-oberhauptlichen Macht gehöret, leidet eine Aenderung, und muß ſie leiden, wenn dadurch Friede, und Einigkeit erhalten wird — oder nicht erhalten werden kann, im Falle dieſe Aenderung unterbleibt.

Denn da das Fundament der ganzen chriſtlichen Religion in der Liebe beſtehet: und es ein Hauptgeſetz der Liebe iſt, alles das zu entfernen, was Anlaß zum Unfrieden giebt, ſo iſts auch Hauptgeſetz der Religion: daß man keine Gewalt ausübe, die mit der Liebe, Einigkeit, und dem Frieden nicht beſtehen kann. Was alſo dieſem zuwider iſt, das muß geändert, oder gar abgethan werden. Und dieſes unter Haupt und Gliedern um ſo mehr, als die Untergebenen in den Vorgeſetzten das Ideal der wahren chriſtlichen Liebe erkennen, und nachahmen ſollen *).

*) Es iſt dieſe Pflicht von Seite der Biſchöfe in Anſicht des Papſtes reciproque.

Aus Liebe des Friedens, und der Eintracht können ſie manche Einſchränkung in der Ausübung ihrer urſprünglichen Gewalt gedulden; wenn dieſe

Ein-

Einſchränkung der guten Regierung ihrer Untergebenen nicht hinderlich, oder derſelben nicht poſitive nachtheilig iſt. So wie es von Seiten des Papſtes Pflicht der Liebe iſt, von ſeinen wie immer erworbenen Rechten dasjenige an die Biſchöfe wieder abzutreten, ohne welches dieſe ihre von Chriſtus ihnen anvertraute Macht zum Beſten ihrer Untergebenen ſchwerlich oder gar nicht ausüben können, oder wenigſt in der guten Regierung ihrer Heerde gehindert werden. —

§. 105.

Eben aus dieſem Grunde ſtehen ſchon vorhandene Konkordaten, Freyheiten, Privilegien einer **Abänderung gar nicht** entgegen, wenn die darinn enthaltenen Gegenſtände bey abgeänderten Zeiten, und Umſtänden dem ein- oder anderen Theile in Hinſicht der Beförderung des wahren, beſonders des geiſtlichen Beſten nachtheilig zu werden anfangen. Es iſt nach der Abſicht des Stifters der chriſtlichen Religion ſchon gar keine Macht in der Kirche, welche nicht das allgemeine Beſte der Religion, die Beförderung der ewigen Glückſeligkeit der Menſchen und *indirecte* die Vervollkommung der geiſtlichen Wohlfahrt zum Endzwecke hat. — So bald alſo von Nachtheil für Religion, Kirche, und Staat die Rede iſt, ſo können Konkordaten und Freyheiten der geiſtlichen Macht kein zureichbarer Grund mehr ſeyn, die hieraus kompetirenden Rechte unerachtet dieſes für Religion und Staat entſtehenden Nachtheiles fürohin auszuüben, ſondern ſie **muß** ſich zu einer Aenderung freundſchaftlich einverſtehen, weil es immer ein Fundamentalgeſetz der chriſtlichen Religion iſt, und bleibt, daß Chriſtus keine Religion ſtiften konnte, die mit der Beförderung der zeitlichen Glückſeligkeit unvereinbarlich iſt, alſo noch weit weniger

eine ſtiften konnte, wo das Kirchenoberhaupt die Biſchöfe in der Ausübung ihres Amtes zum Nachſtande des geiſtlichen Beſten ihrer Untergebenen ſoll hindern, oder beeinträchtigen können; und weil der Endzweck der in der Religion eingeſetzten Macht die ewige Glückſeligkeit des Menſchen, und das Band, mittels deſſen Haupt, und Glieder unter ſich verknüpfet ſind — Liebe, und Eintracht iſt.

§. 106.

Das gemeine Beſte der Religion, und *indirecte* des Staats iſt alſo das höchſte Geſetz, welches die geiſtliche Macht zum Endzwecke aller ihrer Gewalt, und Gerichtsbarkeit hat — Wie beſtehet dieſes allgemeine Beſte in Hinſicht auf Religion und Staat im Deutſchlande mit dem Syſtem des römiſchen Hofes, nach welchem derſelbe bis hieher gehandelt hat? Ich urtheile aus der Erfahrung, daß es ſeit Jahrhunderten in **Rückſicht der Religion ſelbſt, in Rückſicht der Diſciplin,** und **in Rückſicht der zeitlichen Wohlfahrt** gar nicht gut ſtund, und in Zukunft immer weniger gut damit ſtehen kann.

§. 107.

Betrachte man den einzigen Punkt der **Exemtionen**, ſo wird man ſich davon überzeugen können. Gewiß iſts, daß die chriſtliche Religion von dem Unglauben nie ſo viel zu befürchten hatte, als in unſeren Tagen. Gewiß iſts, daß der Unglaube ſeine größte Stärke von gewiſſen nebenfälligen Religionshandlungen erhalten hat, die man ſtets für weſentlich pries, und dabey die weſentlichen Pflichten nachläßig betrieb. Dadurch iſt bey den meiſten Chriſten **Mechanismus** in den wahren Religionsübun-

gen entſtanden — der Unglaube packte die Nebenſache, in der die meiſten die Hauptſache ſetzten, zeigte klar, daß dieſes Tand, geiſtliches Puppenwerk ſey. Das fieng man an zu begreifen; aber zugleich fieng man auch an, das Weſentliche zu bezweifeln, und ſo bekam der Unglaube immer mehr Anhänger. Gewiß iſts, daß der Unterricht von Seiten der Geiſtlichkeit in Predigten, Chriſtenlehren, und in dem Beichtſtuhle den weſentlichſten Einfluß auf Religion, und Sitten hat, und haben ſoll.

Jetzt ſahen die meiſten Biſchöfe das Uebel ein, welches dem Weſentlichen der Religion bevorſtund, wenn man nicht gewiſſe zufällige Nebenandächteleyen ausmärzte, und andurch dem Unglauben die Waffen benähme, das Wahre, und Weſentliche beſtreiten zu können. Das beherzigten die Biſchöfe, und fiengen Reformationen an, die Weltgeiſtlichkeit mußte folgen, und folgte gröſtentheils. Aber nun war unter den Mönchen, und beſonders unter den Exemten Lärm. Alle ihre Flecke, Ablaßpfenninge, Kräuter, Amulete, Prozeſſionen, Figuren, wodurch ſie das liebe Völklein zur Darreichung der Meßſtipendien, und zu ihren Bräuhäuſern hinreizten, geriethen in die gröſte Gefahr des Mißkredits — und alſo auch ihr Kamerale in Gefahr der Abnahme — man predigte, man ſchrieb; man ſchrie gegen dieſe biſchöflichen Verordnungen. In Privathäuſern, und im Beichtſtuhle erlaubte man ſich noch mehr, und ſo wurden die nutzbarſten Anſtalten für das Beſte der Religion vereitelt.

Einige Landesherrn, gewiß aus andern Urſachen, als aus der Ueberzeugung von der Nutzbarkeit dieſer Dinge bewogen, unterſtützten die Exemten in ihren Landen.

Und

Und die Klöſter, welche ſelbſt Reichsſtände ſind, trozten gar offenbar. Alſo war poſitiver Widerſtand, folgſam alles Beſtreben von Seiten der Biſchöfe fruchtloſe Bemühung, und wird es in Ewigkeit bleiben, ſo lang die Exemtionen beſtehen.

§. 108.

Eben ſo wenig iſt dieſe Verfaſſung der geiſtlichen Diſciplin nach dem wahren Geiſte der Kirche vorträglich. — Ich ſtelle folgende Reflexionen an:

a) Daß ein Biſchof die unmittelbare Regierung der ihm anvertrauten Kirche, und die Gewalt dazu von Jeſu Chriſto habe, daran iſt wohl kein Zweifel; daß ſomit der Biſchof das zu beſtimmen habe, was er zur Direktion ſeiner untergebenen Heerde zum ewigen Seelenheil nothwendig, oder dienſam zu ſeyn erachtet, das iſt wohl eben ſo gewiß, als daß er es bey Gott verantworten muß, wenn er nicht all dasjenige entfernet, was dieſer Direktion hinderlich iſt. Und doch ſollen die exemten Mönche vom Biſchofe keine Befehle anzunehmen haben, in keiner Verbindung mit ihm ſeyn, ſondern lediglich von ihren Ordensobern, und dieſe vom Papſte abhangen, dem Biſchofe ſoll es nicht geſtattet ſeyn, bey ihnen, und ihren Klöſtern nachzuſehen, wie es mit Ausübung der Seelſorge nach ſeinen Anordnungen, und mit den Sitten ausſiehet? Da ſoll er höchſtens als Delegatus apoſtolicus fürfahren dürfen, und kömmt er, ſo hat er zu gewärtigen, daß man ihm die Thüre vor der Naſe verſchlieſſe, dann ſoll er zu Rom um ſchwer Geld proceſſiren, daß man ſie ihm als Delegato apoſtolico eröffne: und dieſes ſoll der geiſtlichen Diſciplin nicht höchſt nachtheilig ſeyn?

b) Der Biſchof muß es doch am beſten wiſſen, ob einer ſeiner Untergebenen zureichbaren Grund habe, ſich von einem allgemeinen Kirchengebote loszumachen — aber ſeine Untergebenen ſind nicht ſchuldig, dieſe Gründe bey ihm vorzulegen. Sie gehen nach Rom, und — können ſie bezahlen, ſo erhalten ſie ihre Diſpenſation.

c) Es iſt eine durch tauſend Erfahrungen beſtätigte Wahrheit, wie ſchädlich die Ablegung der Ordensprofeßion in ſo frühen Jahren ſey; aber die Biſchöfe dürfen dem Uebel durch Beſtimmung ſpäterer Jahre nicht ſteuren.

d) Die Biſchöfe werden für die Adminiſtratoren der geiſtlichen Güter in ihren Kirchenſprengeln angeſehen, doch ſtehet es bey ihnen nicht, mit milden Stiftungen nach Erheiſchung der Nothdurft eine Abänderung zu treffen.

e) Die Biſchöfe ſollen nach der Einſetzung Chriſti ihrer Kirche vorſtehen, ſomit aus der Weſenheit ihrer Gewalt das thun, was ſie nothwendig zu ſeyn ermeſſen — allein ſie können aus eigener Gewalt nicht einmal erlauben, ketzeriſche Bücher zu leſen, einem Clerico, dem es zur Geſundheit nach Urtheil des Medikus nothwendig iſt, nicht geſtatten, eine Perücke zu tragen. Sie können keinem Clerico extra tempora die Weihen ertheilen, oder ihn in ætate phyſica diſpenſiren ꝛc. ſie ſollen dazu die Gewalt vom Papſte haben, ja ſogar die Erlaubniß, paramenta zu benediciren, können ſie nur ex delegatione apoſtolica ertheilen, und alle dieſe Erlaubniſſe ſollen ſie noch dazu alle fünf Jahre, unter der Benennung facultates pontificiæ, zu Rom erneuern laſſen.

f) Nichts

f) Nichts ſchadet der Kirche mehr, als wenn Leuten geiſtliche Pfründen verliehen werden, welche keine Verdienſte haben, und doch kann der römiſche Hof Reſignationen zu Gunſten eines Dritten ohne alles Gutachten und Zeugniß des Biſchofes annehmen, und wollte Gott, die tägliche Erfahrung beſtätigte es nicht, daß die meiſten derley Reſignationes wahre Kauf- und Verkaufkontrakte ſind, und die päpſtliche Diſpenſation iſt nur das Palliativ dieſer geiſtlichen Nundinazionen.

g) Auf gleiche Weiſe gehet es mit den Diſpenſationen *in pluralitate Beneficiorum*, wo mancher der Kirchen vollkommen unnützer Mann zwo und drey Portionen vom Patrimonio Chriſti aus päpſtlicher Gunſt verzehret, der nicht für den vierten Theil von einer etwas arbeitet, oder Gutes leiſtet: wo indeſſen die Biſchöfe Leute, die des Tages Laſt und Hitze tragen müſſen, meiſtens mit ſchweren Unkoſten *ex Cameralibus* zu unterhalten haben.

Dieſes ſind nur einige Gebrechen, welche aus dem bisherigen Syſtem des römiſchen Hofes, in Anſicht der denſelben zuſtehenden Reſervationen entſtehen, und ich glaube, dieſe ſollten jedem rechtſchaffenen Chriſten den gerechten Wunſch ablocken, daß den daraus entſtandenen ſchlimmen Folgen dermaleins wirkſam geſteuert werde.

§. 109.

Nicht minder ſchädlich ſind die Reſervationen des römiſchen Hofes in Anſicht jener Gegenſtände, womit das Temporalintereſſe der deutſchen Bißthümer verbunden iſt. — Man berechne die Geldſummen, welche für die Annaten, und Pallien — dann Diſpenſationen nach Rom wandern müſſen, und man wird ſich

 wun-

wundern, daß der Zuſtand gewiſſer deutſcher Bißthümer nicht noch ärger iſt, als man ihn zu ſeyn bedauret.

§. 110.

Alles dieſes zuſammen genommen, machet eine Abänderung in dem bisherigen Syſtem, nach welchem die kirchenoberhauptliche Macht des Papſtes ausgeübet worden iſt, gewiß nothwendig; indem es ſonnenklar vor Augen liegt, daß das geiſtliche und zeitliche Wohl der deutſchen Bißthümer zur Zeit weniger als jemals damit beſtehen kann. Und dieſes iſt der Natur der Religion, und den Begriffen von der geiſtlichen Macht angemeſſen, weil die Religion befiehlt, alles das, was ihr *directe*, oder *indirecte* ſchädlich iſt, aus dem Wege zu räumen, und die geiſtliche, beſonders aber die kirchenoberhauptliche Macht dieſe Pflicht nach der Einſetzung Chriſti förderſamſt auszuüben hat, als nach welcher die Kirchenvorſteher für die Beförderung der ewigen Glückſeligkeit durch die Mittel, die zugleich mit Beförderung der zeitlichen Wohlfahrt vereinbarlich ſind, mit Sorgfalt, und Liebe wachen müſſen. Geſchieht dieſes nicht, ſo wird der ganze Endzweck, den Chriſtus bey Gründung ſeiner Religion und der darinn geſtifteten geiſtlichen Macht gehabt hat, vollkommen verfehlet. Woraus nur die betrübteſten Folgen für dieſe, und jene entſtehen können.

§. 111.

Die Nothwendigkeit einer Abänderung in dem Syſtem, nach welchem bisher der römiſche Hof die kirchenoberhauptliche Macht in Anſicht der deutſchen Biſchöfe ausgeübet hat, lieget in Erwägung der jetzigen Zeitbedürfniſſe ſo klar vor Augen, daß man ſie,

um dieſe nicht einzuſehen, mit Gewalt verſchlieſſen müßte. — Durch dieſe Abänderung alleine kann Fried und Einigkeit erhalten, und fernere dem geiſtlichen Anſehen noch weit ſchädlichere Folgen verhütet werden: aber eben darum iſt es zu wünſchen, daß dieſe Abänderung nicht in einzelnen Punkten getroffen, ſondern im Ganzen vorgenommen, folglich die kirchenoberhauptlichen Rechte des Papſtes ſo individuell, als es nur immer möglich iſt, determiniret werden, widrigenfalls wird ſelbſt in der Aenderung nur einzelner Gegenſtände der Saame zu neuen Zwiſtigkeiten in den Acker des Herrn geſtreuet, woraus noch ſchlimmere Früchte, und noch giftigeres Unkraut des Unfriedens erwachſen dürfte, als das iſt, was man auszujäten für nothwendig erachtet.

§. 112.

Es würde daher zur Erhaltung einer dauerhaften Ruhe in der Kirche nichts verträglichers ſeyn, als wenn die Gränzen der Macht des Papſtes nach den Begriffen von ihrem urſprünglichen Zuſtande nach der Einſetzung Chriſti, und die Verhältniſſe der biſchöflichen Macht zu jener des Kirchenoberhauptes hienach ſowohl, als nach den Begriffen von deſſen zufälligem Zuſtande auseinander geſetzet — und deutlich erkläret würde, was das Kirchenoberhaupt *vi primatus* alles zu thun befugt ſey, und wann die Ausübung dieſer kirchenoberhauptlichen Rechte eintreten ſoll? nicht minder was der Papſt alles von den zufälligen Rechten ſeines Primats cediren, und was die deutſchen Fürſtbiſchöfe aus Liebe des Friedens, und zum Zeichen ihrer Ehrerbietung, und Erkenntlichkeit für das, was ihnen urſprünglich von den Päpſten Gutes geworden iſt, unſtreitig

tig dem heiligen Stuhl auszuüben überlaſſen wollen, und ohne Nachtheil in der Regierung ihrer Kirchenſprengel überlaſſen können.

§. 113.

So eine möglich genaue Beſtimmung erſticket den Keim der Zwietracht unter Haupt und Gliedern für die ſpäteſten Zeiten — weil jedoch mit allem dem die zufällige Stufenordnung in der Kirche nicht aufgehoben wird, die, wenn ſie ſchon nicht von Chriſtus Einſetzung herkömmt, dennoch zur Erhaltung guter Ordnung in der Kirche nicht nur alleine nützlich eingeführet worden iſt, ſondern in gewiſſer Maaß nach Erforderniß der Zeit und Umſtände nothwendig eingeführet werden mußte; ſo wird es aus den nämlichen Gründen, welche eine Beſtimmung in der Ausübung der oberkirchenhauptlichen Macht erheiſchen, ebenfalls räthlich ſeyn, daß die Gränzen der erzbiſchöflichen Macht im Deutſchlande in Anſicht ihrer Suffragan-Fürſtbiſchöfe ausgezeichnet, und jene Rechte, und Prärogativen beſtimmet werden, welche von ihnen nach aufgehobenen einigen päpſtlichen Reſervationen, und nach ordentlicher Beſtimmung der Ausübung der päpſtlichen Gewalt exercirt werden ſollen — widrigenfalls iſt zu beſorgen, daß die Flamme des Unfriedens und der Uneinigkeit, die man in Anſicht des Papſtes und des deutſchen Episkopats überhaupt zu löſchen beginnet, ſelbſt unter deutſchen Erzbiſchöfen, und Biſchöfen in helles Feuer ausſchlage.

§. 114.

Endlich dürfte die Vorſorge nicht am überflüßigſten ſeyn, daß die geiſtliche Gerichtsbarkeit in dem, was zufällig

iſt,

iſt, von dem Umſturz gerettet werde, welcher ihr von Seiten der weltlichen Macht bevorzuſtehen ſcheinet. So gerne die weltliche Regenten es zugeben, und ſelbſt mitwirken, daß dem Syſtem des römiſchen Hofes in Ausübung der zufälligen kirchenoberhauptlichen Gewalt im deutſchen Reiche ein Ende gemachet werde, ſo ſehr wünſchen ſie es gewiß, und bieten ſich die Hände, daß das bisherige Syſtem des Episkopats in Anſicht der Ausübung der zufälligen Gewalt überhaupt im deutſchen Reiche umgeändert werden möchte.

Se. k. k. Majeſtät haben dieſe Umänderung in ihren Staaten auch in Anſicht der auswärtigen deutſchen Fürſtbiſchöfe, deren Diözeſen ſich darein erſtrecken, unerachtet aller dagegen gemachten Remonſtrationen, und Proteſtationen aus landesherrlicher Machtsvollkommenheit wirklich durchgeſetzet. — Allerhöchſtdieſelbe äuſſern öffentlich den feurigſten Wunſch, daß im ganzen römiſchen deutſchen Reiche dasjenige geſchehen möchte, was Sie bereits in ihren Staaten Selbſt zum Beſten der Religion gethan haben. Wenn nun alle weltliche Regenten dieſem Beyſpiele nachahmen, wenn es kaiſerliche Majeſtät als Reichsoberhaupt nicht gedulden, daß im römiſchen deutſchen Reiche eine fremde Macht, worunter Sie all das begreifen, was nicht den Glauben, und die Seele betrifft, und nicht von göttlicher Einſetzung herkömmt, in Zukunft ausgeübet werde, ſo iſts mit dem Exercitio Jurisdictionis eccleſiaſticæ, & Juris Diœceſani nach den ſonſt allgemeinen Begriffen, beſonders in allem, was nur zufällig dahin gehört, eine geſchehene Sache. Es werden zwar Allerhöchſtdieſelbe zugeben: daß dieſe

 geiſt-

geiſtliche Gerichtsbarkeit von den deutſchen Fürſtbiſchöfen als ein **landesherrliches** Recht ausgeübet werde, als wie Sie es ausüben. Aber eben darum würde das bisherige Syſtem von dem zufälligen Zuſtande der kirchlichen Macht überhaupt abgeändert werden, welches meines Erachtens das Episkopat **noch mehr wegen den weitern Folgen**, als wegen der Sache ſelbſt zu verhüten Urſache hat — obſchon die Biſchöfe die zugleich Reichsfürſten ſind, in ihren Landen dermal nichts dabey verlieren.

Dieſe ſind die Gründe für meine Meynung, daß in dem Syſteme, welches der römiſche Hof in Ausübung der zufälligen päpſtlichen Gewalt ſeit Jahrhunderten zur Richtſchnur gehabt hat, eine Aenderung erwünſchlich, ja nothwendig ſey. Nun erübriget noch die

Achte Frage.

Wie kann dieſe Aenderung am unanſtößigſten, und friedfertigſten bewerkſtelliget werden?

§. 115.

Man kann in einer Sache vollkommen Recht haben, und darf doch nicht jede Art, ſeine Rechte zu behaupten, ergreifen. Es haben ſich ſchon die billigſten, ſchönſten, und nutzbarſten Projekte zerſchlagen, weil ein unrechter Modus in der Ausführung gewählet worden iſt, und mancher hat in ſeinen gerechteſten Forderungen nichts erhalten, weil er in Modo weiter geſchritten iſt, als es die Umſtände, und die Zeitverfaſſung geſtatteten.

Es iſt ſchon lange, daß man ſeine wahren oder vermeintlichen Rechte durch den Thatweg ergreifen konnte.

Der Beſitzſtand unter den Privatmenſchen iſt zu einem Rechtstitel geworden, den nicht jeder Privat zernichten kann, und die, ſo es attentiren, werden für Spoliatoren gehalten, und an die ordentlichen Rechtswege verwieſen, wie es im römiſchen deutſchen Reiche, wenn es den ordentlichen Weg gehet, die tägliche Erfahrung beweiſet.

Eben dieſe deutſche Reichsverfaſſung leidet es auch nicht, daß ſich ein Stand gegen den andern bey ſich eräugnenden Zwiſtigkeiten, ſelbſt Recht verſchaffe, ſondern wo reſpectu der ſtreitenden Theile ein allerhöchſter Richter iſt, ſo muß, wenn man die Sache gütlich nicht beylegen kann, von demſelben Recht geſuchet, und genommen werden.

§. 116.

Ich will zugeben: daß die zufällige päpſtliche Obergewalt zu der Höhe, von der ſie ſeit Jahrhunderten auf das deutſche Episkopat dominant herunterblicket, anfänglich durch die falſchen Dekretalen, durch die übermäßige von den Kaiſern, zum Nachtheil des übrigen Episkopats, verliehenen Privilegien, durch gewaltſame Thatwege, durch Intriguen, und ſo andere ungleiche Wege ſich erſchwungen hat. —

Ich will zugeben: daß dieſe Wege **keine ſolche** Præſcription, Poſſeſſionsgewohnheit befeſtigen können, die dem Beſitzer ein vollkommen **unumſtößliches** Recht einräumen, ſo iſt doch gewiß, daß der Papſt zu dato *in* der Poſſeſſion, dieſe Hand-

 lungen

lungen auszuüben, ſich befindet. Man kann nicht in Abrede ſtellen, daß der römiſche Stuhl viele derley Gerechtſame kraft der Verträge, und noch weit mehrere kraft ausdrücklicher Konziliensſchlüſſe ſeit Jahrhunderten ausübet.

Es iſt unläugbar: daß zur Ausübung wenigſtens **einiger** dieſer Handlungen hinnach die ausdrückliche, oder ſtillſchweigende Einwilligung der Biſchöfe, und der weltlichen Fürſten gekommen iſt.

Es iſt notoriſch: daß nach dieſen Grundſätzen, bey geiſtlich- und weltlichen Tribunalien ſeit unfürdenklichen Jahren geurtheilet, und dieſe Erkenntniſſe exequirt worden ſind. Es iſt reichskündig, daß die römiſchen Kaiſer in ihren Wahlkapitulationen auch ſchon nach entdeckter Falſchheit der Jſidorianiſchen Waare dennoch immerher verſprochen haben, daran zu ſeyn, daß die zweifelhaften Fälle mit dem päpſtlichen Stuhle der rechtlichen Ordnung nach entſchieden werden, worunter jene Handlungen, die man für keine zweifelhaften Fälle hält, gewiß nicht enthalten ſind. Die Poſſeſſion des Papſtes iſt alſo bey aller wahren, oder vermeintlichen Gewißheit des Jrrthumes, der urſprünglich unrechtmäßigen Erlangung dieſer zufälligen Rechteausübung, dennoch unſtreitig eine Poſſeßion, die ihn berechtiget das zu fordern, was jeder andere Beſitzer nach aufgehobenem Zuſtande der Selbſtrechtverſchaffung fordern kann *), und ſo iſt weder den Kirchenvätern zu Konſtanz, noch denen zu Baſel, auch nicht den deutſchen Kaiſern, und Fürſten ſelbiger Zeiten eingefallen, daß man dem päpſtlichen Stuhle die Ausübung der zu weit ausgedehnten Primatsrechte mit Gewalt wegnehmen ſoll, ſo ſehr man

auch gegen ſelbe, als Eingriffe in die episkopatlichen Rechte, als Beeinträchtigungen derenſelben, als unbefugte Anmaſſungen ꝛc. geeifert hatte **).

*) Betrachtet man den Papſt als das Oberhaupt der Kirche, und das episkopatiſche Corps in Deutſchland als die deutſche Kirche, ſo iſt dieſes in Anſicht des Papſtes nicht ſouverain, und kann alſo eben darum den Papſt von einem Beſitzſtande eigenmächtig nicht verdrängen, der auf ſo authentiſchen Stützen ruht, als die Verträge, Konzilienſchlüſſe, eigene Anerkenntniſſe ꝛc. ſind.

Nur ein allgemeines Konziljum könnte hierinn eine geſetzliche Aenderung bewirken. —

**) Selbſt die Baslerdekrete wurden dem Papſte Eugen IV. mit der Aeuſſerung vorgelegt, daß wenn er ſie nicht annehmen wollte, man von Seiten der deutſchen Nation den Amadäus Herzog von Savoyen, der bereits von den deutſchen Biſchöfen als Papſt unter dem Namen Felix V. erwählet war, für das rechtmäßige Kirchenoberhaupt anerkennen würde. Der Papſt nahm dieſe Dekrete unter gewiſſen Bedingniſſen an, und ſo bekam die ganze Unterhandlung ſelbſt die Geſtalt eines Vertrages: Es war ſomit das Betragen der Biſchöfe, und der deutſchen Nation nicht gewaltſam, nicht einſeitig, nicht pur faktiſch.

§. 117.

Die Grundſätze der Religion ſowohl, als die geſunde Vernunft rathen es, daß man in ſo einer wichtigen Sache vor allen die gelindern Mittel anwende, und erſt alsdann die härtern ergreife, wenn dieſe die behörige Wirkung nicht thun.

Nun ſind aber **Vorſtellungen** von dem, der ſich beſchwert zu ſeyn erachtet, an denjenigen, von dem die Beſchwerde herkömmt, das anſtändigſte, friedbezielendſte Mittel, welches

beſonders von denenjenigen nicht übergangen werden darf, welche Jeſus Chriſtus durch brüderliche Liebe mit ſich untereinander verbunden hat, und welche dem von Chriſto unter ihnen aufgeſtellten Oberhaupt die gebührende Ehre auch bey allem dem Unrecht, das ſie von ihm zu leiden haben, eben ſo wenig entziehen dürfen, als die Ungerechtigkeit eines Vaters gegen ſeinen Sohn dieſen berechtigen kann, der Ehrerbietung zu entſagen, die er ihm nach Gottes Gebot ſchuldig iſt. —

Dieſen Weg der Vorſtellung, oder der gütlichen Uebereinkunft haben in ähnlichen Fällen die klügſten Leute allemal als den erſten angerathen, die eifrigſten Kirchenvorſteher, und ſelbſt die weltlichen Regenten allemal förderſamſt angetreten, wie hievon in der Geſchichte unzählige Beyſpiele vorliegen.

§. 118.

Damit aber dieſe Vorſtellungen tiefern Eindruck machen, und der päpſtliche Stuhl zur gütlichen Beylegung der obwaltenden Irrungen nachdruckſamer bewogen werde, folglich die Sache nicht wiederum beym Alten bleibe, ſo iſt allerdings nothwendig, daß ſie von dem geſammten deutſchen Episkopat einſtimmig gemachet werden. Der römiſche Hof hat ſchon ſehr oft die Grundmaxime zu ſeinem gröſsten Vortheile angewendet, daß er die Gemüther der Biſchöfe, und Fürſten zu zertheilen geſuchet, um andurch die Rechte zu erhalten, die er einmal erworben hat. Einige Biſchöfe dürften auch aus unbekannten Abſichten mit dem römiſchen Hofe einhalten, und andere aus Jalouſie, oder vorgefaßter Meynung, mit den Erzbiſchöfen Cauſſam Communem zu machen, Anſtand nehmen, weil ſie nämlich dafür halten, es dürfte

ihnen erwünſchlicher ſeyn, von dem päpſtlichen Stuhle abzuhangen, als etwa in eine Art von größerer Abhängigkeit gegen die Erzbiſchöfe, als ſie ſeit Jahrhunderten her waren, verſetzt zu werden. — Sie können ſich einbilden — daß, wenn ſie ja von dem päpſtlichen Stuhle gekränket werden, ſie leichter ein Rettungsmittel finden würden, als wenn die Erzbiſchöfe wieder gewiſſe Gerechtſame über ſie bekämen — wo natürlicher Weiſe die Rettung ſchwerer halten müßte, weil den Erzbiſchöfen die Ausübung ihrer überkommenden Gewalt, authoritate Cæſarea konfirmirt werden würde. Es mag nun dieſes ein Vorurtheil, oder eine wahrſcheinliche Muthmaſſung ſeyn, ſo iſts allerdings rathſam, daß der Zweifel durch eine beſtimmtere Erklärung an die Biſchöfe gehoben, und andurch das Commune Conſilium & Suffragium zu dem vorhabenden Schritte erzwecket werde. — Selbſt Se. k. k. Majeſtät haben den Erzbiſchöfen dieſes gemeinſame Einverſtändniß mit den Biſchöfen angerathen — die Natur des Geſchäftes will es fordern, und die widrigenfalls unfehlbar entſtehende Unordnungen machen es in allem Betrachte nothwendig *).

*) Ohne Einhelligkeit unter dem deutſchen Episkopat wird ſich nichts erſprießliches bewirken laſſen.

Die Einhelligkeit wird aber am gewiſſeſten erzwecket, wenn die Hinderniſſe derſelben entfernet werden.

Dieſe Hinderniſſe ſind auf einer Seite die Muthmaſſung der Biſchöfe, daß die Erzbiſchöfe ihre alten eigentlichen Metropolitanrechte auch in Anſicht Ihrer reſuſcitiren möchten — auf der andern Seite ihr gutes Benehmen, oder Verſtändniß mit dem Papſte. Wenn alſo die Biſchöfe einerſeits verſichert werden, daß die Erzbiſchöfe lediglich alles in eodem ſtatu, wie es dermal iſt, reſpectu der Suffraganen belaſſen wollen, und wenn andererſeits ein Modus, die Irrungen mit dem Papſte beyzulegen, gewählet wird, der ihrer Deli=

Delikateſſe für das Oberhaupt der Kirche nicht aufſtoſſet, ſo getraue ich mir, ohne dem Eifer für die Ehre der biſchöflichen Würde zu nahe zu treten, an der Bewirkung dieſer Einhelligkeit nicht zu zweifeln.

§. 119.

Noch weniger kann das Einverſtändniß derjenigen weltlichen Regenten übergangen werden, in deren Lande ſich die Kirchenſprengel deutſcher Biſchöfe erſtrecken. Denn dieſes haben kaiſerliche Majeſtät ganz vorſichtig von darum vorgeſchlagen, damit Sie nicht nöthig haben, als Reichsoberhaupt einzutreten, und den deutſchen Fürſten die Geſtattung des Exercitii Pontificiæ poteſtatis exceptis iis, quæ ad Eſſentiam Primatus pertinent — in den Reichslanden aus kaiſerlicher Machtsvollkommenheit zu verbieten; denn dieſe würden viele deutſche Reichschurfürſten, Fürſten, und Stände nicht ſo unumſchränkt anerkennen, ſondern ſich vielmehr berechtiget halten, dem Papſte die Ausübung ſeiner Gerechtſamen in ihren Landen, ſo wie er ſie bis nun zu gehabt hat, auch ferners zu geſtatten — ohne daß es ja einem Kaiſer eingefallen wäre, dieſes als ein reichskonſtitutionswidriges Betragen anzuſehen, und zu ahnden. — Dieſe Fürſten werden glauben wollen, ſie ſeyen eben ſo befugt, die geiſtliche Jurisdiktion von den Biſchöfen, und die päpſtliche Gewalt, nach den beſtehenden Reſervationen, vom Papſte auf die Weiſe, wie es bisher geſchehen, auch in Zukunft in ihren Landen ausüben zu laſſen, wie es z. B. dem Erzherzoge von Oeſterreich und dem Markgrafen von Burgau ꝛc. gefällig geweſen iſt, ſelbe in dieſen Staaten gröſstentheils aufzuheben.

§. 120.

Erwünſchlich iſts alſo kaiſerlicher Majeſtät ganz gewiß, daß die deutſchen Biſchöfe mit den Landesherren, in deren Gebieten ihre Diözeſen entlegen ſind, über die Einſchränkung der päpſtlichen Macht in zufälligen Dingen ſich gütlich benehmen; alleine es dürfte ohne dieſe Benehmung die Abſicht der Biſchöfe auch an ſich ſchwer erreichet werden.

Man ſetze: viele weltliche Fürſten Deutſchlandes ſetzten ſich platthin wider die Abänderung des bisherigen Syſtems des römiſchen Hofes — ſie gedulden es nicht, daß die Biſchöfe ihre Jurisdiktion anders als hienach ausüben: wo wird es hinkommen? Wird der Kaiſer deßwegen Krieg mit ihnen anfangen? Wie dürfte es ausſehen, wenn dieſe Fürſten gegen die Ausübung der geiſtlichen Jurisdiktion von Seiten auswärtiger Biſchöfe eben ſo große Klagen führten, als immer die Biſchöfe gegen die ſo geſtaltete Ausübung der päpſtlichen Gewalt in ihren Kirchenſprengeln führen — wenn ſie behaupten, daß ſie nicht nur in der Beförderung der zeitlichen Glückſeligkeit ihrer Unterthanen gehindert werden, ſondern daß ſelbſt das Beſte der Religion darunter leide, wenn mehrere auswärtige Biſchöfe in einem Lande das geiſtliche Regiment führen, wo über den nämlichen Gegenſtand einer dieß, der andere etwas anders ſtatuirt, wo zween eine Sache als den gröbſten Mißbrauch abſtellen, und zween andere die nämliche Sache als die löblichſte Religionshandlung unterſtützen — wo dieſer eine landesherrliche Verordnung dem untergebenen Clero zur Selbſtbefolgung und Betreibung des Gehorſames von Seiten der weltlichen Unterthanen empfiehlt,

und jener ſeinem *Clero* die Annahme und Publikation aufs ſchärfſte **verbietet** — von vielen andern Unordnungen zu geſchweigen, welche ſonſt noch aus der Ausübung der geiſtlichen Gerichtsbarkeit von Seiten mehrerer Biſchöfe in einem Lande entſtehen können, und wirklich entſtehen; wenn die Landesherren von dieſen ſchlimmen Folgen aufgefordert zum Beſten ihrer Staaten den Gedanken faſſen, eigene Bißthümer in ihren Landen zu errichten — die ſodann nebſt ihrer ordentlichen Gewalt all das ausüben ſollen, was die auswärtigen Biſchöfe nun vom Papſte zurückfordern, wenn ſie dafür halten: daß es ihnen weit erwünſchlicher ſey, daß dieſe Gewalt von ihren inländiſchen Biſchöfen ausgeübet werde, als daß auswärtige noch eine größere in ihren Landen auszuüben überkommen ſollen, als die iſt, die ſie ſchon haben, und die ihren landesherrlichen Gerechtſamen nachtheiliger iſt, als daß nicht jeder ſolcher Fürſt von Herzen wünſchen, und trachten ſoll, ſie ganz vom Halſe zu kriegen. —

Dieſe Reflexionen dürften die Nothwendigkeit des Einverſtändnißes der Biſchöfe mit den weltlichen Regenten, in deren Lande ſich ihre Kirchenſprengel erſtrecken, ziemlich an den Tag legen, und kaiſerliche Majeſtät mögen die widrigen Folgen, welche aus der Umgehung dieſes Einverſtändniſſes entſtehen müßten, ganz wohl eingeſehen haben, da ſie ſolches den Herren Erzbiſchöfen ſo nachdruckſam empfohlen haben.

§. 121.

Hauptſächlich iſt auch der allerhöchſte kaiſerliche und des Reiches Schutz nothwendig, denn ohne dieſen kann nicht nur der vorgeſteckte Zweck nie erreichet werden, ſondern es würde auf den Fall

einer entſtehenden Unruhe, und Diſſenſion unter den Biſchöfen und weltlichen Fürſten, mehr Uebels erfolgen, als man durch das ergriſſene Mittel abthun wollte.

Und überhaupt konnte großen Uebeln in der Kirche, niemals anders, als von den Kaiſern wirkſam abgeholfen werden.

§. 122.

Freylich wäre eine Nationalkirchenverſammlung das beſte Mittel, ſich miteinander über das Vorhaben vollkommen zu vereinigen, nach welchem in dem bisherigen Syſtem des römiſchen Hofes eine Aenderung zu machen erwünſchlich iſt. — Da ſich hierinn der Geiſt des deutſchen Episkopats über die Maaßregeln am bequemſten concentriren könnte, die die vorträglichſten ſind, die Ehre der deutſchen Kirche zu ihrem und der deutſchen Staaten Flor, und Aufnahm, zur Beförderung der ewigen und zeitlichen Wohlfahrt der deutſchen Kirche und Staaten, zum Wachsthum in der wahren Gottſeligkeit, und zur Handhabung der chriſtlichen Religion herzuſtellen, und den Nachtheil zu entfernen, welcher aus der Ausübung der gar zu übertriebenen kirchenoberhauptlichen Macht in gewiſſen zufälligen Dingen am Ende für die deutſche Kirche entſtehen muß.

Man könnte auch übereinkommen, wie man die weltlichen Regenten in Deutſchland über die Beſchwerden klaglos ſtellen wolle, die ſie nicht ohne Grund über die Ausübung der geiſtlichen Gerichtsbarkeit im **Zufälligen** überhaupt führen — damit auf ſolche Weiſe Friede und Eintracht zwiſchen dem Papſte und den Biſchöfen, dann zwiſchen der geiſtlich- und weltlichen Macht im römiſchen deutſchen Reiche erhalten würde *).

 *) So

*) So lang im römiſchen deutſchen Reiche nicht der Bedacht genommen wird, in gewiſſen Kirchendiſciplinſachen mit Einverſtändniß der weltlichen Regenten eine Gleichheit einzuführen, ſo werden dieſe immer Urſache haben zu klagen, ſomit auch zur Beruhigung ihrer Unterthanen ſelbſt die Hände hierinn einzuſchlagen. Wenn man nur daran denkt, was die Ungleichheit im Diſpenſiren z. B. des Faſtengebotes in einem Lande, in das ſich fremde Bißthümer erſtrecken, für Folgen hat, ſo wird man ſich von der Erwünſchlichkeit einer Gleichheitseinführung augenfällig überzeugen — und ſo iſts mit einer Menge anderer Gegenſtände. Was in Anſicht mehrerer Bißthümer in einem Lande erwünſchlich iſt, das iſt es gewiß auch in Anſicht des ganzen Episkopats im römiſchen deutſchen Reiche.

§. 123.

Wenn nun bey der entfernten Hoffnung eines Nationalkonziliums der Weg der gütlichen Uebereinkunft mit dem Papſte eingeſchlagen, und mittels einmüthiger Vorſtellungen all dasjenige, was zur Beförderung der kirchlichen Wohlfahrt dem deutſchen Episkopat nothwendig zu ſeyn ſcheinet, von dem Papſte mit geziemender Ehrerbietigkeit anverlanget wird, wer ſollte wohl zweifeln, ob er es gewähren werde? Sollte wohl der Papſt für Erhaltung ſolcher Prärogativen, die in der Einſetzung Chriſti nicht enthalten, und die für die jetzigen Zeitumſtände dem gemeinen Beſten der Kirche, und des Staats nachtheilig ſind, mehr beeifert ſeyn, als für die Erhaltung der Ruhe, und des Friedens in der deutſchen Kirche? Ich kann mir dieſes bey gegenwärtiger Lage nicht vorſtellen.

§. 124.

Auf ſolche Weiſe wird die geziemende Anſtändigkeit gegen das Kirchenoberhaupt beybehalten, und bey den Gläubigen, durch

das heut zu Tage mehr als jemals nothwendige Beyſpiel, die Wahrheit des Geſetzes beſtärket, daß man den Kirchenvorſtehern den gebührenden Reſpekt niemals entziehen darf. —

Behauptet ja ſelbſt Febronius: *quod unionis & pacis ſervandæ cauſſa, aliqua etiam ſupererogatoria poteſtatis capita primæ Sedi permitti poſſent, utut non omnibus prætenſionibus ejus ſubſcribendum ſit, ſed potius ſerio cogitandum de eorundem recuperatione*, ſervato, *quantum poteſt*, moderamine.

Der Einwurf, daß Vorſtellungen ſchon öfters fruchtlos gemachet worden ſind, iſt von keiner Erheblichkeit. Andere Zeiten, andere Maaßregeln.

Man war zu Zeiten des Koſtnitzer- und Baslerkonziliums bey weitem in der Verfaſſung nicht, in der man jetzt ſich befindet. Die Falſchheit der Iſidorianiſchen Dekretalen war nicht ſo klar entdecket, und eben darum die Begriffe von den Gränzen der päpſtlichen Macht nicht ſo ſehr entwickelt. — Die deutſchen Fürſtbiſchöfe, und weltlichen Regenten ſtunden lange nicht in der Harmonie, in der ſie zu dato ſtehen. Selbſt die Biſchöfe hatten, was ihre urſprüngliche Macht betrifft, die ächten Begriffe nicht, die ſie nunmehr alle davon haben. —

Der päpſtliche Hof hatte mehr Einfluß auf das Zeitliche der Fürſten, und weniger Widerſtand in ſeinen Unternehmungen, als in unſern Tagen. Es war alſo kein Wunder, wenn dazumal die Vorſtellungen der deutſchen Biſchöfe, und der Nation größtentheils unerhört geblieben ſind.

Jetzt ſoll es Sr. päpſtlichen Heiligkeit doch ſchwer ankommen, gegründeten Vorſtellungen der Biſchöfe kein Gehör zu geben.

Da nun die Vorſtellungen an den Papſt wegen nothwendiger Anlaſſung einiger bisher ausgeübten Befugniſſe dem Wohlſtande angemeſſen ſind, und dadurch kein Recht vergeben wird, ſo tritt die Klugheitsregel ein: daß man dasjenige thun müſſe, was in keiner Providenz ſchaden, wohl aber nützen kann: folglich wären förderſamſt an den Papſt ſolche Vorſtellungen zu erlaſſen, worinn ihm die Billigkeit des Begehrens der deutſchen Fürſtbiſchöfe gezeiget wird, daß er denenſelben das, was ihnen zu ihrer guten Amtsverweſung nöthig iſt, abtreten, und alſo andere Vorſchritte verhüten ſoll, die man anſonſt zu machen genöthiget ſeyn würde, um die von Chriſto den Biſchöfen verliehene Gewalt zu behaupten, die ihnen zur guten Regierung der eigenen Diözeſen nöthig iſt, und welche eben darum von der biſchöflichen Macht **unwiederbringlich** nicht getrennet werden kann; indem die Biſchöfe von dem heiligen Geiſte geſetzet ſind ihre Heerde zu regieren, folglich jener Gewalt unwiderruflich nicht beraubet werden können, welche ihnen zur Beförderung des Seelenheiles ihrer Untergebenen, und zum guten Regiment ihrer Diözeſen nach Erforderniß der Zeit und Umſtände nothwendig iſt *).

*) Es ſind mit dem Exercitio jurisdictionis eccleſiaſticæ inter Eccleſiæ caput, & membra in nicht weſentlichen Dingen ſchon öfters Veränderungen vorgegangen — Die Macht ſelbſt bleibt dabey, was ſie iſt. Warum ſoll juſt in dieſen Zeiten nicht zu hoffen ſeyn, daß ſich der päpſtliche Stuhl geneigt zeigen werde, ſich über jene Gegenſtände mit dem deutſchen Episkopat im Frieden zu benehmen, welche zum päpſtlichen Primat nicht weſentlich oder unabſönderlich gehören?

§. 125.

So groß die Hoffnung von dem guten Erfolge ſolcher Vorſtellungen iſt, ſo gegründet ſcheinet mir das Beſorgniß der ſchlimmſten Folgen zu ſeyn, welche aus der Antretung des Thatweges entſtehen — gewiß entſtehen werden.

Ich kann mir vorſtellen, daß der päpſtliche Hof alles das, was er am Ende doch anlaſſen muß, noch ſo gerne anlaſſen wird, wenn ſelbſt durch die freywillige Anlaſſung auf einer Seite das Anſehen des heiligen Stuhles erhalten, und auf der andern Unfriede, und Trennung vermieden wird.

Ich kann mich aber auch leicht überzeugen, daß derſelbe alles unternehmen wird, was in ſeinen Kräften iſt, eine gewaltſame Entreiſſung der ihm bisher zugeſtandenen und ſeit unfürdenklichen Zeiten ausgeübten Gerechtſamen zu verhindern. Vielen Biſchöfen wird der Modus, ihre Rechte via facti wieder an ſich zu bringen, zu hart fallen, und ſie werden Anſtand nehmen, ſich in der Hauptſache mit den Erzbiſchöfen einzuverſtehen.

Eben alſo werden viele weltliche Regenten, die mit dem Papſte in guter Harmonie (ſey es hernach aus andern Abſichten oder nicht) zu verbleiben entſchloſſen ſind, noch weit ſchwerer daran kommen, auf dieſe Weiſe mit dem Episkopat gemeinſame Sache zu machen. Kaiſerliche Majeſtät ſelbſt haben bey vielen ihrer in eccleſiaſticis getroffenen Verordnungen den Papſt nicht umgangen, ja Sie haben ſogar ausdrücklich gewollt, daß z. B. die Biſchöfe facultatem diſpenſandi in ſecundo gradu conſanguinitatis & adfinitatis æquali a Summa Sede nebſt andern nöthigen Fakultäten ſich in perpetuum einräumen laſſen ſollten. Mir iſt alſo

unbe-

unbegreiflich, daß kaiſerliche Majeſtät begnehmigen ſollten, daß die Biſchöfe den Papſt aus der Poſſeßion ſeiner bisherigen Rechte via facti hinauswerfen.

Der Papſt ſelbſt wird lieber, und ehender gewiſſe Rechte, welche den Kaiſern des deutſchen Reiches von dem römiſchen Hofe einſt entriſſen worden ſind, und alſo mit größerm Fug dahin, als zum Episkopat gehören, wieder zurückſtellen, und dem Kaiſer ſowohl, als andern weltlichen Fürſten gewiſſe Gegenſtände der zufälligen geiſtlichen Gerichtsbarkeit einräumen, als alles das ſich unbegrüßt oder abgetrotzet, oder gar mit Gewalt von den Biſchöfen entreiſſen laſſen: da er durch dieſen Weg wenigſt die Authorität des päpſtlichen Stuhles rettet, und die Regenten zu Beſchützern der noch übrigen Befugniſſe zu gewinnen hoffet: den Regenten hingegen wird es erwünſchlich ſeyn, daß ſie dieſe Rechte ohne Streit, und Lärm wieder erhalten, und lieget ihnen, wenn ſie ſie einmal beſitzen, wenig daran, wenn der Papſt glaubet, er habe ſie ihnen vergünſtiget; denn es wird ſie weder Papſt, noch Biſchof mehr herauskriegen. Und die deutſchen Biſchöfe ſollen ſie vom Kaiſer und andern weltlichen Regenten, denen ſie vom Papſte verliehen worden ſind, nur für ſich erzwingen wollen? Es wird Sie der Mühe wohl gereuen.

Und wie kann nun wahrſcheinlicher Weiſe auf einem andern, als dem Vergleichswege eine Aenderung beſonders in dem gehoffet werden, was der Papſt bisher *vi Concordatorum* exercirt hat, oder exerciren zu können prätendirt?

Die öffentlichen Streitſchriften nicht nur von Katholiken, ſondern auch von Proteſtanten zeigen auf ganz widrige Ausſichten.

§. 126.

§. 126.

Die allerärgſte Folge des Thatwegs abſeiten der Biſchöfe gegen den Papſt dürfte noch dieſe ſeyn, daß der Kaiſer und die weltlichen Regenten des deutſchen Reiches, von dieſem Beyſpiele angelocket, die geiſtliche Gerichtsbarkeit überhaupt in allem dem, was zu ihrem zufälligen Zuſtande gehöret, oder was derſelben ganz zufällig iſt, an ſich zu bringen den Entſchluß faſſen; denn ſie können dieſe Reflexion machen: die Erz- und Biſchöfe des deutſchen Reiches ſind beglaubet, daß dem Papſte die zufälligen Rechte der oberhauptlichen Kirchengewalt unbedenklich *via facti* weggenommen werden können, weil dieſe Rechte urſprünglich den Biſchöfen gebühren, und weil den Papſt weder die falſchen Dekretalen, weder unfürdenkliches Herkommen, weder Präſcription, weder Ceſſion, weder Poſſeſſion noch Konkordaten ſo darinn zu befeſtigen vermögen, daß ſie ihm nicht von den Biſchöfen entriſſen werden können, ſo bald veränderte Zeiten und Umſtände ſolch eine Aenderung erheiſchen, indem es ein dem Episkopat weſentlich-anhängiges, von Chriſto verliehenes Recht iſt, die geiſtliche Gewalt in der Kirche nach der urſprünglichen Einſetzung Chriſti auszuüben.

Das alles, können die weltlichen Regenten ſagen, räumen wir den Biſchöfen gern ein, aber ſie können auch nicht entgegen ſeyn, wenn wir alle die Rechte, die den Biſchöfen zur Ausübung ihrer geiſtlichen Gewalt in Hinſicht auf den geiſtlichen Endzweck nicht nothwendig, ſohin derſelben pur zufällig ſind, wieder uns zueignen, weil den Biſchöfen weder die falſchen Dekretalen, worinn die meiſten dieſer Rechte gegründet ſind, weder die von unſern Vorfahrern verliehene Privilegien,

und Freyheiten, weder unfürdenkliches Herkommen, und Gewohnheit, weder Präſcription und Ceßion, weder Poſſeßion und Konkordat hierinn patrociniren können, wo minder ihnen ſolche Rechte von uns entriſſen werden mögen, ſo bald veränderte Zeiten und Umſtände es erfordern; denn uns iſt von Gott die Macht verliehen, daß wir die zeitliche Wohlfahrt unſerer Staaten nach Kräften befördern, und alles was derſelben ſchädlich iſt, daraus verbannen; und Chriſtus hat ohnehin keine Macht eingeſetzet, welche mit der Beförderung der zeitlichen Glückſeligkeit unvereinbarlich iſt. — Alſo ſind wir befugt alle dieſe Rechte einzuziehen, indem das Majeſtätsrecht oder vielmehr Pflicht der weltlichen Machtsvollkommenheit, das Beſte unſerer Lande zu beſorgen, und das Böſe davon zu entfernen, nicht ſo angelaſſen, oder von einem dritten an ſich gebracht werden kann, daß wir es nicht allemal, wenn es uns zum guten Regiment unſerer Lande nothwendig, oder dienſam iſt, nach Belieben einziehen, und ſelbſt ausüben können.

Was würde man wohl auf dieſe Gleichſtellung der Grundſätze der weltlichen Regenten gegen jene der Biſchöfe des deutſchen Reiches mit Beſtande antworten? und iſt es nicht beſſer, daß man durch eine gütliche Benehmung mit dem päpſtlichen Stuhle dieſer Beſchwerde ganz ausweiche?

§. 127.

Da die Herren Erzbiſchöfe ihre Gedanken, wie ſie es für die Zukunft mit dem Papſte gehalten zu werden verlangen, und was ſie dermal an ſich bringen wollen, in dem Reſultat des Embſer Kongreſſes vorgeleget haben, ſo will ich über jeden Punkt deſſelben meine unzielſetzliche Meynung ſagen, und dadurch den Weg zu einem wirklichen Vergleichsentwurf nach meinem Sinne bahnen.

Reſul-

Reſultat

des Embſerkongreſſes.

Seine kaiſerliche Majeſtät haben in dem allergnädigſten Schreiben an die vier Erzbiſchöfe des deutſchen Reichs zu Mainz, Trier, Kölln, und Salzburg vom 12. Oktober 1785. dem geſammten Episkopat der deutſchen Kirche die huldreichſte Zuſage gegeben, die biſchöflichen Rechte in ihren Sprengeln, als einen weſentlichen Theil zur guten Diſciplinarverfaſſung nicht allein aufrecht zu erhalten, ſondern auch beyzutragen, daß die Biſchöfe in alle diejenigen Rechte, welche Sie durch unerlaubte, und ihrer Beſtimmung zuwidergehende Vorfälle verloren haben mögen, wieder nach der urſprünglich eingeführten, und durch Jahrhunderte beobachteten Ordnung eingeſetzt würden. Se. kaiſerliche Majeſtät haben hierdurch dem ganzen Reiche Allerhöchſtdero oberſchutzherrliche Geſinnungen bekannt werden, und zugleich dem päpſtlichen Stuhle erklären laſſen, wie Allerhöchſt Sie niemals geſtatten könnten, daß die Erz- und Biſchöfe im Reich in ihren von Gott und der Kirche ihnen eingeräumten Diözeſanrechten geſtöret würden.

Dieſe allerhöchſte reichsoberhauptliche Zuſage hat die vier Erzbiſchöfe aufgemuntert, und bewogen, der pflichtmäßigen Sorgfalt, welche ſie für ihre beſondere, und die geſammte deutſche Kirche tragen, das ſchon längſt erwartete Genügen zu leiſten, ſofort durch die Endesunterzeichneten vier Deputirten jene hauptſächliche biſchöfliche Rechte, in deren eigenmächtiger Ausübung ſie ſchon ſeit Jahrhunderten gehindert worden, zuſammentragen, und dieſelbe nach richtigen Grundſätzen in reife Ueberlegung ziehen zu laſſen.

Der römiſche Papſt iſt, und bleibt zwar immer der Oberaufſeher und Primas der ganzen Kirche, der Mittelpunkt der Einigkeit, und iſt von Gott mit der hierzu erforderlichen Jurisdiktion verſehen. Alle Katholiken müſſen ihm immer den kanoniſchen Gehorſam mit voller Ehrerbietigkeit leiſten. Allein

alle andere Vorzüge, und Reſervationen, die mit dieſem Primate in den erſten Jahrhunderten nicht verbunden, ſondern aus den nachherigen Jſidorianiſchen Dekretalen zum offenbaren Nachtheil der Biſchöfe gefloſſen ſind, können jetzt, wo die Unterſchiebung und Falſchheit derſelben hinreichend erprobet, und allgemein anerkannt iſt, in den Umfang dieſer Jurisdiktion nicht gezogen werden.

Dieſe gehören vielmehr in die Klaſſe der Eingriffe der römiſchen Kurie, und die Biſchöfe ſind befugt, ſich ſelbſt in die eigene Ausübung der von Gott ihnen verliehenen Gewalt, beſonders, da keine dahin abzweckende Vorſtellungen bey dem päpſtlichen Stuhle bis nun gewirket haben, unter dem allerhöchſten Schutze Sr. kaiſerlichen Majeſtät wieder einzuſetzen.

Darunter können und müſſen nachſtehende Grundſätze und alle darinn einbegriffene ſichere Schlußfolgen gerechnet werden, als da ſind:

Reflexionen
über
das Reſultat des Embſerkongreſſes.

§. 128.

Wenn Jhro k. k. ap. Majeſtät als oberſter Schutzherr der deutſchen Kirche ſich bey dem römiſchen Stuhle dahin verwenden, daß jene biſchöflichen Rechte in Deutſchland aufrecht erhalten werden, welche einen weſentlichen Theil zur guten Diſciplinarverfaſſung ausmachen, ſo wird die Ausübung dieſer oberſten reichsſchutzherrlichen Pflicht einen unſterblichen Dank von dem deutſchen Episkopat, und der ganzen Nation erheiſchen: denn die Ausübung ſolcher biſchöflichen Rechte, die einen weſentlichen Theil der guten Diſciplinarverfaſſung in der deutſchen Kirche ausma-

machen, iſt eine wahre Wohlthat für Deutſchland, ſo wie die Nichtausübung derenſelben das Unglück der deutſchen Nation ſeyn würde, weil das geiſtliche Beſte derſelben aus Abgang ſo eines weſentlichen Theiles der biſchöflichen Pflichtausübung unmöglich befördert werden könnte. —

Alle jene Rechte alſo, welche einen weſentlichen Theil der guten Diſciplinarverfaſſung der deutſchen Kirche ausmachen, ſind den Biſchöfen Deutſchlandes, wenn ſie durch was immer für Zufälle denenſelben entriſſen worden, um ſo mehr zu reſtituiren, als widrigenfalls der Endzweck der biſchöflichen Macht nicht erreichet werden könnte, weil ſie bey Ermangelung eines weſentlichen Beſtandtheiles der Mittel zum Zwecke beraubet ſeyn würde, nach der Einſetzung Chriſti aber den Biſchöfen alle jene Gewalt gebühren muß, die ihnen zur Beförderung des ewigen Seelenheiles ihrer Untergebenen weſentlich nothwendig iſt, ſo wie alles dasjenige entfernet werden muß, was ihnen hierinn ein weſentliches Hinderniß iſt.

So wenig Ihro kaiſerl. Majeſtät geſtatten können, daß die Erz- und Biſchöfe im Reiche in ihren weſentlichen von Gott und der Kirche ihnen eingeräumten Diözeſanrechten geſtöret werden, ſo wenig können Allerhöchſtdieſelbe dieſes in Anſicht des Kirchenoberhauptes, was deſſelben weſentlich dem Primate anhängliche Rechte betrifft, zugeben, und muß ſich natürlicher Weiſe dieſe Zuſage auf die Grundurſache hievon referiren, die in der Erhaltung jener biſchöflichen und päpſtlichen Primatrechte geſetzet wird, welche einen weſentlichen Theil der guten Diſciplinarverfaſſung ausmachen, und die zur urſprünglich eingeführten guten Ordnung in allem gehört, ohne welches die gute Regierung

der Diözeſen und der ganzen Kirche im Weſentlichen nicht beſtehen kann.

Von der Ausübung ſolcher Rechte, die nach Verſchiedenheit der Zeit und Umſtände in Diſciplinſachen beſtimmt worden ſind, und die aus ihrer Natur eine Abänderung nach abgeänderten Umſtänden erfordern, kann hier die Rede nicht ſeyn, weil dieſe Dinge weder einen weſentlichen Theil der guten Diſciplinarverfaſſung ausmachen, noch in der urſprünglich eingeführten Ordnung gegründet ſind.

Hätten Ihro kaiſerl. Majeſtät die allergnädigſte Geſinnung gehabt, daß die Herren Erzbiſchöfe im deutſchen Reiche in ihren von der Kirche eingeräumten Rechten (denn von Gott haben ſie keine andern als die Biſchöfe haben) wieder eingeſetzet würden, und wollten die Herren Erzbiſchöfe auch darauf mitantragen, ſo möchte dieſe kaiſerliche allerhöchſte Gnade von den meiſten deutſchen Fürſtbiſchöfen, und weltlichen Reichsſtänden allerunterthänigſt verbeten werden.

In dem Eingange des Reſultats wird geſaget, daß die Deputirten der vier Herren Erzbiſchöfe jene hauptſächliche biſchöfliche Rechte zuſammengetragen haben, in deren eigenmächtiger Ausübung ſie ſchon ſeit Jahrhunderten gehindert worden, und ſie ſtellen zugleich den Satz auf — daß alle andere Vorzüge, und Reſervationen, die mit dem päpſtlichen Primate (gemäß deſſen das Oberhaupt der Kirche der Oberaufſeher, und der Mittelpunkt der Einigkeit iſt) in den erſten Jahrhunderten nicht verbunden, ſondern aus den nachherigen Iſidorianiſchen Dekreten zum offenbaren Nachtheil der Biſchöfe gefloſſen ſind, jetzo nach hinreichend er-

erprobt= und allgemein erkanntem Irrthum in den Umfang dieſer (päpſtlichen) Jurisdiktion nicht gezogen werden können, ſondern vielmehr in die Klaſſe der Eingriffe der römiſchen Kurie gehören, ſomit die Biſchöfe befugt ſeyen, ſich ſelbſt in die Ausübung der von Gott ihnen verliehenen Gewalt wieder einzuſetzen. Die der Natur des Primats in Anſicht ſeines Zweckes nach der Einſetzung Chriſti weſentlich anhänglichen Rechte leiden keine Abänderung — Warum aber nicht die Ausübung derſelben, und noch mehr die Art und Weiſe, ſie auszuüben, eine mit der Weſenheit beſtehende Beſchränkung, oder Modifikation pro majori Eccleſiæ utilitate, & temporum, ac circumſtantiarum varietate leiden ſoll, das kann ich um ſo weniger begreifen, als gewiß es mir iſt, daß Gott die individuelle Ausübung der Primatsrechte, und die verſchiedenen Modifikationen dieſer Ausübung nicht geoffenbaret hat, und derley Einſchränkungen und Modifikationen, auch die Ausübung der unbezweifeltſten Majeſtätsrechte weltlicher Regenten gar wohl admittiret.

Auf die nämliche Weiſe iſt nicht abzuſehen, warum nicht auch die Ausübung der urſprünglich biſchöflichen Rechte ohne weſentlichen Nachtheil der guten Regierung ihrer Diözeſen, oder wenigſt der Modus in der Ausübung nach Erheiſchung der Zeit, und Umſtände eingeſchränket, oder geändert werden könne. Sind dann nicht die urſprünglichen Rechte der Biſchöfe ſchon in den erſten Jahrhunderten von den allgemeinen, und Provinzialkirchenverſammlungen zu Gunſten der Erzbiſchöfe ziemlich beſchränket, und vielfältig abgeändert worden? Wenn ſich aber urſprüngliche Rechte quoad Exercitium auf eine geſetzmäßige Art einſchränken laſſen, ſo muß dieſe Einſchränkung in Anſicht der zufälligen Rechte noch mehr Platz greiffen.

Eine ſolche Einſchränkung urſprünglicher Rechte, bey welcher der Endzweck der zuſtehenden Macht nicht erreichet werden kann, hat in keinem Falle einen Angang; es kömmt alſo die ganze Frage darauf an, ob die vier Herren Deputirte zum Embſerkongreſſe dafür halten, daß alle Vorzüge, und Reſervationen des Papſtes ohne einige Ausnahme, die nicht unmittelbar aus der Natur des Primats nach deſſen urſprünglicher Einſetzung entſpringen, und wodurch die Biſchöfe in der Ausübung ihrer weſentlichen Macht, die in der Beförderung des Seelenheiles ihrer Untergebenen beſteht, nicht gehindert werden, von nun an aufhören, und an die Biſchöfe übergehen ſollen, ſie mögen dem Papſte durch öffentliche Verträge oder durch allgemeine Konzilienſchlüſſe, oder durch ſonſtige Rechtstitel eigen geworden ſeyn? Die generalen Ausdrücke der Herren Deputirten ſcheinen dieſen Sinn zu bekräftigen — da weiß ich aber nicht, wie die Biſchöfe mit der eigenmächtigen Wiedereinſetzung ihrer ſelbſt in derley Rechte hinauslangen werden?

Das ganze Fundament der dießfallſigen Forderung beruhet darauf, daß ſich alle die Konzilienſchlüſſe und Konkordaten auf die falſchen Dekretalen ſtützen, folglich für die von dem päpſtlichen Stuhle daraus erworbenen Rechte nie etwas Geſetzliches probiren.

Alleine wenn dieſes angehet, dann iſt des Streitens kein Ende mehr in der Welt. — Auch die meiſten der biſchöflichen Rechte in zeitlichen Dingen gründen ſich in den falſchen Dekretalen, und doch würden die Biſchöfe im deutſchen Reiche die Entreiſſung derenſelben aus dieſem Grunde als eine unjuſtifizirliche Thathandlung anſehen, und ſich mit der Zuſicherung des Kaiſers und Reichs,

worinn

worinn ihnen die Handhabung der zuſtehenden Immunität, Privilegien ꝛc. ꝛc. feyerlich gewähret wird, gegen Eingriffe ſchützen, und das mit Recht. — Warum ſoll ſich dann der Papſt nicht auch damit ſchützen können, da ihm vom Kaiſer in Anſicht der Konkordaten, und der Rechte des päpſtlichen Stuhles das nämliche zugeſichert wird? Entweder beruhet dieſe kaiſerliche Gewährleiſtung in Anſicht der Biſchöfe Deutſchlandes quoad ipſorum jura in temporalibus & civilibus auf dem Suppoſito, als gehörten derley Dinge zur weſentlichen Kirchenmacht — wie es die falſchen Dekretalen angeben, und dann fällt die Gewährleiſtung mit dem Suppoſito, wie die Herren Deputirte ſolches in Anſicht des Papſtes behaupten — oder ſie wiſſen, daß dieſes nur zufällige Befugniſſe ſind, die ſie aus geſetzmäßig erworbenen Reichstiteln nunmehr beſitzen, und ſie ertheilen ihnen die Beſtätigung hierinn, ſo daß die Biſchöfe dieſe Rechte im Grunde kraft ihres Beſitzſtandes, und der reichsgeſetzmäßigen Beſtätigung darinn ausüben; ſo gilt dieſes nämliche Fundament auch für die dem Papſte kraft allgemeiner Kirchenverſammlungen, und Konkordaten zuſtehenden zufälligen Reſervationen und Vorzüge, und zwar um ſo mehr, als derley Beſtätigungen in den neueſten Zeiten, wo die Falſchheit der Dekretalen ſchon lange entdecket iſt, in aller rechtsgeſetzlichen Form erfolget ſind.

Eine nähere Entwickelung dieſer Grundſätze wird ſich in der Folge ergeben, ſo wie das zweckdienliche in Betreff deſſen, was hier von den bereits gemachten Vorſtellungen an den päpſtlichen Stuhl geſagt wird — §. 124. erwähnet worden iſt.

I.

Chriſtus, der Stifter unſerer heiligen Kirche hat den Apoſteln, und ihren Nachfolgern, den Biſchöfen, eine unbeſchränkte Gewalt, zu binden, und zu löſen, für alle jene Fälle gegeben, wo es die Nothwendigkeit oder Nutzbarkeit ihrer Kirchen, oder der zu denſelben gehörigen Gläubigen immer erfordern mag.

Ad I.

§. 129.

Was zur weſentlichen von Chriſto urſprünglich eingeſetzten Macht der Biſchöfe gehört, das habe ich von §. 14. bis 24. umſtändlicher erwähnet, und ich bin vollkommen überzeuget, daß jede ſolche Einſchränkung der weſentlichen biſchöflichen Rechte der Intention des göttlichen Stifters zuwider laufe, bey welcher die Biſchöfe auſſer Stand geſetzet würden, ihre oberhirtlichen Pflichten zu erfüllen, weil durch ſo eine Einſchränkung die biſchöfliche Macht ſelbſt im Weſentlichen unwirkſam würde: daß aber die biſchöflichen Rechte gar nicht eingeſchränket werden können, das iſt eben ſo wenig revelirt, als daß ſie ſelbſt unmittelbar von Chriſto verliehen ſeyen. Wo wir aber keine Offenbarung, und keine Kirchenerklärung de dogmate haben, da darf man doch noch einer andern Meynung ſeyn, und wenn es der Papſt ſelbſt iſt, ſo wird die Sache zweifelhaft, und im Zweifel kann doch kein Theil für ſich alleine entſcheiden.

Ich nehme es aber für gewiß an, daß die Biſchöfe ihre Macht unmittelbar von Chriſto haben, und glaube doch, daß die Einſchränkung ihrer Ausübung im oft erklärten Sinne der Einſetzung Chriſti nicht entgegen ſey; denn daß ſie ſchon in den

erſten Jahrhunderten der Chriſtenheit durch die kirchliche Einſetzung der Metropolitanen, mithin poteſtate mere humana eingeſchränket worden, das iſt unſtreitbar — Wenn alſo die Einſchränkung auch der urſprünglich biſchöflichen Macht wider die Einſetzung des göttlichen Stifters anſtieſſe, ſo hätte die Kirche die göttliche Einſetzung in Etwas Weſentlichem geändert, ſohin ſelbſt im Weſentlichen eine Aenderung erlitten, das nicht behauptet werden darf. Alſo iſt die Einſchränkung des Exercitii poteſtatis epiſcopalis möglich, und nicht wider das göttliche Recht, ſondern demſelben nach Umſtänden ſogar angemeſſen, wie das Beyſpiel der erſten Jahrhunderte klar beweiſet. — Bey allem dem bleibt es unumſtößliche Wahrheit, daß den Biſchöfen die Ausübung aller jener Rechte zuſtehen muß, deren Abgang ihnen die Beförderung des Seelenheiles ihrer Untergebenen unmöglich machen würde: geſetzt auch, es wäre die Ausübung ſolcher Rechte eingeſchränket, ſo hört bey Eintretung ſolcher Fälle die Einſchränkung eo ipſo auf.

a).

Und es iſt nach der Natur der urſprünglichen Kirchenverfaſſung keinem Zweifel unterworfen, daß alle in den Kirchenſprengeln der Biſchöfe wohnende Perſonen, ohne Unterſchied, im innerlich- und äuſſerlichen Religionsweſen denſelben untergeordnet ſeyen.

Ad a).

Das iſt in der Regel eine unläugbare Wahrheit. S. §. 17.

b).

Daher ſoll allen Diözeſanen verboten ſeyn, den Rekurs mit Vorbeygehung ihrer unmittelbaren geiſtlichen Oberhirten, nach Rom zu nehmen; indeſſen

wird denſelben nicht benommen, in den von Rechtswegen dazu geeigneten Fällen ſich der Berufungsmittel ſtufenweiſe nach der hierarchiſchen Verfaſſung zu bedienen.

Ad b).

Hier ſoll förderſamſt deutlich beſtimmt werden, in was für Fällen es den Diözeſanen geſtattet ſey, ſich nach Rom wenden zu dürfen; ſonſt iſt die Verwirrung unvermeidlich.

Sollen dem Papſte noch gewiſſe geheime Gewiſſensfälle, die er ſich reſervirt hat, in Zukunft auch vorbehalten bleiben, ſo ſehe ich nicht, warum ſich ein Beichtvater nicht directe an die Pönitentiarie in Rom ſoll wenden können; denn die Anzeige beym Biſchofe hätte da keinen vernünftigen Endzweck mehr, weil bey derley Berichten die Namen verſchwiegen werden.

Es kommt darauf an, was in derley Fällen die Biſchöfe noch für reſervirt halten wollen. (S. §. 94.)

Man pflegt auch die Ablässe vom Papſte zu begehren, oder gewiſſe ſchon verliehene alle ſieben Jahre erneuern zu laſſen.

In gewiſſen Bißthümern werden alle Ablässe vom Ordinariat aus beſchrieben, und wenn Jemand einen unmittelbar contra Ordinationem Epiſcopalem beſchrieben hat, ſo muß er das Breve pro recognitione einſchicken, wo man nach Befund die Publikation erlaubet, oder verbietet, und das Breve zurückbehält.

Wenn man dem Papſte die Ertheilung der Ablässe ſchon zugeſtehet, ſo dürfte die Feſtſtellung obiger Weiſe, ſie zu begehren, die beſte Modifikation ſeyn.

Das gemeinnützlichſte pro bono ſpirituali omnium Diœceſium wäre, wenn in Anſicht der Ablâſſe auf ein Regulativ angetragen würde; z. B. daß für jede Pfarrkirche alle Monate nur ein vollkommener Ablaß verliehen, die übrigen aber alle aufgehoben werden ſollten.

So wird auch in einigen Bißthümern keine Diſpenſation vom Papſte anders als *in forma commiſſoria ad officialem* ausgefertiget, ſomit auch von demſelben exequirt; die meiſten aber werden vom Ordinariat ſelbſt beſchrieben. Wenn gähling Diſpenſationen an Jemand andern pro Executione dirigirt werden, ſo ſchickt man ſie von Seiten des Ordinariats zurück, wo ſie ſodann ohne Beſchwerde ad officialem in forma conſueta expedirt werden. Bey dergleichen Ordinariaten, wo dieſes ſchon ſo eingeführet iſt, hat man ſich ratione Modi nicht zu beſchweren, und kann ſich alſo in Anſicht derenſelben wieder nur fragen, was für Diſpenſationen, die dem Papſte noch vorbehalten bleiben ſollen, unter dem gegenwärtigen Embſerpunkte verſtanden werden?

c)

Keine Exemtionen, weil ſie der Verwaltung des biſchöflichen Amtes entgegen ſtehen, können ferner mehr Platz finden.

Ad c).

Wie die Exemtionsertheilungen an den Papſt gekommen, das habe ich §. 96. erwähnet, und wie ſehr ihre Einſchränkung, wo nicht gänzliche Aufhebung zu wünſchen wäre, habe ich §. 107. 108. Lit. a) angeführet — wie aber alle die Exemtionen ſogleich eigenmächtig von den Biſchöfen auch in auswärtiger Herren Landen ſine conſenſu Dominorum Territorialium aufgehoben wer-

den können, das ſehe ich nicht ein. Brächte es man nur einmal ſo weit, daß die Exemten quoad ea, quæ concernunt curam animarum, & regimen Diœceſium, der Ordinarijurisdiktion der Biſchöfe *ſine reſtrictione* unterworfen wären, ſo hätte man für das geiſtliche Beſte der Diözeſen genug gewonnen.

Jedoch mit Ausſchlieſſung jener Corporum, und Glieder, deren Exemtion durch kaiſerliche Freyheitsbriefe beſtätiget, und in dem Reiche allgemein anerkannt iſt.

Die Reichsklöſter vom Ziſterzienſer- und Prämonſtratenſer-Orden, wie auch ſehr viele ex Ordine S. Benedicti haben derley Freyheitsbriefe aufzuweiſen. Wenn dieſe nebſt dem Maltheſer- Deutſchen- und Johanniter-Orden vollkommen exemt bleiben, was haben die Biſchöfe dann für Vortheile?

Die oben vorgeſchlagene Einſchränkung aller Exemtionen würde nach meinem Sinne für das geiſtliche Wohl der Diözeſen weit vorträglicher ſeyn, als die Belaſſung der in dieſem Embſerpunkt bemerkten Exemtionen.

d).

Keinem Mönchsorden ſoll hinfüro erlaubt ſeyn, den Namen Exemt in Hand- oder Druckſchriften ſich beyzulegen.

Ad d).

Die Mönchsorden, deren Exemtion durch kaiſerliche Freyheitsbriefe beſtätiget iſt, würden ſich den Gebrauch dieſes Namens exemt ſchwerlich verwehren laſſen.

Den Kloſtergeiſtlichen wird verboten, Verordnungen oder Beſcheide von ihren Generälen, oder Generalkapiteln, auch ſonſtigen auſſer Deutſchland woh-

nenden Obern, von deren Verbindung ſie ein für allemal gänzlich losgeſagt werden, anzunehmen, den Generalverſammlungen beyzuwohnen.

Wenn die Exemtionen einmal ganz aufgehoben ſind, dann iſt all dieſes eine natürliche Folge davon. Die Landesherren können derley dem Staate ſelbſt noch mehr, als einer Diözes nachtheilige Verbindungen mit auswärtigen ebenfalls exemten Obern am kürzeſten, und erwünſchlichſten aufheben: ſo lang aber dieſe aus was immer für Urſachen ihren eigenen Nachtheil lieben, läßt ſich von den Biſchöfen in derenſelben Landen nichts gedeihliches unternehmen.

Oder einen Geldbetrag, unter was für einem Vorwande es immer ſey, dahin abzuſchicken.

Wie die Biſchöfe dieſes für die Lande auswärtiger Regenten verordnen, und das Gegentheil verhindern können, wenn dieſe Regenten die Verſendung von Geldern auſſer ihren Landen erlauben, das begreife ich nicht.

II.

Ein jeder Biſchof, kann vermöge der von Gott erhaltenen Gewalt zu binden und zu löſen Geſetze geben, und in denſelben aus zureichenden Urſachen diſpenſiren. Er allein kennt die Bedürfniſſe ſeiner Heerde, und die erforderlichen Mittel, dieſelben zu heben; und muß daher in den beſondern ſowohl, als allgemeinen Kirchengeſetzen den Gläubigen einige Nachſicht auf eine beſtimmte Friſt, oder auch in ſo lang geſtatten können, als Zeit, und Umſtände es erfordern.

Ad II.

§. 130.

Was ich von der biſchöflichen Diſpenſationsgewalt auch in allgemeinen Kirchengeſetzen halte, und in welchen Fällen ich glaubte,

te, daß ſolche von den Biſchöfen ausgeübet werden könnte, darüber habe ich mich §. 95. umſtändlich erkläret, und weiß hier nichts weiters quoad Theoriam beyzuſetzen. Uebrigens wird die biſchöfliche Macht, Diözeſangeſetze zu geben, von Niemand bezweifelt.

a)

Er iſt ſonach berechtiget, in dem allgemeinen Abſtinenzgebote auf vorerwähnte Art zu diſpenſiren, wenn dieſe Diſpens ſich auf öffentliche Nothwendigkeit oder Nutzbarkeit der ihm untergebenen Diözeſanen gründet.

Ad a).

Es iſt in den mehreſten Bißthümern Deutſchlandes ſchon ſeit unfürdenklichen Jahren hergebracht, daß in dem vierzigtägigen Faſtengebot auf die von den Landesherren, in deren Gebiete ſich die Kirchenſprengel erſtrecken, gemachte Vorſtellungen unbedenklich diſpenſirt wird. Es wäre aber ſehr nothwendig, daß eine Gleichheit im Diſpenſiren, oder gar eine Abänderung in dem Faſtengebot einſtimmig für das deutſche Reich eingeführet würde, denn die Ungleichheit im Diſpenſiren erwecket bey den Gläubigen Aergerniß, und Konfuſion. Hierinn wird keine große Beſchwerde fürwalten etwas erſprießliches zu erzielen.

b)

Wie auch in allen Ehehinderniſſen, ſo weit der heilige Stuhl zeither den Biſchöfen allgemeine Diſpensvollmacht, oder auch zuweilen in einzelnen Fällen noch näherer Grade, nämlich in ſecundo gradu conſanguinitatis, und in primo & ſecundo gradu affinitatis Diſpenſen zu ertheilen pflegte.

Ad b).

Es wird hier erkennet, daß der päpſtliche Stuhl bisher den Biſchöfen allgemeine Diſpensvollmacht, oder auch zuweilen in einzelnen

zelnen Fällen noch näherer Grade zu diſpenſiren die Gewalt ertheilet habe — Alſo ſteht für den Papſt gewiß der Beſitzſtand in nähern Graden zu diſpenſiren, und in entfernten die Vollmacht hiezu zu ertheilen.

Se. k. k. ap. Majeſtät haben die auswärtigen Herren Biſchöfe, deren Diözeſen ſich in Allerhöchſtdero Erblande erſtrecken, angewieſen, daß ſie ſich die Fakultät, in ſecundo gradu affinitatis æquali diſpenſiren zu können, in perpetuum von dem Papſte einräumen laſſen ſollen: der Papſt hat ſie aber nur ad quinquennium ertheilet — wie nun eine Ermächtigung in gradibus proximioribus auctoritate ordinaria zu diſpenſiren, von Seiten der Biſchöfe univerſaliter Platz greifen werde, weiß ich nicht, da kaiſerliche Majeſtät ſchwerlich andere mehr als ſich ſelbſt werden begünſtigen wollen. Ueberhaupt ſcheinet mir die Behauptung, daß die Biſchöfe in allgemeinen Kirchendiſciplingeſetzen überhaupt diſpenſiren, ſelbe abändern, oder aufheben können, mit dem Syſtem der hierarchiſchen Ordnung nicht am beſten zuſammen zu hangen; denn ſo gewiß es iſt, daß die Biſchöfe in Verfaſſung allgemeiner Kirchendiſciplingeſetze Mitrichter ſind, ſo gewiß iſt es auch, daß ſie an ſolche Geſetze, welche für die ganze Kirche vorgeſchrieben worden, auch ihres Orts gebunden ſind. Ich habe die Fälle §. 96. angezeiget, in welchen ich glaube, daß die Biſchöfe mit einzelnen Perſonen diſpenſiren können — aber allgemein möchte ich es nicht behaupten — noch weniger möchte ich dieſes vom Abändern, oder Aufheben ſolcher Geſetze: denn zu was diente des Kirchenoberhauptes ſuprema cuſtodia canonum (worunter wohl auch die Zuchtgeſetze gehören) wenn jeder Biſchof dießfalls inconſulto capite, und zwar einer ſo, der andere anders verfahren könnte?

Wobey es jedem Erz- und Biſchofe frey bleibt, in vorkommenden bedenklichen Fällen ſich bey Sr. päpſtlichen Heiligkeit Raths zu erholen.

Soll dieſes aus Ehrerbietung gegen den päpſtlichen Stuhl, oder aus der Urſache geſchehen, weil ein Biſchof Anſtand finden dürfte, in gewiſſen Fällen einen ſo guten Rath bey den Seinigen zu finden, als wie ihn der Papſt geben kann? Das erſtere iſt nicht rathſam, weil mit der Zeit zu Rom das Anfragen für eine Schuldigkeit könnte genommen werden, und das zweyte wird ſich ſchwerlich eräugnen.

c).

Weil aber in dem dritten und vierten Grade der Conſanguinitæt, und Affinitæt, auch der geiſtlichen Verwandtſchaft in den meiſten Fällen, und dem ſogenannten impedimento publicæ honeſtatis ſchier immer diſpenſirt wird, ſo könnte mit den übrigen Biſchöfen näher überlegt werden, ob es nicht räthlicher ſey, die eben genannten Impedimenta ganz aufzuheben.

Ad c).

Eine Abänderung in dieſem Stücke iſt gewiß räthlich, weil in dieſen Ehehinderniſſen allemal unbedenklich diſpenſirt wird, folgſam dieſes unbedenkliche Diſpenſiren im Grunde eben ſo viel wirket, als wenn das Geſetz gar aufgehoben wäre. Ob aber die Biſchöfe ein allgemeines Kirchengeſetz ohne Konſens desjenigen, der es doch wenigſtens **mit** gemachet hat, **aufheben** können, iſt eine andere Frage, die ich mir nicht ſo platthin zu bejahen getraute. S. die Anmerk. ad b) §. 130.

d).

Ingleichem gehört auch zu der Gewalt eines jeden Biſchofs, die Verbindlichkeiten, die aus den heiligen Weihen entſpringen, aufzuheben, und werden die

Erz-

Erz ſ und Biſchöfe dieſe Befugniß bey eintretenden erheblich ſ und dringenden Urſachen in Anſehung der Sub ſ und Diakonen gebrauchen.

Ad d).

Können die Biſchöfe die Verbindlichkeiten der Diakonen und Subdiakonen aufheben, warum ſollen ſie dieſes nicht auch in Anſicht der Prieſter thun können, da alle dieſe Verbindlichkeiten nur von Kirchengeſetzen herkommen, mithin einerley Urſprung haben? Meines Erachtens dürfte aus derley von den Biſchöfen in Anſicht der Diakonen, und Subdiakonen ertheilten Diſpenſationen eben ein ſo großes Aufſehen entſtehen, als entſtehen würde, wenn ſie einen Prieſter von ſeinen Verbindlichkeiten loszählten. Ich bin alſo aus den (§. 95.) angeführten Gründen des Dafürhaltens, daß die Ertheilung ſolcher Diſpenſationen ab Seiten der Biſchöfe ſchädlich ſeyn würde, ſohin dieſelbe in ihrer Gewalt nicht ſtehe.

e).

Die Ordensgeiſtlichen von ihren feyerlichen Gelübden, wenn hinlängliche kanoniſche Urſachen vorhanden ſind, loszuſprechen, und zu verordnen, daß in allen Mannsklöſtern dieſe Gelübde erſt nach vollendetem 25ſten Jahre, in Weibsklöſtern aber nach vollbrachtem 40ſten Jahre abgelegt werden.

Ad e).

Es läßt ſich der Ausübung der biſchöflichen Gewalt, in votis religioſorum aus den §. 95. angebrachten Gründen ſalvis ſubſtantialibus votorum zu diſpenſiren, ſchwerlich eine andere Diffikultät entgegenſetzen, als der Beſitzſtand des Papſtes contra jus Epiſcopale.

Alleine dieſer Beſitzſtand iſt kein ſo fürchterliches Argument wider die Ausübung des biſchöflichen Rechtes, in votis religioſorum einzeln zu diſpenſiren, als einige glauben wollen, weil ſich derſelbe, nicht wie andere Reſervationen in Conceſſione expreſſa Conciliorum, noch in lege univerſali Eccleſiæ, auch nicht einmal in facto ſolemnis reſervationis, ſondern in einem bloſſen Nichtausüben der biſchöflichen Gewalt gründet, das die Ausübung des Rechtes nicht für immer und für jeden einzelnen Fall, auch ubi evidens animæ periculum alicujus religioſi ſubverſirt, ungültig machen kann.

Der Papſt ſelbſt diſpenſirt eigentlich niemals *pure*, ſondern er überträgt dem Biſchofe die Unterſuchung der Diſpenſationsmotiven, mit der Fakultät auf den Fall zu diſpenſiren, ſi preces veritate nituntur. Zu was alſo eine ſo unzweckmäßige zeit- und koſtſpielige Formalität? Kann dann der Biſchof nicht ſupponiren, daß ihm der Papſt allemal die Fakultät ertheilet haben wolle, in votis religioſorum zu diſpenſiren, ſo oft die pro impetranda diſpenſatione angebrachten Gründe wahr ſind?

Wenn ein Biſchof gar alle erſinnliche Delikateſſe gegen den päpſtlichen Stuhl beybehalten will, ſo darf er nur mit der Expreſſion ex generali præſumptione pontificiæ delegationis in quocunque caſu, ubi preces veritate niti compertum eſt, diſpenſiren.

Doch wollte ich in dem Gebrauche dieſes Rechtes noch einige Behutſamkeiten angerathen haben, und zwar

a) Wenn ein Religios pro diſpenſatione das Anlangen ſtellet, ſo ſolle ohne vorläufige Unterſuchung der Beweggründe, und ohne

ohne über deren kanoniſche Erheblichkeit geſchöpftes Urtheil ſchon gar nie diſpenſirt werden.

b) Mit den Exemten wäre ſine conſenſu Superiorum (ſo lange die Exemtion beſtehet) nicht zu diſpenſiren.

c) Dürfte das Diſpenſiren mit Religioſen in Landen, wo die Regenten entgegen ſind, zur Zeit ohne Wirkung bleiben, folglich die biſchöfliche Authorität kompromittirt werden, wenn dieſe derley Religioſen durch ihre weltliche Gewalt wieder in ihr Kloſter zurück= und dahin anweiſen, daß ſie, wenn ſie diſpenſirt ſeyn wollen, ſich an den Papſt wenden ſollen.

Was die Beſtimmung des Alters pro emittenda profeſſione ſolemni anbelanget, ſo bin ich ganz einverſtanden, daß ſelbe mit Konſens der betreffenden Landesherren weiter hinausgeſetzt, und der Papſt durch Vorſtellungen hiezu vermocht werden ſolle; würden von demſelben unerhebliche Schwierigkeiten gemachet, ſo können die Biſchöfe mit Einwilligung oder auf Andringen der Landesherren in dieſem Punkte um ſo mehr als unmittelbare Oberhirten ex jure defenſionis fürfahren — als es unmittelbar um den Nachtheil des Seelenheiles vieler tauſenden ihrer Untergebenen zu thun iſt. — Ohne Mitwirkung, oder Vorausgehung der Landesherren, und ohne gemeinſames Verſtändniß aller Biſchöfe im deutſchen Reiche läßt ſich auch hierinn (beſonders in Anſicht der Exemten) nicht vieles verſprechen.

III.

Die Erfahrung lehret, daß auch die beſten Abſichten mancher milden Stiftungen bey veränderten Zeitläuften entweder gar nicht mehr, oder nicht ſo, wie Anfangs erreichet werden können. Die Biſchöfe ſind befugt,

in dieſen Fällen zum Beſten der Religion, oder des gemeinen Weſens eine fromme Stiftung in eine andere, die dem Hauptzwecke gemäßer, und den wirklichen Bedürfniſſen angemeſſener iſt, zu verändern.

Ad III.

§. 131.

Die Biſchöfe haben immediatam Intendentiam, & Curatelam bonorum eccleſiaſticorum ſuarum Diœceſium; mit dieſer Pflicht iſt das Urtheil weſentlich verknüpfet, ob eine milde Stiftung nutzbar, oder zweckwidrig ſey. Wenn alſo die Biſchöfe hierüber nicht urtheilen könnten, ſo würde ihnen die ex ſuprema intendentia & curatela bonorum eccleſiaſticorum abquellende Pflichtausübung unmöglich gemachet; alſo muß ihnen das Recht zuſtehen, in milden Stiftungsſachen aus erheblichen Urſachen zu diſpenſiren, oder Aenderungen zu treffen. In dem Lande, wo ſie zugleich Fürſten ſind, haben ſie Niemand darüber Rede, und Antwort zu geben, auſſer etwa in Sachen, wo ſie in Gefolge gültiger Wahlkapitulationen mit ihren Domkapiteln kommuniciren müſſen. In den Territorien fremder Regenten, worinn ſie das jus Diœceſanum & Jurisdictionem eccleſiaſticam auszuüben haben, können ſie nur ad inſtantiam vel cum conſenſu derenſelben procediren *).

*) Ob ſich aber dieſes Befugniß, in milden Stiftungsſachen zu diſpenſiren, auch auf die Aufhebung der Klöſter erſtrecke? iſt wieder eine andere Frage: denn die Kloſterſtiftungen ſind auch auctoritate pontificia konfirmirt; es kann alſo der Ordnung nach die Einwilligung des päpſtlichen Stuhles nicht wohl umgangen werden, ſo wie derſelbe, wenn die Aufhebung eines Kloſters von einem Regenten bey ihm begehret wird, den Biſchof nicht umgehen ſoll, deſſen Diözes ſich in ſo eines Regenten Lande erſtrecket.

IV.

Dieſes vorausgeſetzet, werden die ſogenannten quinquennales hinfüro von dem römiſchen Hofe nicht mehr begehret, ſondern in den darinn enthaltenen Fällen die erforderlichen Diſpenſen, wenn kanoniſche Beweggründe im Mittel liegen, vom Biſchofe ertheilet. Jene Diſpenſen, die auswärtig erlangt werden, ſollen kraftlos ſeyn.

Ad IV.

§. 132.

Daß die Päpſte die ſogenannten facultates quinquennales ſeit anderthalb Jahrhunderten den Biſchöfen ertheilet haben, hierzu haben dieſe ſelbſt den Anlaß durch ihr Anverlangen oder Annahme einer großen Anzahl derſelben gegeben. Dieſes bloſſe freywillige Anverlangen der Biſchöfe kann dem Papſte kein Recht einräumen, wenn nicht das, was man Anfangs nur ex libera voluntate verlangt hat, hinnach durch einen geſetzmäßig feyerlichen Uebertrag eingeräumet worden iſt.

Dieſes iſt aber in Anſicht der mehreſten ſogenannten Quinquennalfakultäten nicht geſchehen. Es hat alſo der Papſt in Anſicht derenſelben kein unwiderrufliches Recht erlanget. Hier treten die Bemerkungen ein, die ich §. 98. und §. 108. L. e. angeſtellet habe. Doch meyne ich, daß man nicht Urſache habe, ſich der Ausdrücke von Ungerechtigkeit, Uſurpation ꝛc. gegen den päpſtlichen Stuhl zu bedienen, wenn man von deſſen Forderung ſpricht, daß die Biſchöfe die ſogenannten Fakultäten bey demſelben zu erholen haben; denn viele derenſelben erſtrecken ſich über ſolche allgemeine Kirchenzuchtgeſetze, in welchen ich aus den §. 95. angeführten Gründen dafür halte, daß die Biſchöfe, wenigſt in-

con-

consulto pontifice, nicht diſpenſiren können. S. Reflex. §. 130. ad b).

b).

Auch die übrigen römiſchen Bullen, Breven, oder ſonſtige päpſtliche Verfügungen verbinden ohne gehörige Annahme der Biſchöfe nicht.

Ad b).

Die Biſchöfe ſind die unmittelbaren Hirten ihrer Untergebenen, ſie müſſen alſo urtheilen, was ihnen für eine Weide heilſam iſt, und was für eine ihnen nicht anſchlagen würde, mithin haben ſie das Recht, derley Bullen, worinn ganz neue Verordnungen enthalten ſind, zu unterſuchen, ob ſie nichts unvereinbarliches mit der Beförderung der ewigen Glückſeligkeit ihrer Untergebenen enthalten: ſo wie ſie zu urtheilen haben, ob nichts eingemiſchet ſey, was ihren Diözeſanbefugniſſen, oder der beſondern Bißthumsverfaſſung präjudizirlich iſt. Dieſes Recht gründet ſich wirklich in der Weſenheit des biſchöflichen Amtes. Bey Erklärungen in Glaubens- und Sittenſachen, die ganz neu ſind, haben die Biſchöfe das Mitrichteramt, und können alſo bey erfindenden Anſtänden an den Papſt Vorſtellungen machen. — Betreibt der Papſt die Befolgung von ſchon beſtehenden Erklärungen in Glaubens- und Sittenſachen, ſo ſind die Biſchöfe ſchuldig, ſie zu befolgen — das nämliche iſts auch bey derley allgemeinen Kirchenzuchtgeſetzen.

c).

Ohne dieſelbe ſollen auch die Erklärungen, Beſcheide, und Verordnungen der römiſchen Kongregationen, wie ſie immer genannt werden mögen, in Deutſchland nicht anerkannt werden.

Ad c).

Da die Biſchöfe ſelbſt bey allgemeinen Kirchenverſammlungen auch in Anſicht der Glaubenslehren, ſohin noch mehr in Anſicht der Kirchendiſciplingeſetze Mitrichter ſind, ſo kann ihnen das Unterſuchungsrecht vor der Annahme und Publikation derley Entſcheidungen nicht abgeſprochen werden, weil dieſes ebenfalls zur Weſenheit der biſchöflichen Macht gehört.

d).

Eben ſo hören die Nuntiaturen in Zukunft völlig auf; die Nuntien können nichts anders, als päpſtliche Geſandten ſeyn, und dürfen nach der von kaiſerlicher Majeſtät unterm 12. Oktober 1785. ertheilten allerhöchſten Erklärung, welche ſich auf die Kirchen ſowohl, als Reichsfundamentalgeſetze gründet, keine Actus jurisdictionis voluntariæ, oder contentioſæ mehr ausüben.

Ad d).

Ueber dieſen Punkt werde ich mich hinnach eigens erklären.

e).

Die Amtsverrichtungen aller apoſtoliſchen Proto- und Notarien in Deutſchland ſollen ohne vorgängige Prüfung und Immatriculation derſelben bey den biſchöflichen Gerichten nicht mehr Statt finden. Ein jeder Biſchof kann auch in ſeiner Diözes eigene Notarien kreiren. Dieſe Gewalt fällt aber bey den Ordensvorſtehern, eigene Notarien zu ihren Ordensverrichtungen zu machen, für die Zukunft gänzlich hinweg.

Ad e).

Dagegen läßt ſich mit Beſtande nichts einwenden. Daß ein Biſchof für ſeine Diözes Notarien kreiren kann, iſt richtig — ob aber der Papſt in Handlungen, die ſich an den päpſtlichen

Stuhl qualiſiciren, und zu deren Geſetzmäßigkeit der Gebrauch päpſtlicher Notarien vorgeſchrieben iſt, ſchuldig ſey, derley biſchöfliche Notarien zu regardiren, iſt eine andere Frage — die Ordensnotarien fallen auch bey den Exemten weg, ſo bald die Exemtionen aufhören; ſollen aber die Orden keine päpſtlichen und kaiſerlichen Notarien gebrauchen dürfen? — Wie muß es in Zukunft bey den Domkapiteln und Kollegiatſtiftern gehalten werden, die zu allen ihren Handlungen, wo Notarien nothwendig ſind, keinen biſchöflichen, ſondern eigene päpſtliche und kaiſerliche Notarien haben? da möchte ich wohl ſagen: parvum eſt, non ſummatur.

V.

Es iſt in der alleinigen Gewalt des Biſchofes, in der Mehrheit der Präbenden zu diſpenſiren.

Ad V.

§. 133.

Dem Papſte iſt das Recht *cum ſublimibus* et *Literatis Perſonis* (NB. es heißt nicht vel Literatis) in der Mehrheit der Präbenden zu diſpenſiren, in dem Lateranenſiſchen Kirchenrath zu Rom feyerlich eingeräumet worden; wie kann man es ihm dann gleich ſo eigenmächtig entreiſſen? Wenn die Konzilien den Biſchöfen gewiſſe Rechte übertragen, und der Papſt ſich hinnach dagegen Eingriffe erlaubt hat, ſchrien die Biſchöfe über Beeinträchtigungen, und hatten Recht — aber warum ſoll ſichs der Papſt ſo gutwillig gefallen laſſen, daß man ihm ſeine durch Konzilienſchlüſſe erworbenen Rechte geradezu entreiſſe? Setzet man den Grund davon in den zu Rom dießfalls eingeſchlichenen Mißbräuchen, ſo giebt man dem Papſte Gelegenheit an die Hand, das nämliche Argument

ment in Anſicht der vielen Mißbräuche, die contra apertos ſacros Canones bey den deutſchen Hochſtiftern eingewurzelt ſind, für ſich wider dieſelbe zu gebrauchen. — Mißbräuche kann man abſtellen, ohne dem andern ein gültig erworbenes Recht zu benehmen. Die Mehrheit der Präbenden iſt wider die Vorſchrift der kanoniſchen Satzungen, und das Diſpenſationsrecht hierinn iſt kein dem Episkopat weſentlich inhärirendes Recht; denn ohne dieſes kann die biſchöfliche Gewalt in Hinſicht auf die Beförderung des Seelenheiles der Diözeſanuntergebenen ganz wohl ausgeübet werden. Man beſchränke alſo dem Papſte dieſes Diſpenſationsrecht, wie man es in dem gegenwärtigen Punkte den Biſchöfen beſchränket, ſo wird jener nicht gekränket, und dieſe erhalten ihren Endzweck. Das beſte wäre, wenn man in pluralitate canonicatuum, die Congruam ertragen, gar nie diſpenſirte — denn die *Literati* ſind mit einer Präbende ſchon zufrieden, und die *Sublimes*, wenn man Fürſtenperſonen darunter verſteht, haben ſchon ſonſt noch ein Einkommen, mit dem ſie ſtandsmäßig geiſtlich leben können, und verſtehet man nur adeliche darunter, die die vorgeſchriebene Ahnenzahl aufzuweiſen haben, ſo erklecket eine Domprähende gewiß zu ihrem ſtandsmäßigen Unterhalt, wenn ſie als Geiſtliche nach Vorſchrift der kanoniſchen Satzungen *de vita & honeſtate Clericorum* leben.

Man dürfte nur die contra Tridentinum eingeſchlichene Gewohnheit, gemäß welcher in den meiſten Domſtiftern nur fünf, vier, drey, oder noch weniger Monate Reſidenz gemachet werden muß, wieder aufheben, und nach der Vorſchrift der Kirche neun Monate bey derſelben bleiben, dann heben ſich die Diſpenſationen in pluralitate Præbendarum von ſelbſt.

 a). Die:

a).

Dieſe Diſpens kann nicht verliehen werden, es ſey dann, daß der Fall des Capituli de Multa eintrete, indem es dem Geiſte der Kirche, und der frommen Stifter ganz zuwider iſt, daß ein Geiſtlicher, der kaum ein Beneficium zu verſehen im Stande iſt, zwey oder mehrere Präbenden genieſſen ſoll.

Ad a).

Damit bin ich ganz verſtanden, nur ſoll dieſe Einſchränkung nicht alleine für den Papſt gelten.

b).

Und ob dieſer Caſus Capituli wahrhaft da ſey, darüber hat der Biſchof in allen Stiftern zu erkennen.

Ad b).

Dieſes iſt den Rechten angemeſſen, und kann, und ſoll beobachtet werden, wenn auch die Diſpenſation zu Rom ertheilet wird.

c).

Es iſt daher den Kapiteln verboten, Jemand den Beſitz der zweyten Präbende in ſo lang zu ertheilen, bis demſelben die Erklärung des Biſchofes von der ertheilten Diſpenſation zugekommen iſt. Liegen aber die Stifter in verſchiedenen Diözeſen, ſo ſoll der Biſchof, unter deſſen Gewalt die zweyte Pfründe gelegen, die Bewegurſachen der nachgeſuchten Diſpenſation zu unterſuchen, und dieſe zu ertheilen haben, und ſo weiter.

Ad c).

Verſtanden mit obiger Bemerkung.

VI.

Gegen die Eingangs erwähnte, und durch die falſchen Dekretalen veranlaßte Neuerungen, wurden zwar bald darauf von der deutſchen Nation Klagen erho-

erhoben, und dieſelbe ſuchte ſich auch dagegen in den Kirchenverſammlungen zu Koſtnitz, Baſel, und Trient Hülfe zu verſchaffen; allein die zur Abhülfe verfaßte Decreta Baſileenſia wurden nicht lange hernach in dem zu Aſchaffenburg eingegangenen Konkordat ſowohl, als dieſes Konkordat in einigen Punkten zum Nachtheil der deutſchen Nation unrichtig ausgeleget, und in mehrern ganz überſchritten: worüber die Kaiſer Friederich III. Maximilian I. Karl V. ꝛc. auf den Reichstagen zu Nürnberg, Freyburg, Worms, Augsburg ꝛc. und vorher ſchon die rheiniſche Geiſtlichkeit öffentliche Beſchwerden geführet haben; wie nämlich die Konkordata, ſo zu Baſel zwiſchen dem Stuhl zu Rom, und der deutſchen Nation aufgerichtet, und beſchloſſen worden, in mannigfaltige Wege verbrochen würden. Von der noch immerwährenden Fortdauer dieſer Beſchwerden zeugen das Churkollegiumſchreiben vom 19. März 1764. an Se. k. Majeſtät, die im Jahr 1769. von den drey geiſtlichen Churfürſten zu Koblenz zuſammengetragene Gravamina, und die tägliche Erfahrung.

Ad VI.

§. 134.

Die Hauptſache kömmt immer darauf an, ob die Baslerdekrete die Regel, und das Aſchaffenburgerkonkordat die Ausnahme davon ſey, oder ob dieſes der alleinige wahre eigentliche Vertrag der deutſchen Nation mit dem Papſte ſey.

Wenn man die Geſchichte in dieſer Sache zu Rathe ziehet, ſo ſcheinet aus ſelber der Beweis für die letztere Meynung richtiger zu ſeyn. Der Papſt Eugen beſtätigte die Baslerdekrete nur bedingnißweiſe, **bis** entweder durch ſeinen Geſandten den er dieſerhalb ſchicken würde, ein anderer Vertrag würde abgeſchloſſen, **oder** auf dem Konzilium etwas anders würde verordnet ſeyn.

Nun iſt durch ſeinen Geſandten ein anderer Vertrag abgeſchloſſen worden; alſo iſt die Beſtätigung der Baslerdekrete erloſchen. — Erwäget man nun, daß der Beſitzſtand des Papstes wider die Baslerdekrete unſtreitig ſey — daß die Antwort des Papstes Pius IV. auf die ihm vorgelegten Beſchwerden, worinn er behauptet, daß auch auſſer der dritten Inſtanz nach Rom, oder die päpſtlichen Delegaten rekurrirt werden könne, von den Fürſten Deutſchlandes nicht widerſprochen worden, da doch das Gegentheil in den Baslerdekreten ausdrücklich enthalten iſt, daß ſich unerachtet ſo vieler gegebenen Gelegenheiten weder Kaiſer noch Churfürſten, noch Fürſten, auf dieſe Dekrete bewarfen — daß man nie gegen die Vorgriffe des päpſtlichen Stuhles wider die Baslerdekrete, ſondern alleine wider die Verletzung des Aſchaffenburgerkonkordats ſich beſchwerte; ſo ſcheinet die Meynung, daß dieſes das **alleinige** Konkordat ſey, auf das man ſich mit Rechtsgrunde berufen kann, das Uebergewicht zu bekommen.

Da ich keine Abhandlung in einer Sache ſchreiben will, die nach einer auſſerordentlichen Menge von Schriften, welche die gelehrteſten Männer in Deutſchland von katholiſcher und proteſtantiſcher Religion zu Verfaſſern haben, immer für unentſchieden angeſehen werden kann, ſo ſoll ich nur dieſes bemerken, daß eben darum über dieſen Punkt einſeitig nichts entſchieden, noch weniger von einem der paciſcirenden Theile zu eigenem Vortheile eine Auslegung gemachet, am allerwenigſten aber hienach ſogleich gehandelt werden kann: indem alles dieſes den Begriffen von einem Vertrage widerſpricht. S. §. 101. *).

VII.

VII.

Zur einſweiligen Abhülfe derſelben wird in der allerehrerbietigſten Zuverſicht des nach etwaiger Erforderniß auch mit Nachdruck anzuwendenden kaiſerlichen Schutz- und Schirmamtes feſtgeſetzet:

a) Daß ſo lange die Konkordaten noch beſtehen, und von der deutſchen Nation keine andere Vorſehung geſchehen, die Decreta Baſileenſia, wie ſie im Jahre 1439. unter König Albert zu Mainz angenommen worden, pro Regula Concordatorum, und die in Concordia Aſchaffenburgenſi de Anno 1448. dem päpſtlichen Stuhle einſweilen bedungene jura pro Exceptione a regula zu halten.

Ad VII.

§. 135. ad a).

Dazu kann ich aus oben angeführten Grundſätzen nicht anrathen; denn das heißt via facti nach einem Suppoſito handeln, das noch bey weitem nicht richtig iſt. — Zum Vergleiche iſt die Sache wohl qualificirt, aber als ausgemacht kann ſie von einem Theile nicht behauptet werden.

b).

Den deutſchen Kirchen der Kathedral- und niedern Kapiteln, und den einzelnen Patronen wird durch die Extravagans *Execrabilis* das Recht nicht benommen, die Pfründen, welche gemäß dieſer Bulle ledig werden, zu vergeben.

Ad b).

Daß die Extravagans *execrabilis*, und die *ad regimen* den Konkordaten als ein Beſtandtheil derenſelben mit gewiſſen Modifikationen ꝛc. eingeſchaltet worden, daran läßt ſich wohl nicht zweifeln. Was alſo darinn als ein Theil des Konkordats wortdeutlich

lich enthalten iſt, das muß konkordatenmäßig beobachtet werden, und was 1mo darinn nicht vorkömmt, oder 2do ausdrücklich modificirt worden iſt, da kann ſich der Papſt quoad primum nichts herausnehmen, noch quoad ſecundum im geringſten entgegen handeln — alles was der Papſt hierinn contra Literam aus einſeitiger Auslegung unternommen hat, iſt unkräftig, und kann für die Zukunft nicht geſtattet werden. —

Da nun die Extravagans *execrabilis* nur von Dignitäten, Perſonaten ꝛc. nicht aber von Präbenden der Kathedral- und Kollegiatſtifter redet, und in dem Aſchaffenburgerkonkordat ſelbſt nur von jenen Präbenden Meldung geſchieht, die der päpſtlichen Vergebung vorbehalten ſeyn ſollen, ſo werden hierunter doch nur jene verſtanden, welche durch Erhaltung einer vom Papſte unmittelbar verliehenen Präbende in Erledigung kommen. — Es iſt der Inhalt dieſes Punktes nicht wider das Konkordat.

Die erſte Pfründe wird durch dieſe gar nicht erledigt, wenn der Pfründner ein Domizellar iſt, oder ſonſt eine zu ſeinem Unterhalt nicht hinreichende Präbende erhält.

Das Gegentheil wäre unbillig.

c)

Die Reſervationen in der Extravagans *ad regimen*, können in- und für Deutſchland nicht Statt haben. Sie paſſen auf den Zuſtand der deutſchen Kirche gar nicht, und ſind deswegen die darinn angezogenen Fälle der Translation, Depoſition, Privation ꝛc. auf dieſelben nie anwendbar. In dieſen Fällen gehört noch zur Zeit nur die Beſtätigung des Neuerwählten nach Rom, die nie, als aus erheblich- kanoniſchen Gründen, verweigert werden kann. Ein anderes iſt jedoch mit jenen Proviſionen, die etwa allein von der Freygebigkeit und Willkühr des apoſtoliſchen Stuhls abhangen.

Ad c).

Was Rom dagegen attentirt hat, iſt allemal als eine Anmaſſung geahndet, und derſelben mit Ernſte begegnet worden. Man darf alſo nur auf der Handhabung der eigenen Rechte nach der bisherigen Obſervanz im deutſchen Reiche, beſtehen.

d)

Jene Klauſeln haben keine Kraft, welche den Indultis de retinendis Dignitatibus, & Beneficiis præhabitis beygeſetzt zu werden pflegen, und die den Effectum reſervationis weiter, auch auf die künftigen Fälle vacationis per obitum, noch ſuſpendiren, und verſchieben ſollen.

Ad d).

Die indulta de retinendis dignitatibus & præhabitis Beneficiis ſoll alſo der Papſt noch ertheilen können, aber in der Mehrheit der Präbenden zu diſpenſiren ſoll ihm das Recht benommen ſeyn. *v. P. Vtum.* Das ſcheinet mir nicht zuſammenzuhangen — denn wenn die Biſchöfe einmal in der Mehrheit der Präbenden diſpenſirt haben, zu was ein Indultum de præhabito beneficio?

Da ich der Meynung bin, dem Papſt gebühre das Recht in der Mehrheit der Präbenden unter den §. V. angehängten Beſchränkungen zu diſpenſiren, ſo mag er auch erwähnte Indulta verleihen, aber die präjudicirlichen, zu weit ausgedehnten Klauſeln haben als eine konkordatenwidrige Anmaſſung keine Wirkung.

e).

Eben ſo unkräftig ſind auch die von der römiſchen Kurie gegen die deutſchen Freyheiten nach den Konkordaten eingeführte Reſervationen.

Ad e).

Hier mache ich einen Unterſchied zwiſchen Rechtsausübungen des Papſtes, die von gewiſſen Biſchöfen Deutſchlandes ohne Widerſpruch bis hieher anerkannt, ſomit von dem Papſte ſeit unfürdenklichen Jahren ruhig, ungehindert, und ohne Beſchwerde exercirt worden ſind, und päpſtlichen Rechtsausübungen, die in Widerſpruch gezogen worden ſind, und wo die gravirten Theile nicht adquieſcirt haben: bey den erſten halte ich dafür, daß der Papſt von einem viridi obſervantia gekrönten Beſitzſtande via facti nicht deturbirt werden ſolle. In Anſicht der andern bin ich beglaubt, daß die gravirten Theile ihre prätendirenden Rechte geltend machen, und ſich darinn durch reichsvorgeſchriebene Rechtswege zu erhalten, Fug und Macht haben, wenn nicht der Papſt in Güte nachgeben ſollte.

f).

Jedoch können die Brevia Eligibilitatis in den dazu geeigneten Fällen annoch ſo lange zu Rom impetrirt werden, bis durch eine allgemeine Kirchenreformation auch hierinn andere Vorſehung geſchiehet.

Ad f).

Wenn der Papſt Brevia Eligibilitatis ertheilen kann, ſoll er wohl auch in pluralitate Canonicatuum diſpenſiren können.

VIII.

a) Damit die Erbfolge in den geiſtlichen Pfründen gänzlich vertilget werde, ſollen die Reſignationes in favorem, ſie ſeyen vere oder ficte tales, allenthalben in Deutſchland verworfen, und ſowohl vor der römiſchen Kurie, als vor den Biſchöfen verboten ſeyn. Sie müſſen ohne einigen Vorbehalt des Reſignanten dergeſtalt geſchehen, daß der Biſchof, oder wem das Begebungsrecht zuſtehet, die freye Macht habe, die Pfründe, wem er wolle, zu verleihen.

Ad VIII. ad a).

§. 136.

Die Reſignationes in favorem, præſertim cum ſic dicta penſionum reſervatione vel expenſarum reſtitutione, ſehen einer Simonie ſo ähnlich, wie ein Ey dem andern. Das Ding geht à l'ordinaire, wie es mir bekannt iſt, ſo zu. Der Kanonikus hat mehrere Präbenden, hat ſich aber durch ſein luſtiges Leben eine große Schuldenlaſt auf den Hals gezogen — dieſe zu tilgen, und ſich bey Ehren zu erhalten, will er ein Kanonikat ſpringen laſſen, er ſucht ſich durch Unterhändler einen Mann, der Geld hat; mit dieſem wird über die Summe paktirt, die er dem Reſignanten geben ſoll: nach beendigten Traktaten hierüber bewirkt man die Reſignationsannahme zu Rom in favorem deſſen, der mehr giebt, und damit iſt alles aus. Andere dergleichen Reſignationen haben die Familienliebe zum Beweggrunde, und ſo ſind die Präbenden Deutſchlandes Familienpiecen, oder Erholungsquellen verſchuldeter Leute. Es iſt alſo nicht mehr zu frühe, daß man dem ärgerlichen Unweſen ein Ende machet.

b).

Wollte deſſen ungeachtet ein deutſcher Biſchof die Reſignationen mancher Pfründen bey der römiſchen Kurie noch geſchehen laſſen, ſo iſt er jedoch nicht gehalten, eine Kollation von daher anzunehmen, wenn nicht der Proviſus von ihm förderſamſt das Teſtimonium Idoneitatis, und zwar unter dem Ausdruck der beſtimmten Pfründe erhalten hat. Dieſes darf über ſechs Monate vom Tage der Ausfertigung nicht alt ſeyn, und hängt die Verweigerung, oder Verleihung deſſelben von dem alleinigen Paſtoralgutbefinden eines jeden Biſchofs ab, worinn kein weiterer Rekurs Statt haben kann.

Ad b).

Warum will man da ſchon wieder Luft machen? — Könnte man ſich je ſo wichtige Urſachen vorſtellen, die derley Reſignationes in favorem von Kanonikaten rechtfertigen, ſo ſehe ich wahrhaftig keinen zureichenden Grund, warum ſie nicht ein Biſchof ſoll annehmen können? Es kann in Anſicht gewiſſer Benefizien, womit die Seelſorge verbunden iſt, Fälle geben, wo die Reſignation eines ſolchen Benefiziaten gegen Abreichung einer jährlichen Penſion zum Nutzen der Kirche gereichet, und wo die Bitte des Reſignanten, daß das Benefizium einem von ihm vorgeſchlagenen an ſich tauglichen Subjekt verliehen werden möchte, einer Reflexion würdig iſt, weil z. B. dieſes Subjekt ihm die zu ſeinem Lebensunterhalte nothwendige Penſion leichter als viele andere abreichen kann — allein derley Urſachen treten in Anſicht ſimpler Präbenden nicht ein. — In allen Reſignationsfällen ſoll ſuper cauſſis canonicis, die die Zulaſſung einer Reſignation juſtifiziren, vorläufig gründlich indagirt werden.

Ueberhaupt iſt auch auf die Fälle zu denken, wenn Reſignationes in Menſibus Capituli geſchehen.

Im übrigen wäre ich — im Falle, daß man ſolche Reſignationes zu Rom vorgehen zu laſſen gedächte, wegen dem Atteſtato Idoneitatis verſtanden. Wer ſoll aber auf den Fall, daß einem Extradiœceſano reſignirt wird, das Atteſtatum ausſtellen? Der Biſchof, dem der Reſignatarius untergeben iſt, oder derjenige, in deſſen Diözes der Reſignans iſt? Dieſes kann nicht ſeyn, und daß ein fremder Biſchof ein Atteſtatum Idoneitatis pro Cathedrali alienæ Diœceſis ausſtelle, iſt wieder unordentlich.

c).

c).

Der Reſignatarius iſt in dieſem Falle ſchuldig, die päpſtliche Kollation in Zeit von drey Monaten dem Biſchof, in deſſen Kirchſprengel die Pfründe gelegen, und dem Kapitel vorzulegen, anſonſten die Reſignation als nichtig anzuſehen iſt.

Ad c).

Iſt dem Aſchaffenburgerkonkordat ex analogia angemeſſen.

d).

Indeſſen ſind die Biſchöfe befugt, die Reſignationen aller Benefizien ihres Kirchſprengels, jedoch ohne Beeinträchtigung der Patronatsrechte, in jedem Monate anzunehmen, und nach Verhältniß entweder zu begeben, oder als erledigt zu erklären.

Ad d).

Ich will es zugeben, daß die Biſchöfe befugt ſind, die Reſignationes puras etiam in menſibus papalibus, wo ſelbe konkordatenmäßig hergebracht ſind, anzunehmen. Wer hat aber facta *in menſe papali* reſignatione die andurch erledigte Präbende zu konferiren? Die erſte Frage — und die zwote: hat der Reſignans die Freyheit in omni menſe auch beym päpſtlichen Stuhle zu reſigniren? und iſt er, wenn er in menſe papali reſigniren will, nicht gehalten, bey demſelben zu reſigniren?

IX.

Die Biſchofe werden auch nicht geſtatten, daß die zu Rom allenfalls ertheilten Koadjutorien auf Probſteyen, Dechaneyen, Perſonaten in Deutſchland von einiger Wirkung ſeyen.

Ad IX.

§. 137.

Dieſer Punkt könnte allein bey jenen Probſteyen einigem Anſtande unterworfen ſeyn, die a libera pontificis collatione dependiren, und wo der Probſt ſich einen Koadjutor vom Papſte erbäte.

X.

Die Dignitates majores poſt pontificales in den Kathedral- und die Principales in den Kollegiatkirchen ſind vermög der Konkordaten dem päpſtlichen Stuhle nicht reſervirt, und werden daher von jenen, denen es ſonſt zukömmt, im Erledigungsfalle wieder beſetzt. Keine römiſche Proviſion, oder Konfirmation jener Pröbſte, die zeither ex Indulto papali gewählet worden, kann hierinn mehr Statt haben.

Ad X.

§. 138.

Wo der Papſt in contraria quieta poſſeſſione iſt, da kann ich ex principiis §. 115. 116. 117. item §. 128. allatis, zur eigenmächtigen Fürſchreitung nicht anrathen, da es beſonders um kein urſprüngliches von Chriſto eingeſetztes Recht der Biſchöfe zu thun iſt.

XI.

a) Die Biſchöfe werden auch den unabweichlichen Bedacht nehmen, daß die geiſtlichen Dignitäten und Beneficien in ihren Diözeſen vom römiſchen Hofe, ſo lange deutſche Benefizien von daher noch verliehen werden, nicht anderſt, als auf vorheriges oben ſchon erwähntes Zeugniß der Fähigkeit, ſodann von andern Patronen, und beſonders, von ihnen ſelbſt keinem andern, als fähigen, würdigen, und verdienſtvollen Perſonen begeben werden, vorzüglich aber ſolchen, welche ſich der Seelſorge, oder dem Lehramte

amte mit Nutzen lange Zeit gewidmet, und der Kirche, der ſie inkorporirt ſind, erſprießliche Dienſte geleiſtet haben, oder noch leiſten.

Ad XI.

§. 139.

Wenn die Biſchöfe, die mit dem indulto pontificio begabet ſind, die Kanonikate auch auf Domſtiftern vorzüglich ſolchen verdienſtvollen Perſonen in Zukunft konferiren, welche ſich der Seelſorge, oder dem Lehramte mit Nutzen lange Zeit gewidmet, und der Kirche, der ſie inkorporirt ſind, erſprießliche Dienſte geleiſtet haben, oder noch leiſten; ſo müſſen förderſamſt alle jene Statuta der Domkapitel aus dem Wege geräumet werden, kraft welcher juſt derley Leute, wenn ſie nicht die geſetzte Ahnenprobe machen können, von dergleichen Präbendenerlangung ausgeſchloſſen werden. — Die Biſchöfe, welche ſolche Präbenden zu vergeben haben, müſſen ſelbſt feſt auf dieſem Schluß beſtehen, und dann bewirken, daß die in menſe Capituli in Erledigung kommende Kanonikate ebenfalls nach dieſem Schluſſe vergeben werden — Wenn ſie alles das ad Effectum bringen, ſo wird ſich der Papſt auch gerne an die in dieſem Punkte erwähnte Vorſchrift binden laſſen.

b).

Die zur Erhaltung eines Benefiziums erforderlichen Jahre wären nach der Eigenſchaft des anzutretenden Beneficii zu beſtimmen; es müßte dahero ein jeder zu Erlangung einer Subdiaconal- das 22ſte, einer Diaconal- das 23ſte, und einer Prieſterpräbende das 25ſte Jahr angefangen haben.

Ad b).

Wenn nicht Partikularſtatuta gewiſſer Domſtifter etwas darein machen, bin ich ganz verſtanden.

XII.

Damit auch dergleichen Stifter und andere Kirchen des nöthigen Dienſtes ihrer Geiſtlichkeit nicht beraubt werden, ſo ſollen jene Kanonici, und Pfründner, welche das geſetzliche Alter haben, binnen einem Jahre die erforderlichen heiligen Weihungen empfangen, und ſich vorläufig in den hierzu nöthigen Wiſſenſchaften befähigen, ſodann aber die nach Verhältniß ihrer Pfründen ihnen zukommende Obliegenheiten verrichten, oder im Entſtehungsfalle ſoll der Biſchof berechtigt ſeyn, wenn er die Säumigen förderſamſt gehörig ermahnet hat, die Präbende, oder Pfründe nicht nur als erledigt zu erklären, ſondern auch, wo nicht ein Patronatrecht eintritt, auf der Stelle zu begeben, es ſey dann, daß die Hinderniß nicht von Seiten des Pfründners, ſondern von der Pfründe ſelbſt herrühre.

Ad XII.

§. 140.

Der Bewirkung dieſer gewiß heilſamen Abſicht muß eine gewaltige Abänderung der ſonderheitlichen Statuten gewiſſer Dom- und Kollegiatſtifter vorausgehen.

XIII.

Um endlich von den deutſchen Kirchen ausländiſche Kandidaten abzuhalten, werden nach dem Beyſpiele mehrer auswärtigen Kirchen, alle, ſo nicht gebohrne Deutſche ſind, zur Erhaltung einer Pfründe, als unfähig erklärt; es wäre dann, daß ſie vorher der deutſchen Nation wirklich einverleibt worden ſeyen; jedoch kann durch dieſes letztere den allfallſigen Statuten mancher Stifter nicht derogirt werden.

Ad XIII.

§. 141.

Dagegen iſt nichts einzuwenden; gleichwie aber hier die beſondern Statuten einiger Domſtifter in Konſideration zu ziehen

ſind,

ſind, ſo muß auch hierauf in andern Punkten reflektirt werden.

XIV.

Ueber die Statuten der deutſchen Kirchen können römiſche Diſpenſationen nie Statt haben.

Ad XIV.

§. 142.

Wenn von dem Papſte in Hinſicht auf geiſtliche Gegenſtände die Konfirmation gewiſſer gegen die Vorſchrift kanoniſcher Satzungen laufenden Statuten begehret und erhalten worden iſt, ſo dürfte es inconſequent ſeyn, denſelben von dem Diſpenſationsrechte hierinn auszuſchlieſſen, und die Kapitel können wegen der Verbindlichkeit ſolcher vom Papſte beſtätigter Statuten auf dergleichen Konfirmation ſich nicht mehr beziehen.

XV.

Das den drey Erzbiſchöfen und Churfürſten des deutſchen Reiches gleich nach den Konkordaten ex facto verliehene Indultum perpetuum in jenen Kirchen, wo die alternativa Menſium Statt hat, die in den ungleichen Monaten vakant werdende Präbenden zu vergeben, iſt nicht nur von dem römiſchen Hofe auf Jahre beſchränkt worden, ſondern derſelbe hat ſogar einige vermöge des Indulti den Erzbiſchöfen zukommende Monate in der Folge andern dem Erzbiſchofe untergeordneten Corporibus in einem oder andern Erzbißthum verliehen.

Ad XV.

§. 143.

Dieſer Punkt gehört eben nicht zu jenen unveräuſſerlichen, oder hauptſächlichen Rechten der von Chriſto eingeſetzten biſchöf-

lichen Gewalt, deren Störung Ihro kaiſerl. Majeſtät nach ihrer dem päpſtlichen Stuhle gethanen Erklärung im Reiche nicht zugeben können. In Anſicht ſolcher Rechte hat es bey der geſetzmäßigen Poſſeſſion des Papſtes gegen die Erzbiſchöfe, oder viciſſim ſo lange ſein Bewenden, bis etwas anders in via legali ausgemachet ſeyn wird. vid. Punct. I.

a).

Daher kaiſerl. Majeſtät zu erbitten wären, ſich bey ſeiner päpſtlichen Heiligkeit mit Nachdruck dahin zu verwenden, damit die gegen das obgemeldete Factum poſt Concordata in ſolchem Erzbißthum an andere, als den Erzbiſchof, zum Nachtheil des Indulti überlaſſene päpſtliche Monate wieder eingezogen, und vom Papſte nur an den Erzbiſchof zurückgegeben werden.

Ad a).

Wo kaiſerl. Majeſtät um Verwendung erbeten werden, einer Beſchwerde abzuhelfen, kann auf der Seite des Papſtes der Beſitz eines Rechtes, das dem dritten beſchwerlich iſt, ſupponirt werden. Bis zu erfolgender abhelflichen Maaß bleibt alſo der Papſt in der Ausübung dieſes Rechtes.

b).

Das Indultum perpetuum iſt den Erzbiſchöfen gleich bey Antritt ihres Amtes mit der Konfirmationsbulle auszufertigen.

Ad b).

Indultum bleibt Indultum, ob es ad dies vitæ mit einemmale gegeben, oder öfters erneuert wird. Der Papſt iſt in Anſicht der Erneuerung des Indults eben ſo gut, als in Anſicht des Indults ſelbſt in Poſſeſſione. Wenn alſo dem Papſte das Ertheilungsrecht

des

des Indults zuſteht, warum ſoll ihm nicht auch das Erneuerungs-recht gebühren? Seltſam wäre es allemal, wenn ſich ein- oder der andere Theil vieles dabey aufhielte. In via amicabili dürfte am leichteſten geholfen ſeyn.

c).

Sollte aber in beyden vorſtehenden Punkten wider Vermuthen der päpſtliche Hof ſich nicht willfährig bezeigen, ſo ſind die Erzbiſchöfe befugt, die Präbenden, die in den päpſtlichen Monaten in Erledigung kommen, ohne weitern Anſtand zu verleihen, und werden Se. kaiſerl. Majeſtät allergnädigſt geruhen, die Erzbiſchöfe bey dieſem Rechte, ſo wie die dießfallſigen noch beſondern erzbiſchöflich-ſalzburgiſchen Befugniſſe, gegen alle Eingriffe reichs-oberhauptlich zu ſchützen.

Ad c).

Wenn der Papſt auf ſeinen durch rechtmäßigen Beſitzſtand erworbenen Rechten beſtehet, ſo wird es freylich darauf ankommen, in wie weit kaiſerl. Majeſtät geruhen werden, dieſe Rechte dem Papſte zu nehmen, und den Herren Erzbiſchöfen zuzueignen.

d).

Da aber den Erz- und Biſchöfen Deutſchlands zur ordentlichen Verwaltung ihrer Diözeſen die Vergebung der Benefizien nöthig iſt, und in den Konkordaten die ſechs Monate den Päpſten nicht auf ewig eingeräumt ſind, ſo wird auch hierinn auf dem hoffentlich bald zu Stande kommenden Nationalkoncilium Abhülfe zu erwarten ſeyn.

Ad d).

Das heißt, man hoffet, es werde das Concordatum nationis germanicæ aufgehoben werden. Ob aber alsdann die Biſchöfe alle Kanonikate, die in den päpſtlichen Monaten in Erledigung

kommen, werden zu vergeben haben? iſt eine andere Frage. Und warum gehört juſt die Vergebung der in päpſtlichen Monaten vakant werdenden Kanonikaten zur ordentlichen Verwaltung der Diözeſen? warum gehört dazu nicht eben ſo gut die Vergebung der Kanonikaten in den Kapitelmonaten, da die Biſchöfe urſprünglich die Collatores omnium Beneficiorum ſuarum Diœceſium waren? Wenn die Vergebung ſimpler Benefizien zur ordentlichen Verwaltung der Diözeſen gehört, warum ſoll nicht die Vergebung der Pfarreyen a potiori dazu gehören? und doch hat mancher Biſchof in ſeiner Diözes nicht den ſechsten Theil der darinn befindlichen Pfarreyen zu verleihen. Sollte das Recht, die Diözeſen ordentlich zu verwalten, die Biſchöfe nicht engagiren, von den auswärtigen Patronis die Pfarrbeſetzungen zu reklamiren? und was haben ſie in Anſicht des Papſtes ex prætenſo Titulo ordinate gubernandi Diœceſes für ein größeres Recht, die Präbendvergebungen mittels Aufhebung der Konkordaten zu reklamiren, als ſie nicht auch in Anſicht anderer Patronen reſpectu der Kuratbenefizien ex eodem Titulo ordinate gubernandi Diœceſes fordern können?

XVI.

Die in den Konkordaten unbekannte, und durch die Kurialiſten nachher in die Indulta eingeſchlichene zweyte Proviſion muß jetzt ſchon für die Zukunft gänzlich aufhören, beſonders weil dieſe nicht nur dem Proviſo ohne Noth große Koſten verurſacht, ſondern auch zu vielen Streitigkeiten und Benefizienfiſchereyen Anlaß giebt.

Ad XVI.

§. 144.

Da die Herren Erzbiſchöfe in menſe papali nur ex Indulto apoſtolico, folgſam nicht nomine proprio die Präbenden konferiren, ſo

ſo iſt nicht abzuſehen, warum es ein ſo erhebliches Gravamen der Herren Erzbiſchöfe ſeyn ſollte, wenn der Proviſus die Taxen in Rom pro Expeditione Bullæ bezahlen muß, und wie man jetzt auf einmal ſich deswegen gar ſo ſehr aufhalten ſoll, da man das Ding gutwillig ein paar Jahrhunderte hat angehen laſſen?

XVII.

Da der Proceſſus informativus bey den neuen Biſchöfen nach der Vorſchrift der Kirchenverſammlung zu Trient Seſſ. 22. C. 2. de reform. entweder von den Nunziaturen, oder den Ordinarien, und in Ermanglung dieſer von den nahe gelegenen Biſchöfen geſchehen ſoll, und dermalen die Nunziaturen ohnehin aufhören, ſo iſt, mit Ausſchluß derſelben, dieſe Tridentiniſche Verfügung in die Zukunft genau zu beobachten; damit ſich aber kein Anſtand ergebe, welcher von den nahe gelegenen Biſchöfen den Proceſſum informativum zu machen hätte, ſo wäre dieſer nach Maasgabe der ältern Kirchenzucht von dem Conſecratore zu veranſtalten.

Ad XVII.

§. 145.

So bald die Nunziaturen aufhören, muß freylich auf ein den Biſchöfen Deutſchlandes annehmliches Mittel gedacht werden, wie und vor wem man den Proceſſum informativum inſtruiren laſſen wolle?

Nach der alten Kirchenzucht geſchah das alles in den Provinzialſynoden, oder von dem Metropolitanbiſchofe. Ob ſich nun die neuerwählten Biſchöfe Deutſchlandes in die dießfallſige alte Kirchenzucht zu ſchicken Luſt haben werden? das ſteht zu gewärtigen. Bisher haben die Päpſte den neuerwählten, von ihnen konfirmirten Biſchöfen zugleich das Befugniß mit ertheilet, ſich von

einem katholiſchen Biſchofe konſekriren zu laſſen: wenn man alſo in dieſem Punkte unter dem Conſecratore den Biſchof verſteht, den ſich der Neoelectus & Confirmatus erwählet, ſo bleibt es beym alten — verſtünde man aber den Erzbiſchof darunter, ſo würden nicht nur die Biſchöfe, ſondern auch der Papſt Einwendungen dagegen machen, weil er ſeit unfürdenklichen Jahren inſpectante natione Germanica & ſine minima Archiepiſcoporum contradictione den von ihm konfirmirten Biſchöfen das Recht ertheilet hat, ſich von einem katholiſchen Biſchofe nach Belieben konſekriren zu laſſen, ſohin im Grunde das Konſekrationsrecht prätendirt hat.

XVIII.

Bey den Biſchöfen in partibus wird das gewöhnliche Teſtimonium Idoneitatis der Biſchöfe, die ſie ernennen, und zu Rom vorſtellen, ſtatt des erwähnten Prozeſſes um ſo mehr hinreichend ſeyn, als dieſe die nöthigen Eigenſchaften der Ernannten am beſten kennen müſſen.

Ad XVIII.

§. 146.

Die biſchöfliche Würde an ſich iſt bey einem Biſchofe in partibus ſo reſpektabel, als bey einem wirklichen Diözeſanbiſchofe cum propria Juriſdictione; ich ſehe alſo nicht, warum nicht der Proceſſus informativus nach Verordnung des Tridentiniſchen Kirchenraths von dem Biſchofe ſelbſt veranſtaltet werden ſoll.

XIX.

Sowohl das Indultum Adminiſtrationis, welches vorhin jeweil hat aufgedrungen werden wollen, als die Clauſula in temporalibus in den Wahlbeſtätigungsbullen ſind in Zukunft ganz unzuläßig, und iſt leztere den Gerechtſamen kaiſerl. Majeſtät und des Reichs ganz zuwider.

Ad

Ad XIX.

§. 147.

Ich kann mir nicht vorſtellen, daß der Papſt durch dieſe Klauſeln den Biſchöfen das Recht ertheilen wolle, die von Kaiſern und Reich tragende Lehen zu adminiſtriren; ſondern ich glaube, er verſtehe darunter die adminiſtrationem œconomicam der geiſtlichen oder Kirchengüter in dem Sinne der alten Kirchenſatzungen.

In den alten Kirchenrechten iſt doch verſehen, daß der Electus ante Confirmationem ſich in die Temporaladminiſtration nicht einmiſchen darf, und die ſpätere Rechtsdiſpoſition, daß die in Concordia electi ante Confirmationem die Adminiſtration ihres Hochſtiftes in temporalibus, & ſpiritualibus, exceptis iis quæ ſunt ordinis, übernehmen dürfen, iſt exceptio a regula, und auch hierinnfalls iſt die Praxis der deutſchen Bißthümer nicht einförmig.

Man könnte auch fragen, warum der Kaiſer keinem Erwählten ante Confirmationem die Reichslehen ertheilet? und warum die Biſchöfe in Anſicht der erwählten Prälaten ſogar in Reichsklöſtern, die in ſpiritualibus dem Biſchofe ſubjeckt ſind, inſiſtendo diſpoſitionibus Conciliorum generalium nicht zugeben, daß dieſe ante obtentam Confirmationem ſich in die Adminiſtration der Temporalien einmiſchen? warum endlich die Biſchöfe den Prälaten in der Konfirmationsformel die Adminiſtrationem *in ſpiritualibus & temporalibus* per traditionem clavium übergeben, wenn auch dieſe alle ihre Güter in fremder Herren Landen, und keinen Strohhalm im Hochſtifte beſitzen, oder wohl gar Reichsſtifte ſind? Iſt alſo ſothane Form nicht auch den landesherrlichen Gerechtſamen präjudizirlich?

So viel mir bewußt iſt, haben Ihro kaiſerl. Majeſtät und das Reich wider derley ganz bekannte Klauſeln nichts movirt, und ſtehet alſo zu gewärtigen, was Allerhöchſtdieſelbe in Zukunft thun werden; Ihr Beyſpiel wird aber allemal andern Landesherren in dieſem Punkte zur Nachahmung dienen.

XX.

Der vom Papſt Gregor VII. erfundene, und von Gregor IX. den Dekretalen eingeſchaltete Eid der Biſchöfe, welcher mehr auf die Pflichten eines Vaſallen, als den kanoniſchen Gehorſam gerichtet iſt, kann ferner um ſo weniger beybehalten werden, als die deutſchen Biſchöfe wirklich darinn dasjenige ſchwören, was ihnen in Betracht ihrer Verbindung mit dem Reiche zu halten unmöglich iſt. Es iſt dahero eine neue dem päpſtlichen Primate ſowohl, als den biſchöflichen Rechten angemeſſene Eidesformel einzuführen.

Ad XX.

§. 148.

Da dieſe Eidesformel der deutſchen Fürſtbiſchöfe dem Vorgeben nach gegen die Gerechtſame des Kaiſers und Reiches anſtoſſet, ſo muß vom Kaiſer und Reiche auf deſſen Abänderung gedrungen werden.

Warum ſich aber der Papſt nicht eben ſo gut als die Domkapitel neben dem abzulegenden Glaubensbekenntniß von den Biſchöfen gewiſſe Punkte könne beſchwören laſſen, die er, wie dieſe, als beſondere Befugniſſe zu dato noch fordert, das iſt mir unabſehbar.

XXI.

Wie ſehr die Bißthümer Deutſchlands durch die Annaten- und Palliumsgelder gedrückt werden, zeigen nicht nur die bisher aus Deutſchland dieſer Urſachen willen nach Rom geſchickte unglaubliche Summen Geldes, ſondern

auch die in vielen Bißthümern dadurch verurſachte und angehäufte Schulden.

Ad XXI.

§. 149.

Ob die angehäuften Schulden in vielen Bißthümern lediglich durch die Annatenabreichung verurſachet worden, dürfte ſo ziemlich ungewiß ſeyn, wenn man die Quellen davon aufdecken wollte.

Unterdeſſen bleiben dieſe Annaten immer eine Beſchwerde für Deutſchland.

In den Konkordaten iſt verſehen, daß die ganze Summe in zweyen Jahresfriſten entrichtet werden ſoll, und Rom hält die Konfirmationsbulle ſo lange zurück, bis die ganze Summe auf einmal entrichtet iſt.

Dieſes römiſche Verfahren iſt konkordatenwidrig — Es iſt alſo das Verlangen der deutſchen Biſchöfe, daß von Seiten Rom nichts gegen das Konkordat attentirt werden ſoll, gerecht, und ſie können überdieß noch eine Mäßigung fordern. Das nämliche gilt von den Palliengeldern.

Der römiſche Hof hatte zwar ſelbſt das unbillige dieſer Sache in den Aſchaffenburgerkonkordaten eingeſehen, und daher die Retaxationen angelobet, aber bis jetzt noch nicht in Erfüllung gebracht.

Wenn bey dem Papſte die Retaxation betrieben wird, ſo zweifle ich nicht, daß man ſelbe behörig vornehmen, und alſo den dießfallſigen Beſchwerden abgeholfen werden wird.

Ob nun gleich die deutſche Nation nicht dagegen ſeyn wird, für die bisherigen Annaten- und Palliumsgelder eine gewiſſe Taxe zur Belohnung des damit beſchäftigten Perſonals zu entrichten, ſo muß dieſelbe dennoch wünſchen, und hoffen, daß gedachte Taxe nach dem ungefähren Vermögen der Erz- und Bißthümer binnen 2 Jahren in einer Nationalkirchenverſammlung, oder wenn dieſe, wegen allenfallſigen Hinderniſſen nicht zu Stande kommen ſollte, von Sr. Majeſtät dem Kaiſer, und dem geſammten Reiche gemäßiget, und beſtimmt werden.

Eine in behörigen Schranken vorzunehmende Retaxation iſt das mäßigſte Mittel, die Beſchwerde zu heben — bey dieſem wäre alſo unabänderlich um ſo mehr zu beſtehen, als der kaiſerliche Schutz erſt alsdann einzuſchreiten hat, wenn die Bedrückungen von Seiten des römiſchen Hofes offenbar ſind.

Wollte nun in dieſem Falle der römiſche Hof die in den Konkordaten zugeſicherte, und ohne daß beſondere kanoniſche Urſachen eintreten, nicht zu verweigernde Konfirmation, oder das Pallium abſchlagen; ſo werden die deutſchen Erz- und Biſchöfe in der alten Kirchendiſciplin ſolche Mittel finden, wodurch ſie, mit Beybehaltung der dem römiſchen Stuhle ſchuldigen Verehrung, und Subordination, ihr Erz- und biſchöfliches Amt unter dem allerhöchſten Schutze kaiſerlicher Majeſtät ungeſtört ausüben.

Es iſt nicht wahrſcheinlich, daß der Papſt zur Abhülfe der angeführten wahren Beſchwerden auf zu machende Vorſtellung durch Mittel, die der Billigkeit, und den Konkordaten ſelbſt angemeſſen ſind, nicht die Hände willig bieten ſollte. Man fange alſo nur einmal an, einmüthig dem Papſte ernſtliche Vorſtellungen zu machen, dann wird es ſich ſchon geben. Aſpera ſuccedant lenibus.

XXII

a) Alle Gegenſtände, welche nach der deutſchen Reichs- und der alten Kirchenobſervanz zu der geiſtlichen Gerichtsbarkeit gehören, müſſen in der erſten Inſtanz vor die nach der Verfaſſung einer jeden Diözes beſtehende geiſtliche Gerichte gebracht werden, und gehen im Berufungsfalle von dem Biſchofe unmittelbar an die Metropolitangerichte.

Ad XXII.

§. 150. ad a).

Dieſer Punkt iſt der Verordnung des Tridentiniſchen Kirchenraths und den Konkordaten konform.

b).

Die päpſtlichen Nunzii dörfen ſich in keine Sache, weder in der erſten, noch in den folgenden Inſtanzen, wie oben ſchon erwähnt worden iſt, einmiſchen.

Ad b).

Die Appellationen ſind tranſito medio gewiß unförmlich, und abſtrahendo a legitima conſuetudine contraria ein wahres Gravamen.

Ich meynte aber, es ſoll auch die Gewohnheit tranſito medio zu appelliren, wo ſie beſteht, aufgehoben werden.

Ob in dritter Inſtanz an den Papſt oder an die Nunzien appellirt werden könne, darüber werde ich mich näher in der Beantwortung einer eigens darüber aufzuſtellenden Frage erklären.

c).

Dieſem zufolge werden die Erz- und Biſchöfe beſorgt ſeyn, daß ihre geiſtlichen Gerichtsſtellen mit erfahrnen, geprüften, und ſonſt rechtſchaffenen Männern beſetzt, und denſelben eine nach den kanoniſchen Geſetzen ſowohl, als der im Reiche üblichen Praxis abgefaßte Gerichtsordnung, wo ſolche noch

nicht iſt, vorgeſchrieben werde, damit die geheiligte Juſtitz auf keinerley Art zum Nachtheil der ſtreitenden Partheyen gehindert, oder verletzt werde.

Ad c).

Das wird ſich im Zeitverlaufe entwickeln.

d).

Geſchieht von dieſen weitere Berufung an den römiſchen Stuhl, ſo iſt dieſer verbunden, zur dritten Inſtanz Judices in Partibus, und zwar Nationalen zu geben, und werden dieſe nach Vorſchrift des Konziliums zu Trient gehörig beſtimmt, und darauf zu Rom namhaft gemacht werden.

Ad d).

Ob der Papſt eben nationales pro judicibus in partibus **zu beſtimmen ſchuldig ſey, darüber walten noch große Zweifel ob. Ich meynte aber** conſideratis omnibus, **der Papſt ſoll ſich die Beſtellung der Nationalen** amore pacis cum reſervatione eorundem confirmationis **gefallen laſſen.**

e).

Noch dienlich- und zweckmäßiger aber würde ſeyn, wenn ſich jeder Erzbiſchof angelegen ſeyn lieſſe, in ſeiner Provinz mittels zu pflegender Kommunikation mit den Herren Suffraganen ein einziges Provinzialſynodalgericht zur dritten Inſtanz zu errichten, und dahin alle Cauſſas appellationis zu weiſen; der Erzbiſchof könnte bey dieſem Gerichte den Direktor, und einige Beyſitzer, und jeder Suffraganeus einen, auch zwey Beyſitzer ernennen, und auf ſeine Köſten erhalten.

Ad e).

Dießfalls kömmt es auf nichts als auf das Einverſtändniß der Suffraganbiſchöfe, und auf die Einwilligung, und Begnehmigung des Papſtes an.

XXIII.

Werden die Erz- und Biſchöfe Deutſchlands unter dem allermächtigſten Beyſtand kaiſerl. Majeſtät in den Beſitz dieſer durch göttliche Anordnung ihnen zukommenden Gerechtſamen wieder eingeſetzt, und von den Hauptbeſchwerden gegen die römiſche Kurie befreyet ſeyn, ſo ſind ſie alsdann erſt vermögend, und wirklich entſchloſſen, die Verbeſſerung der Kirchendiſciplin durch alle ihre Theile nach gemeinſchaftlichen Grundſätzen alsbald vorzunehmen, wegen beſſerer Einrichtung der Seelſorge, Stifter und Klöſter das Nöthige zu verordnen, und die bisher dabey eingeſchlichene Mängel und Mißbräuche aus dem Grunde zu heben.

Ad XXIII.

§. 151.

Wie wenige von dieſen bisher angeführten Punkten in die Kategorie der durch göttliche Anordnung den Erz- und Biſchöfen zukommenden Gerechtſame gehören, kann jeder ſelbſt urtheilen — Das deutſche Episkopat hat immer noch ſo viele aus göttlicher Anordnung kompetirende Gerechtſame, daß ſelbes der beſtehenden geſetzmäßigen Reſervation, und Konkordaten unerachtet, für das geiſtliche Beſte der deutſchen Bißthümer die fürtrefflichſten, und nützlichſten Diſciplinarverfügungen zu treffen offenes Feld hätte. Die Exemtionen alleine ſind ein großes Hinderniß, aber noch ein weit größeres der Einfluß der verſchiedenen weltlichen Regenten, ohne deren Beyzug, Verſtändniß, und Unterſtützung ſich nichts wirkſames und gedeihliches zu Stande bringen läßt. Juſt aber aus der Urſache fürchte ich, daß, wenn man die Sache nicht in der behörigen Ordnung mit Mäßigkeit und beygeſelltem Muth, und Standhaftigkeit angreifet und behandelt, die letztern Dinge ärger, als die erſten werden dürften.

Uebri-

Uebrigens, da das Concordatum Aſchaffenburgenſe von ſeiner Entſtehung her ſelbſt, als eine der größten Beſchwerden der deutſchen Nation gehalten, und die Biſchöfe dadurch in der Ausübung ihrer urſprünglichen Rechte merklich gehindert worden, daſſelbe auch nur auf eine Zeitlang bis zum nächſtgehoften Konzilium eingegangen, auf der erſt ein Jahrhundert nachher gehaltenen Kirchenverſammlung zu Trient aber die zugeſicherte Abhülfe nicht erfolgt iſt; ſo iſt es ein nicht minder angelegenheitlich als allerdevoteſter Wunſch für die deutſche Nation, daß Se. kaiſerl. Majeſtät, als allerhöchſtes Reichsoberhaupt bey dem päpſtlichen Stuhle dießfalls ins Mittel zu treten, das in gedachtem Konkordat als eine weſentliche Bedingniß verſprochene Konzilium, wenigſtens nationale, durch allerhöchſte Verwendung längſtens in zwey Jahren zur endlichen Hebung all dieſer Beſchwerden zu Stande zu bringen, und wenn auch dießfalls noch immer die bisherigen Hinderniſſe ſich in Weg legen ſollten, durch reichsverfaſſungsmäßige Vorkehrungen, die ſo unentbehrliche Erleichterung allerhuldreichſt zu verſchaffen, geruhen möchten.

Vorſtehende Punkte haben Endesunterzeichnete reiflich erwogen, einhellig beſchloſſen, und nach vorgelegten allſeitigen Vollmachten, Namens ihrer Kommittenten unter Beydruckung ihrer gewöhnlichen Inſiegel eigenhändig unterſchrieben. Baad Embs den 25. Aug. 1786.

Ein Konzilium würde gewiß von der beſten Wirkung ſeyn, aber die Gemüther müßten hiezu beſſer vorbereitet ſeyn, als zu dato — Ob aber, wenn dieſes nicht zu Stande kommt, die in 23 Punkten angeführten Gegenſtände zur Cognition und Judicatur des Kaiſers alleine, oder des Kaiſers und der katholiſchen Reichsſtände alleine — oder des geſammten Reiches, ſomit auch der proteſtantiſchen Stände, mit Beyzug, oder mit Ausſchluß des Papſtes gehören? und ob die deutſchen Biſchöfe aus vielen der angeführten Punkte wirklich Gravamina machen, oder machen wollen? das ſind noch Deliberanda, die quo ad rem

& modum viele Schwierigkeiten in der Ausführung, und in der Reifung zu einem nöthig gemeinſamen Verſtändniſſe verurſachen werden — daß ſomit ein gütliches Benehmen mit dem Papſte in allem Betrachte das gedeihlichſte, und erwünſchlichſte ſeyn dürfte.

§. 152.

Ich habe nun gezeiget: daß

a) Für die jetzigen Umſtände, und Zeiten eine Abänderung in dem bisherigen Verhältniſſe der päpſtlichen Macht gegen die biſchöfliche im deutſchen Reiche, theils zur Erhaltung des Friedens, und der Einigkeit in der Kirche, theils zur Bezielung einer beſſern Kirchenzucht ſo erwünſchlich, als nothwendig ſey. (Siehe VII. Frage von §. 101. bis §. 114.)

b) Daß gemeinſame, gründliche, und ernſthafte Vorſtellungen von Seiten des deutſchen Epiſkopats an den Papſt, oder der Antrag einer gütlichen Ausgleichung das ſchicklichſte, der natürlichen Billigkeit, den geiſtlich- und weltlichen Rechten, den Reichsgeſetzen, und den Beyſpielen verfloſſener Jahrhunderte in ähnlichen Fällen angemeſſenſte Mittel ſey, die zwiſchen dem Papſte, und den Biſchöfen fürwaltende Streitigkeiten zu beheben, und daß die Selbſtermächtigung der prätendirenden Befugniſſe in mehrerm Betrachte gefährlich werden könnte. (S. VIII. Frage von §. 115. bis §. 127.)

c) Ich habe über die in dem Reſultat des Embſerkongreſſes enthaltenen Streitpunkte meine Reflexionen, und Anſtände geäuſſert. (S. §. 128. bis 151.)

Dadurch iſt nun der Weg zur Beantwortung der erſten Frage gebahnet:

Wie könnten die in Betreff der im Reſultat des Embſerkongreſſes enthaltenen Punkte, und in Betreff der päpſtlichen Nunziaturen obwaltende Differenzien auf eine billige Art mit dem päpſtlichen Stuhle ausgeglichen werden?

Die Antwort auf dieſe Frage iſt nachſtehender

Verſuch

Eines Vergleichsentwurfes zwiſchen dem päpſtlichen Stuhle, und dem deutſchen Episkopat.

§. 153.

I.

Die Erz- und Biſchöfe des deutſchen Reiches erkennen mit der ganzen katholiſchen Chriſtenheit

a) Daß Jeſus Chriſtus in ſeiner Kirche ein ſichtbares Oberhaupt eingeſetzet habe.

b) Sie verehren dieſes Oberhaupt in der Perſon eines jeweilig rechtmäßig erwählten römiſchen Biſchofes.

c) Sie erkennen in dieſem den Nachfolger des heil. Petrus, den Chriſtus zum Mittelpunkt der Einigkeit im Glauben, und der Erhaltung der von ihm eingeſetzten Hierarchie aufgeſtellet hat.

II.

Die Erz- und Biſchöfe Deutſchlandes bekennen alſo, daß dem rechtmäßig erwählten römiſchen Papſt eine Obergewalt in der Kirche, den man Primat nennet, nach der göttlichen Einſetzung gebühre, und daß aus der Urſache demſelben alle jene Rechte zuſtehen, ohne welche der Zweck dieſes von Chriſto geordneten Primats nicht erhalten werden kann.

III.

Da der Endzweck des päpſtlichen Primats die Erhaltung der Einigkeit in der Kirche iſt, die Einigkeit aber nicht anders erhalten werden kann, als wenn die unveränderlichen Beſtimmungen der Kirche in der Glaubens- und Sittenlehre, dann in der allgemeinen Kirchenzucht einförmig beobachtet werden, ſo wird als eine natürliche Folge des Primats anerkennet, daß der Papſt für die Beobachtung dieſer unveränderlichen Beſtimmungen die Wachſamkeit und Sorge in der ganzen Kirche aus göttlicher Anordnung auf ſich habe.

IV.

Es würde eine platte Unmöglichkeit ſeyn, die Pflicht dieſer allgemeinen Sorge für die ganze Kirche auszuüben, wenn der Papſt ſich nicht von dem Zuſtande aller Partikularkirchen in der Chriſtenheit informiren könnte, oder wenn die Biſchöfe nicht verbunden wären, demſelben ſothane Information oder auf Verlangen, oder ohne Verlangen zu ertheilen. Woraus folget, daß der Papſt von den Biſchöfen Bericht von dem Zuſtande der Religion, und Kirchenzucht in ihren Diözeſen verlangen, oder nach

Belieben Jemand beſtellen, oder abordnen kann, der ſich von erſagtem Zuſtande perſönlich in ſeinem Namen informire.

V.

Aus dem Rechte und der Pflicht, für die ganze Kirche zu ſorgen, folget das Recht, die erfundenen Gebrechen und Mängel zu verbeſſern, von ſelbſt.

Der Papſt hat alſo die Gewalt jene Biſchöfe, in deren Diözeſen Abweichungen von der Glaubens- und Sittenlehre, und allgemeinen Geſetzen der Kirchenzucht entdecket werden, ihrer Amtspflicht zu erinnern, und ſie zur Verbeſſerung ſothaner Gebrechen väterlich anzuhalten.

VI.

Sind Ermahnungen von keinem Verfange, oder ein unwirkſames Mittel, die eingeriſſenen Gebrechen zu heben, ſo muß der Papſt als Oberhaupt der Kirche wirkſamere Mittel zu ſeinem Zwecke in Handen haben, dem Uebel zu ſteuern: das wirkſamſte Mittel zu ſehr eingeriſſenen Uebeln in der Kirche abzuhelfen, war von jeher die Haltung allgemeiner Kirchenverſammlungen; alſo hat der Papſt das Recht, ſolche, ohne Verletzung der den weltlichen Regenten dießfalls zuſtehenden Befugniſſe, zuſammen zu rufen, und denenſelben durch ſich, oder durch Abgeordnete vorzuſtehen, und darinn nach Vorſchrift der kanoniſchen Satzungen zu verfahren.

VII.

Iſt die Zuſammenberufung eines allgemeinen Konziliums nicht möglich, ſo hat der Papſt als Oberhaupt der Kirche das

Recht

Recht und die Pflicht, dem Uebel durch proviſoriſche Verordnungen abzuhelfen; er kann alſo in der Glaubens- und Sittenlehre bey darüber entſtandenen Zweifeln, oder dagegen eingeriſſenen Irrlehren proviſoriſche Erklärungen ergehen laſſen, denen jeder Chriſt ſo lange zu gehorſamen ſchuldig iſt, bis nicht das Gegentheil von einem allgemeinen Kirchenrath, oder durch die Uebereinſtimmung der zerſtreuten Kirche entſchieden ſeyn wird; eben alſo kann er den Gehorſam an die ſchon beſtehenden Verordnungen, auch in allgemeinen Kirchenzuchtgeſetzen, befehlen.

VIII.

Wenn alle Verbeſſerungsmittel fruchtlos angewandt worden ſind, ſo hat das Oberhaupt der Kirche das Recht, die Widerſpenſtigen durch angemeſſene geiſtliche Zwangsmittel nach dem Geiſte der ächten kanoniſchen Satzungen zum Gehorſame zu bringen.

IX.

Die Sorge des Kirchenoberhauptes erſtrecket ſich auch auf die Nothdürften der Gläubigen: wenn alſo dieſen die Befreyung von der Befolgung eines principaliter für ihr Seelenheil gemachten Kirchengebotes eine wahre Nothdurft iſt, ſo iſt es eine der Sorge des Papſtes anklebende Pflicht, die Gläubigen von der Verbindlichkeit zum Geſetze loszuzählen — er kann alſo in ſolchen Fällen mit den Gläubigen in allgemeinen Diſciplingeſetzen mit Beobachtung der behörigen Ordnung diſpenſiren.

X.

Da die bisher erwähnten Rechte nach der Einſetzung Chriſti dem päpſtlichen Primate weſentlich inhäriren, und aus ihrer Natur

nur die Ausübung einer oberſten Gerichtsbarkeit in den eintretenden Fällen voraus ſetzen, ſo erkennen die Erz- und Biſchöfe in dem römiſchen Papſte nicht nur den *Primatum honoris & auctoritatis*, *ſed etiam Jurisdictionis*.

XI.

Von darum ſtellen die Biſchöfe Deutſchlandes nicht in Abrede, daß dem Papſte das Recht gebühre, im Namen der Kirche Ablässe auszuſpenden.

XII.

So wie ſie auch erkennen, daß an den päpſtlichen Stuhl die Appellationen in letzter Inſtanz in cauſis eccleſiaſticis ſervata Canonum forma præcipue illa, quæ in S. Concilio Tridentino determinata reperitur, ergriffen werden können.

XIII.

Gleichwie die Biſchöfe im deutſchen Reiche die nach der Einſetzung Chriſti dem Papſte kompetirenden bisher erwähnten Primatrechte im vollen Umfange anerkennen, reſpektiren, und ihre hierinnfallſige Subordination zum Kirchenoberhaupte konteſtiren, ſo ſind ſelbe auch nicht gemeynet, dem päpſtlichen Stuhle jene aus der Einſetzung des Primats weſentlich nicht entſpringende, ſondern demſelben nur zufällig erworbene Befugniſſe via facti zu entreiſſen, ſondern verhoffen nur von der Billigkeits- und Gerechtigkeitsliebe Sr. päpſtlichen Heiligkeit, daß Allerhöchſtdieſelbe bey derley pur zufälligen Gerechtſamen geneigt ſeyn werden, gegründete Beſchwerden des deutſchen Episkopats, ſo viel an ihnen iſt, zu beheben, die Laſt der Bißthümer zu erleichtern, und beſonders

all

all jenes aus dem Wege zu räumen, was den Biſchöfen in der Beförderung des Seelenheiles ihrer Untergebenen, in Erhaltung einer ächten Kirchenzucht, und Reinigkeit der Religion ein wahres Hinderniß iſt.

XIV.

In Konformität dieſer Erklärung haben Ihro päpſtliche Heiligkeit auch in Zukunft, und ſo lange nicht etwas anders durch eine zwiſchen dem päpſtlichen Stuhle, und der deutſchen Nation getroffene gütliche Uebereinkunft beſtimmt, und vertragen ſeyn wird, alle jene Gerechtſame in Anſicht der deutſchen Erz- und Bißthümer auszuüben, welche denenſelben *vi Concordatorum nationis Germanicæ* kompetiren.

XV.

Nicht minder ſollen Ihro päpſtliche Heiligkeit bis zu einer andern Uebereinkunft in dem Beſitze der vi Reſervationum cauſarum majorum in jure expreſſarum zuſtehenden Rechte verbleiben, dieſe Rechte ſind

a) Das Recht, die Biſchöfe zu beſtätigen,

b) Bullas eligibilitatis zu ertheilen;

c) Das Recht, Poſtulationes derenſelben zu admittiren,

d) Koadjutorien bey Bißthümern anzunehmen, oder zuzulaſſen;

e) Das Recht, Biſchöfe zu transferiren,

f) Reſignationes der Bißthümer anzunehmen,

g) In caſu depoſitionis ſecundum Canones mitzuurtheilen,

h) Den Konſens zur Errichtung neuer Bißthümer, und

i) auch zur Erhebung derenſelben zu Erzbißthümern zu ertheilen.

k) Endlich das Recht die Annaten zu fordern.

XVI.

Ueberhin wollen die Biſchöfe Deutſchlandes aus Liebe des Friedens nicht entgegen ſeyn, daß 1mo bey dem päpſtlichen Stuhle Reſignationes præbendarum, aber nicht in favorem, in menſibus papalibus, wo ſolche Statt haben, admittirt, 2do diſpenſationes in gradu ſecundo mixto cum primo, tam conſanguinitatis, quam affinitatis in ordine ad contrahendum Matrimonium ertheilet; 3^tio^ den Landesherren Dezimationsindulte cum conſenſu Epiſcoporum bewilliget; 4to in der Mehrheit der Präbenden diſpenſirt, oder indulta de retinendis dignitatibus & beneficiis verliehen werden.

XVII.

Schlüßlichen mögen an die päpſtlichen Nunzien die Adpellationen in dritter Inſtanz ſo lange gebracht werden, bis man eines andern mit dem päpſtlichen Stuhle übereinkommen wird.

Auf gleiche Weiſe mag von Sr. päpſtlichen Heiligkeit ihren Nunzien die Ausübung aller der vorſpezificirten Rechte, und Befugniſſe mit Einſchluß der Formirung des Proceſſus informativi bey den neuen Biſchöfen in der Maaße, und auf die Weiſe, wie es Sr. päpſtl. Heiligkeit unter nachſtehendem Verſtändniſſe ſelbſten zukömmt, delegirt werden.

§. 154.

§. 154.

Da Ihro päpſtl. Heiligkeit einerſeits durch dieſe friedfertigen, und devoteſten Anträge, und Aeuſſerungen des deutſchen Episkopats von deſſen reinſten Abſichten, Ruhe und Einigkeit mit dem päpſtlichen Stuhle auf alle mit der Wohlfahrt der deutſchen Kirche vereinbarliche Weiſe zu erhalten, überzeugt, andererſeits aber von ſelbſt geneigt ſind, die biſchöflichen Rechte, die Allerhöchſtdieſelbe nach der von Chriſto urſprünglich eingeſetzten hierarchiſchen Ordnung keineswegs mißkennen, väterlich zu unterſtützen, ſomit alles dasjenige zu entfernen, was den Biſchöfen in Beförderung des Seelenheiles ihrer Untergebenen, in Erhaltung der reinen Religion, und guten Kirchenzucht hinderlich ſeyn könnte, auch andere Beſchwerden des deutſchen Episkopats zu lindern, oder ganz zu heben; als werden Allerhöchſtdieſelbe

I.

Ihre Primatsrechte zu keiner Zeit anders, als zur Erhaltung der Einigkeit in der Kirche, und zur Aufrechthaltung der heiligkatholiſchen Religion, und ächten Kirchenzucht ausüben, und dabey die unmittelbare Gerichtsbarkeit der Biſchöfe nicht beeinträchtigen, noch in andere Wege kränken, ſondern in allweg nach dem Geiſte der genuinen kanoniſchen Satzungen verfahren, wobey päpſtliche Heiligkeit verhoffen, daß Ihnen die Biſchöfe Deutſchlandes bey eintretenden Fällen die ſchwere Bürde durch ihren Beyrath, und hülfreiche Handleiſtung brüderlich erleichtern werden.

II.

Verſprechen Ihro päpſtl. Heiligkeit die genaueſte Beobachtung der mit deutſcher Nation beſtehenden Verträge, beſonders der Con-

Concordatorum Germaniæ, und werden Allerhöchſtſelbe nimmermehr geſtatten, daß von der Curia auf was immer für eine Weiſe, und unter keinerley Vorwande einer widrigen Obſervanz dagegen gehandelt werde. Weswegen die bereits in Sachen ergangene reichsgerichtliche Entſchlüſſe für alle künftige ähnliche Fälle pro norma erkennet, und angenommen werden: von darum auch Allerhöchſtdieſelbe die erſt nach den Konkordaten eingeführte, und denenſelben präjudizirliche ſogenannte Regulas cancellariæ, und alle übrige konkordatenwidrige Klauſeln pro futuro in Anſicht des deutſchen Reiches, unerachtet der pro Sede papali ſtehenden Obſervanz, ex amore pacis für kraftlos erklären, wogegen intuitu dignitatum & præpoſiturarum verhoffet wird, man werde es von Seiten des deutſchen Episkopats bey dem Beſitzſtande belaſſen, ſo wie es ab Seiten des päpſtlichen Stuhles auch angenommen wird, daß den deutſchen Kirchen der Kathedral- und niedern Kapiteln, und den einzelnen Patronen durch die Extravagans *execrabilis* das Recht nicht benommen werde, die Pfründen, welche gemäß dieſer Bulle ledig werden, zu vergeben, auch die erſte Pfründe gar nicht erledigt werde, wenn der Pfründner ein Domizellar iſt, oder ſonſt eine zu ſeinem Unterhalte nicht hinreichende Präbende erhält.

III.

Was die Puncto XV. angeführte von den Biſchöfen anerkannte Reſervationes anbelanget, ſo werden die dießfallſigen Rechte von dem päpſtlichen Stuhle überhaupt nach dem Sinne der allgemeinen Kirchenſchlüſſe ausgeübet, insbeſondere aber bey den in der Extravaganti *ad regimen* enthaltenen Fällen, wenn ſie wider beſſers Verhoffen eintreten ſollten, nichts zum Präjudiz der beſte-

beſtehenden deutſchen Reichsverfaſſung unternehmen: ſo wie der päpſtliche Stuhl bey allfallſiger Errichtung neuer Bißthümer, oder Erzbißthümer niemals anders, als mit Einvernehmung der darunter befangenen Biſchöfe, und Erzbiſchöfe, und ohne Nachtheil der ihnen als Biſchöfen des deutſchen Reiches zukommenden Befugniſſe verfahren wird.

Was endlich die Annaten betrifft, ſo ſind Ihro päpſtl. Heiligkeit bereit, ſich dießfalls eine Mäßigung überhaupt oder nach Proportion des Befundes einer vorzunehmenden Retaxation, auch ſodann die Entrichtung in jährlichen zwoen Friſten gefallen zu laſſen: erwärtigen ſohin hierüber von Seiten der Biſchöfe eine begnügende Aeuſſerung, oder Vorſchlag.

IV.

Bey kompetierender Vergebung der Präbenden, und Dignitäten in deutſchen Kirchen wollen Ihro päpſtl. Heiligkeit ſelbe nur jenen deutſchgebohrnen, oder naturaliſirten Subjekten verleihen, welche von den eigenen Biſchöfen Deutſchlandes ein Atteſtatum Idoneitatis werden erhalten haben, und verhoffen Ihro päpſtl. Heiligkeit, daß die Biſchöfe derley Atteſtata an keine andern, als an fähige, würdige und verdienſtvolle Perſonen, vorzüglich aber ſolche ausſtellen werden, welche ſich der Seelſorge, oder dem Lehramte mit Nutzen lange Zeit gewidmet, und der Kirche ſchon erſprießliche Dienſte geleiſtet haben. Auf gleiche Weiſe werden Allerhöchſtdieſelbe bey Vergebung der Präbenden verfahren, welche per Reſignationes *puras*, ſeu ſine Conditione, in Menſe papali apud Sedem apoſtolicam factas erlediget werden.

V.

Jhro päpſtl. Heiligkeit wollen in der Regel keine Reſignationes in favorem mehr annehmen, dagegen hoffen ſie auch, daß ſolche von den Biſchöfen nicht werden zugelaſſen werden. Würde aber ein Præbendatus mit Einwilligung ſeines Biſchofes eine derley Reſignation beym päpſtlichen Stuhle verlangen, ſo wird ſolche nicht anders angenommen, auch die Proviſion dem vorgeſchlagenen Subjekt nur alsdann ertheilet werden, wenn ſolches das Teſtimonium Idoneitatis unter dem Ausdrucke der beſtimmten Pfründe erhalten hat, welches über ſechs Monate vom Tage der Ausfertigung nicht alt ſeyn darf.

VI.

In pluralitate beneficiorum wird von Seiten des päpſtlichen Stuhles nimmermehr diſpenſirt werden, auſſer es tritt der Fall Capituli de multa ein, worüber, wenn die zwo Präbenden in der nämlichen Diözes exiſtiren, der Biſchof des Orts, wenn ſie aber in verſchiedenen Diözeſen liegen, der Biſchof, unter deſſen Gewalt die zwote Pfründe gelegen iſt, die Bewegurſachen der nachgeſuchten Diſpens zu unterſuchen, und über deren Rationabilität oder Irrationabilität privative zu urtheilen, und dann das Atteſtat darüber, oder ſeine Erkenntniß an den päpſtlichen Stuhl zur Benehmung hienach einzuſchicken hat.

VII.

Wenn von einem Landesherrn im deutſchen Reiche ein Indultum decimandi Eccleſias & Clerum ſui Territorii beym päpſtlichen Stuhle begehret werden ſollte, ſo werden päpſtl. Heiligkeit ſolches nicht ehender als nach Einvernehmung und Verſtändniß derjenigen

gen Biſchöfe, deren Kirchenſprengel ſich in dieſe Lande erſtrecken, ausfertigen laſſen, und die Exekution hievon Niemand andern, als den Biſchöfen ſelbſt übertragen.

VIII.

Jhro päpſtl. Heiligkeit ſind geneigt, die Wünſche der Biſchöfe Deutſchlandes in Aufhebung der Exemtionen zu erfüllen; da Sie ſich aber wegen vielen Anſtänden, inſonderheit wegen Ermanglung eines gemeinſamen Einverſtändniſſes deutſcher Fürſten und Stände, zu dato hierinn gehindert ſehen, ſo können Allerhöchſtdieſelbe ein mehrers ohne neue Kolliſionen zu veranlaſſen nicht thun, als daß ſie in allem, was in die *Curam animarum*, und in das *Regimen ſpirituale Diœceſium* allgemein einſchlägt, die Exemten der poteſtati ordinariæ Epiſcoporum plene ſubjiciren, folglich alle Exemten dahin anweiſen, daß ſie ſich in Ausübung der Seelſorge, und in der Adminiſtration der Sakramente nach den Diözeſanverfügungen achten, auch alle andere in geiſtlichen Sachen ergehende biſchöfliche Generalmandate gehorſamſt befolgen, ſomit der biſchöflichen Viſitation in allem, was hierinn einſchlägt, ohne Ausnahme, und Einrede (ausgenommen wo etwas anders durch beſondere Verträge beſtimmt wäre) unterworfen, folglich nur alleine in dem, was ihre Ordensregeln, Statuten, und Verbindungen betrifft, bis auf weitere Diſpoſition eximirt ſeyn ſollen.

IX.

Was die Diſpenſationen anbelanget, ſo überlaſſen Jhro päpſtl. Heiligkeit den Biſchöfen Deutſchlandes, in allen verbotenen Graden der Bluts- und Anverwandtſchaft in ordine ad contrahendum Matrimonium bis auf den zweyten Grad incluſive, wenn er

mit dem erſten nicht vermiſchet iſt, aus kanoniſchen Urſachen, jedoch ohne Taxe (die bisher übliche Kanzleygebühren ausgenommen) zu diſpenſiren.

X.

Auf gleiche Weiſe werden die bisher üblich geweſene facultates quinquennales den Biſchöfen im deutſchen Reiche, wie ſie ſelbe bisher gehabt haben, una cum facultate diſpenſandi in gradibus conſanguinitatis & affinitatis usque ad ſecundum gradum æqualem ad dies vitæ verliehen, ſo daß jeder ihrer Nachfolger derenſelben Erneuerung beym Antritt ſeiner Regierung vom päpſtlichen Stuhle zu erholen hat.

XI.

Es mögen zwar die Biſchöfe im deutſchen Reiche in dem Abſtinenzgebote aus Nothwendigkeit, oder ſonſt erheblicher Nutzbarkeit ihrer Diözeſen, und in andern allgemeinen Kirchengeſetzen, ſo weit ſelbe das Seelenheil ihrer Untergebenen betreffen, in einzelnen Fällen diſpenſiren, bey jenen Kirchengeſetzen aber, welche die innerliche Verfaſſung ſelbſt betreffen, und wo aus einer hierinn zu ertheilenden Diſpenſation Unordnung in der Kirche, oder Aergerniß unter den Gläubigen erfolgen, oder der Verfaſſung ſelbſt ein Nachtheil zugehen würde, werden die Biſchöfe ohne vorläufige Information und Benehmung mit dem päpſtlichen Stuhle eben ſo wenig diſpenſiren, als es von dieſem ohne Benehmung mit denenſelben geſchehen wird, welches nämliche a potiori beyderſeitig zu beobachten iſt, wenn die gänzliche Aufhebung beſtehender allgemeiner Kirchendiſciplingeſetze in Deliberation kommen ſollte,

wo

wo Jhro päpſtl. Heiligkeit zu allen derley auf das Beſte der Diözeſen abgeſehenen Abänderungen thätigſt mitwirken werden.

XII.

Wenn Jemand beym päpſtlichen Stuhle Diſpenſationen verlangen ſollte, die von den Biſchöfen nach Inhalt gegenwärtigen Vergleiches ſelbſt ertheilet werden können, ſo werden derley Supplikanten an ihre Ordinarios pro impetrandis ejusmodi diſpenſationibus zurück gewieſen werden, weswegen zur Vermeidung aller Kolliſionen den Biſchöfen anheim geſtellet wird, die maasgebende Verordnungen in ihren Kirchenſprengeln dießfalls ergehen zu laſſen.

XIII.

In Fällen hingegen, wo dem päpſtlichen Stuhle nach Ausweis dieſes Vertrages zu diſpenſiren zukömmt, oder wo ſich Supplikanten aus beſondern Urſachen z. B. Religioſen pro relaxatione Votorum dahin wenden werden, obſchon derley Diſpenſationen ob ſubverſans animæ periculum nach vorgegangener Unterſuchung der Bewegurſachen nichtexemten Ordensgliedern zu ertheilen auch den Biſchöfen von päpſtlicher Heiligkeit zugeſtanden wird, wollen Allerhöchſtdieſelbe nicht anders als prævia Epiſcoporum informatione verfahren, oder die Diſpenſationes an dieſelbe pro executione, ſi preces veritate niti compertæ fuerint, in forma commiſſoria ausfertigen.

XIV.

Auf die nämliche und keine andere Weiſe wollen Jhro päpſtl. Heiligkeit in Ertheilung der Abläſſe verfahren, und es wird denenſelben angenehm ſeyn, wenn von den Biſchöfen Deutſchlandes

insgeſammt, oder inſonderheit Vorſchläge gemachet werden, wie nach dem Sinne des Tridentiniſchen Kirchenraths die Abläſſe zum Beſten des Seelenheiles in ihren Bißthümern reduziert, und beſtimmt werden könnten, ſo wie Allerhöchſtdieſelbe auch nicht ungeneigt ſind, die zur Ablegung der Ordensproſeſſion von allgemeinen Kirchenverſammlungen bisher beſtimmt geweſenen Jahre nach jedes Biſchofes, oder des ſämmtlichen deutſchen Episkopats mit Einverſtehung der betreffend weltlichen Behörden an den päpſtlichen Stuhl zu äuſſernden Verlangen abzuändern.

XV.

Gleichwie dem Oberhaupte der Kirche in Gemäßheit des von Chriſto verliehenen Primats die oberſte Aufſicht und Wachſamkeit über alle Kirchen der ganzen Chriſtenheit zur weſentlichſten Pflicht obliegt, ſomit unbenommen iſt, ſelbe durch Jemand andern unter dem Namen eines Nunzius oder Legaten zu erfüllen, ſo werden doch demſelben niemals andere Aufträge, als ſolche ertheilet werden, welche in der Natur des Primats nach den in dieſem Verſtändniſſe feſtgeſtellten Grundſätzen gegründet ſind.

XVI.

Es ſtehet päpſtl. Heiligkeit auch frey, ihren Nunzien, oder Jemand andern die Ausübung aller im vorliegenden Vergleiche enthaltenen Befugniſſe unter den ebenfalls hierinn bemerkten Beſchränkungen zu übertragen.

XVII.

Jhro päpſtl. Heiligkeit geben auch ihr geheiligtes Wort, daß zu mehrerer Begründung der durch dieſen Vergleich hergeſtellten

Ein-

Eintracht die bisher den Nunzien gewöhnlich ertheilte ſogenannte Facultates in Zukunft nur auf jenes eingeſchränket werden ſollen, was Jhro päpſtl. Heiligkeit kraft dieſer gütlichen Ausgleichung auszuüben Fug und Macht haben; von darum ſollen die Nuntien neque ordinariam Epiſcoporum Jurisdictionem, neque delegatam illis a Summo pontifice, *concurrenter* ausüben; ausgenommen in Fällen, wo die Primatsrechte eintreten müßten.

XVIII.

Sollte ſich wider Vermuthen ein päpſtlicher Nunzius beygehen laſſen, in die ordentliche Gerichtsbarkeit der Biſchöfe Deutſchlandes, oder in einem dieſer verglichenen Punkte einzugreifen, ſo wird den benachtheiligten Biſchöfen von dem päpſtlichen Stuhle hinlängliche Genugthuung verſchaffet werden.

Anmerkungen
über
den vorſtehenden Vergleichsentwurf.

§. 155.

1mo. Habe ich jene Punkten, die die Herren Erzbiſchöfe beſonders angehen, nicht berührt, weil dieß eine Sache iſt, die in ſeparato behandelt werden muß.

2do. Da die Weſenheit eines Vergleiches darinn beſtehet, daß ein Datum und Retentum hergeſtellet wird, ſo habe ich mich befliſſen, ſolches ſo zu bewerkſtelligen, daß von allen zweifelhaften Gegenſtänden der Papſt etwas behält, und etwas anläßt.

3tio.

3tio. **Von dem Rechte** bey zweifelhaften Fällen, beſonders in Hinſicht auf die beyderſeits zufällige Befugniſſe, habe ich abſtrahirt, und den Vergleich nur über **die Ausübung** der Rechte entworfen.

4to. Habe ich den Vergleichspunkten keine Urſachen beygeſetzt, weil es ſich von ſelbſt verſteht, daß, wenn dem Papſte ein Vergleichsvorſchlag gethan wird, Vorſtellungen vorausgeſchicket, und in dieſen die Beweggründe zum Vergleiche, und zum quomodo deſſelben angeführt werden müſſen, wie ich ſie in meinen hiezu vorbereiteten Fragen, und Antworten befliſſentlich prämittirt habe, um den Vergleichsentwurf, und die zu machende Vorſtellungen zu erleichtern.

5to. Ein Vergleich iſt kein Geſetz, es leidet alſo gegenwärtiger Vergleichsentwurf an ſich, und bey der Unterhandlung Modifikationen, wenn nur die Hauptgrundſätze, auf welchen das Gebäude ruhet, nie aus den Augen gelaſſen werden.

Schlüßlich iſt zu bemerken, daß es bey einem Vergleichsentwurf darauf nicht ankomme, ob die ſtreitenden Partheyen die Vergleichsvorſchläge annehmen **wollen**, ſondern ob dieſe ſo beſchaffen ſeyen, daß ſie, wenn Billigkeit, und Friedensliebe zu Rathe gezogen werden, angenommen werden **können**, und **ſollen**.

Zwo

Zwote Spezialfrage.

Wie der Vorſchlag anzuſehen ſey, daß keinem Nunzius im deutſchen Reiche die gültige Ausübung was immer für einer Handlung *in cauſſis tam contentioſæ, quam voluntariæ Jurisdictionis* auſſer dem einzigen Fall, wo *Jura primatus pontificii* eintreten, geſtattet werden ſoll?

§. 156.

Ich will mich mit langen Deduktionen über die Frage: ob der Papſt das Recht habe, oder nicht habe, Nunzien ſub hac, vel alia qualitate, vel ſub quibusnam reſtrictionibus, aut ampliationibus in Deutſchland abzuordnen? hier gar nicht abgeben: denn ich würde pro und contra am Ende doch nichts anders ſagen können, als was Herr Dr. Mohl, Herr Profeſſor Gregel, Abel, Schnaubert, und der Author der Beantwortung des köllniſchen Promemoria, in Betreff der Nunziaturen ſchon geſagt haben.

Nur will ich aus denen von oberwähnten gelehrten, und andern Schriftſtellern angeführten Grundſätzen einige ſachedienliche Reflexionen zur Beleuchtung der vorliegenden Frage herſetzen, woraus ſich die Antwort hierauf von ſelbſt ergiebt.

1.

Wenn auch der Papſt zur Ausübung der vi primatus ihm zuſtehenden Sorge, und Wachſamkeit über die ganze Kirche für beſtändig einen, oder mehrere Männer (man mag ſie nennen, wie man will) im deutſchen Reiche, zur Ausübung dieſer ſeiner dem Primat weſentlich inhärirenden Pflicht, halten will, ſo läßt ſich mit Grunde nichts dagegen einwenden; denn die Primatspflicht,

 für

für das Wohl der ganzen Chriſtenheit zu ſorgen, iſt allgemein und immerwährend. Der die Pflicht hat, ſtets für etwas zu ſorgen, der darf nicht erſt warten, bis die Gefahr auf dem Verzug haftet, oder bis das Feuer in helle Flammen ausgebrochen iſt; ſondern er kann auch, und gemeiniglich ſoll er durch ſich, oder andere vorhin beſorgt ſeyn, daß das Uebel nicht entſtehe.

Ueberhaupt läßt ſich auch nicht beſtimmen, wann der Papſt Jemanden zur Ausübung ſeiner Primatspflichten abordnen ſoll? wie lang dieſer zu bleiben? oder wann er wieder heimzugehen habe?

Es könnte alſo doch geſchehen, daß beſtändige päpſtliche Abgeordnete in Kraft des beſitzenden Primats in Deutſchland wären.

2.

Es iſt kein Reichsgeſetz, woraus ſich gegen den Adpellationszug an die Nunziaturen in dritter Inſtanz, wohin ſich die Gerichtsbarkeit der Nunzien in cauſſis contentioſis reſtringirt, etwas geſetzliches aufbringen lieſſe. Der Beſitzſtand der Nunzien iſt dießfalls auſſer Anfechtung geſetzt — der jüngſte Reichsabſchied §. 164. und alle ältere, und neuere Wahlkapitulationen ſprechen dafür das Wort — und die vorgegangenen Verhandlungen in Nunziaturſachen beym deutſchen Reiche liefern den geſchichtlichen Beweis, daß der Sinn der Beſchwerden des Kaiſers, des Reiches, und der deutſchen Nation nie gegen die adpellationem in cauſſis *mere eccleſiaſticis*, ſondern *in cauſſis civilibus* & *profanis* war, und daß man ſich beym Reichskammergericht ſo lange nach dieſen Principiis verhalten werde, bis nicht eine andere Norm vorgeſchrieben ſeyn wird.

3. Da

3.

Da in dem Concilio Trid. Seſſ. XXV. Cap. II. de Refor. eine andere Norm wirklich an Handen gegeben worden iſt, ſo darf man nur dieſe Norm in Ausübung ſetzen, dann ceſſirt aller Streit wegen der ſtändigen Nunziaturgerichtsbarkeit in cauſſis contentioſis, indem der bisherige Nichtgebrauch dieſes Rechtes von Seiten des deutſchen Episkopats, und deutſcher Nation dem päpſtlichen Stuhle kein abſolutes, ſondern nur das bedingliche Recht einräumen konnte, die Adpellationen in Rom, oder bey den Nunziaturen ſo lange anzunehmen, **bis** die von dem Tridentiniſchen Kirchenrath beſtimmte Norm eingeführt ſeyn wird.

4.

Daraus ergiebt ſich nun die Schlußfolge von ſelbſt: daß die Abſchaffung der Nunzien mit Gerichtsbarkeit in den Mächten des deutſchen Episkopats, und der Nation anders nicht ſtehe, als daß die obangezogene Verfügung des Konziliums zu Trient im deutſchen Reiche dermals eingeführet werde. So lange dieſes nicht geſchieht, können die Adpellationen quoad cauſſas eccleſiaſticas in dritter Inſtanz, ſelbſt nach den wirklich beſtehenden Reichsfundamentalgeſetzen, zu Rom angebracht, ſomit auch von dem päpſtlichen Stuhle die Annahme Jemand andern, folglich den ſogenannten Nunzien übertragen werden.

Wollte man keine andere rechtsförmliche Norm einführen, und dennoch die Gerichtsbarkeit der Nunzien in cauſſis contentioſis aufheben, ſo wäre das eben ſo viel, als eine gewiſſe Ordnung (gut oder nicht gut, daran liegt hier nichts) im deutſchen Reiche aufheben, und keine andere einführen und feſtſtellen, ſomit Un-

ordnung und Verwirrung im Ganzen ſtiften — das die Reichsſtände unmöglich zugeben werden, noch können.

5.

Ob man die Gerichtsbarkeit der Nunzien *in cauſſis voluntariæ jurisdictionis* auch ſo leicht werde abſchaffen können? iſt eine andere Frage: Ich verſtehe unter den cauſſis voluntariæ jurisdictionis nichts anders, als gewiſſe Diſpenſationsrechte, die dem Papſte eigen verbleiben ſollen.

Man kann auch Gegenſtände darunter verſtehen, die von der willkürlichen Gnade Sr. päpſtl. Heiligkeit abhängen. . . Warum ſoll aber der Papſt eine Sache, die ihm unſtreitig gebührt, nicht einem dritten in ſeinem (des Papſtes) Namen zu thun ſpecialiter kommittiren können? — Warum ſollen die Leute, die ſo eine Gnade gebrauchen, abſolute unmittelbar an den Papſt zu Rom ſich wenden, wenn dieſer ſo gut ſeyn will, die erbetene Gnade durch einen Bevollmächtigten an Ort und Stelle angedeihen zu laſſen — und wenn man es auch dahin brächte, daß der Papſt das nach ſeinem Willen nicht thun dürfte, müßte man ſichs alsdann nicht gefallen laſſen, nach Rom mit mehrerm Zeit- und Geldaufwande ſich zu wenden? Was würde das den Biſchöfen nützen, und würden nicht die Landesherren in ſo einem Falle rationabiliter ſolch einer biſchöflichen Abſicht entgegen ſeyn? Was aber einem nicht ſchadet, und dem andern nützet, das ſollte man wohl geſchehen laſſen, ſo wie man das nicht thun ſoll, was dem dritten ſchadet, und dem einen nichts nützet.

6. Mei-

6.

Meines Erachtens läßt ſich dagegen nichts Solides beybringen, als dieſes: die Biſchöfe ſtreiten dem Papſte die gebührenden, oder zugeſtandenen Rechte in cauſſis voluntariæ jurisdictionis durch einen dritten ausüben zu können gar nicht an; aber er ſoll die Ausübung hievon demjenigen Biſchofe kommittiren, in deſſen Diözes der Impetrans gehörig iſt. — Alleine zu geſchweigen, daß das eine in Rechten unerfindliche, durch keine Konzilienſchlüſſe, oder Reichsgeſetze unterſtützte Zumuthung wäre, ſo könnte ſie überhin den Landesherren Anlaß geben, von den Biſchöfen, deren Kirchenſprengel ſich in ihre Territorien erſtrecken, zu fordern, daß ſie die Ausübung der ihnen zuſtehenden biſchöflichen Gerechtſame, geiſtlichen Kommiſſarien im Lande, die Unterthanen von ihnen ſind, übertragen ſollen.

Zudem könnte dem Papſte nie zugemuthet werden, daß er die eintretenden Primatrechte den Biſchöfen ſelbſt übertragen müſſe; warum ſoll er dann gehalten ſeyn die Ausübung ſeiner Rechte in Gnadenſachen denenſelben unmittelbar zu übertragen? — Iſt dann durch die Einſchränkung der dießfallſigen päpſtlichen Befugniſſe dem biſchöflichen Anſehen nicht hinlänglich genug vorgeſehen, wenn nämlich der Papſt, alſo auch ſein Nunzius, oder derjenige, dem er immer die Ausübung ſeiner Rechte überträgt, in gewiſſen Fällen ſine prævia informatione Epiſcopi nicht fürfahren darf, oder gehalten iſt, die Expeditiones an den Biſchof in forma Commiſſoria zu addreſſiren?

Dritte Frage.

Ob eine gegründete Hoffnung vorhanden ſey, daß dieſer Antrag des deutſchen Episkopats, die Ausübung aller Gerichtsbarkeit abſeiten der Nunzien aus Deutſchland zu verbannen, in Comitiis die Mehrheit der Stimmen erhalten werde?

§. 157.

Reflexionen hierüber.

I.

Scheinet zwar das bekannte Reſcript Sr. kaiſerl. Majeſtät Joseph II. vom 12. Oktober 1785. und das Reichshofrathskonkluſum vom 27. Februar 1787. dieſe Hoffnung vollkommen zu begründen; alleine wenn man erwäget: daß der verſtorbene Herr Reichsvizekanzler Fürſt von Kolloredo an den Herrn Churfürſten zu Mainz unterm 5. April 1788. ſich geäuſſert: *Formalia*:

„Es kommt nun darauf an: was ſich Euer Churfürſtlichen Gnaden verſprechen zu können glauben, wenn die „Nunziaturſache an die allgemeine Reichsverſammlung gebracht würde: wenn Euer Churfürſtl. Gnaden einen günſtigen Erfolg davon erwarteten, ſo wären Se. Majeſtät „bereitwillig, ſolche dem verſammelten Reiche vorlegen, und „ein Gutachten über die *quæſtiones an*, & *quomodo* abfordern „zu laſſen.“

So will es ebenfalls anſcheinen, daß der Anker dieſer Hoffnung nicht ſo feſt eingeſenket ſey, als man dem Anſcheine nach glau-

glauben mag — denn wenn Ihro kaiſerl. Majeſtät die Sache wegen Aufhebung der Nunziaturen mit ſtändiger Gerichtsbarkeit aus dem deutſchen Reiche für ſchon ausgemacht, und ganz richtig hielten, zu was brauchten Sie ein Reichstagsgutachten über die quæſtiones an, & quomodo? Warum exequiren Allerhöchſtdieſelbe nicht vielmehr die nach ihrer kaiſerlichen Pflicht in Handhabung, und Befolgung beſtehender Reichsgeſetze in ihrem allerhöchſten Reſcript, und im Reichshofrathskonkluſo enthaltenen Verfügungen, und machen andurch den Nunziaturſtreitigkeiten ohne weit ausſehende Verweiſungen an den Reichstag mit Einemmale ein Ende?

2.

Muß die Bemerkung nie auſſer Augen gelaſſen werden, daß dem Papſte die Adpellation in dritter Inſtanz gebühre, und daß von dem deutſchen Episkopat nicht mehr gefordert werden könne, als die Ernennung der Nationalrichter, welche dieſes Recht in tertia inſtantia *nomine & ex commiſſione pontificis* ausüben: ſo gewiß es alſo ſeyn dürfte, daß das Recht dieſer dermaleinſtigen Ernennung der Nationalrichter dem deutſchen Episkopat contraria hucusque obſervantia non obſtante a comitiis werde zuerkennet werden, ſo gewiß dürfte es auf der andern Seite auch ſeyn, daß bis zur wirklichen Zuſtandebringung dieſes päpſtlichen Nationaladpellationsgerichtes die Comitia Anſtand nehmen werden, die bisherige Gewohnheit aufzuheben, nach welcher die Adpellationes quoad cauſſas eccleſiaſticas in tertia inſtantia auch bey den Nunziaturen introducirt werden konnten: denn da der Adpellationszug in tertia inſtantia ad pontificem nicht ſiſtirt werden kann, ſo müßten, wenn die Nunziaturgerichtsbarkeit im Deutſchlande aufgehoben

hoben werden ſollte, ohne daß ehevor das Nationaladpellationsgericht zu Stande gebracht iſt, die Adpellationes unmittelbar zu Rom introducirt werden — welches für die deutſche Nation ein größeres Gravamen ſeyn würde, als die bisherige Gewohnheit, an die Nunzien in Deutſchland zu adpelliren, war.

3.

Vor Errichtung des Nationalgerichtes dürfte ſomit eine geringe, oder gar keine Hoffnung vorhanden ſeyn, daß dieſer Antrag, die Nunziaturgerichtsbarkeit in cauſſis contentioſis im deutſchen Reiche aufzuheben, die Mehrheit der Stimmen erhalten werde. Denn da ſich die proteſtantiſchen Stände ihren Einfluß in dieſer Sache ſchon nicht benehmen laſſen — da des Königs in Preuſſen Majeſtät ihren katholiſchen Unterthanen in den kleviſchen Landen mittels eines Generalmandats die Freyheit zugeſtanden, ja gleichſam befohlen haben, ſich an den rheiniſchen Nunzius zu wenden — da Se. Churfürſtl. Durchlaucht von Pfalzbaiern, und andere weltliche Stände, und Staaten, ja ſogar viele Fürſtbiſchöfe gegründete Urſachen haben, zu wünſchen, daß die Adpellationes ehender an die Nuntien, als nach Rom ergehen; ſo getraute ich mir, auf die Mehrheit der Stimmen in comitiis pro abolitione omnis jurisdictionis nunciorum pontificiorum quoad cauſſas contentioſas in Germania, ſo lang das Nationaladpellationsgericht nicht daſtehet, keine Rechnung zu machen.

4.

Noch weniger wird mit dem Antrage auszulangen ſeyn, daß der Papſt die cauſſas voluntariæ jurisdictionis pur allein den Biſchöfen zu übertragen ſchuldig und gehalten ſeyn ſolle, oder wenn

er

er ſich dieſes nicht aufbürden läßt, daß alsdann diejenige, welche ſo eine Gnade, die der Papſt zu ertheilen hat, unmittelbar in Rom nachzuſuchen haben. Denn wenn ſchon die Ausführung des Antrags, die Nunziaturgerichtsbarkeit in cauſſis contentioſis im deutſchen Reiche aufzuheben, großen Beſchwerniſſen unterworfen iſt, der doch in Decreto Baſileenſi & conformi diſpoſitione S. Concilii Tridentini einigen Grund hat, um wie viel größern Difſikultäten muß die Ausführung des Antrages unterworfen ſeyn, daß der Papſt die ihm anerkanntermaſſen zuſtehenden Befugniſſe quoad cauſſas voluntariæ jurisdictionis, nicht durch ſelbſt beliebige Perſonen, die er Nunzien heißt, ſolle ausüben dürfen, da hierinnfalls weder Konzilien, noch Reichsgeſetze, *quoad rem vel modum* Ziel und Maaß ſetzen, ſondern vielmehr dieſes Befugniß des päpſtlichen Stuhles begründen:

6.

Man dürfte es meines Erachtens ziemlich weit gebracht haben, wenn man bey den Comitiis den Antrag durchſetzet

1mo. Daß Nationalrichter ernennet, und dieſe vom Papſte begnehmiget werden, und auf ſolchen Fall hin die Nunziaturgerichtsbarkeit in cauſis contentioſis in Deutſchland ceſſirt.

2do. Daß die Nunzien keine ordinariam, vel concurrentem cum Epiſcopis jurisdictionem, ſondern lediglich nur extraordinariam ex ſpeciali pontificis Commiſſione in illis cauſſis exerciren, die dem päpſtlichen Stuhle vi Concordatorum & Reſervationum nec non ſpecialis amicabilis compoſitionis gebühren.

Weswegen ich immer das verträglichſte zu ſeyn erachte, daß dem Papſte von dem deutſchen Episkopat communi Conſilio, &

junctis viribus nach vorausgeſchickten, auf unbeſtreitbaren Grundſätzen gebauten Vorſtellungen, ein freundſchaftlich annehmlicher Vergleichsentwurf vorgelegt, und zugleich auf einer Seite die ſchlimmen Folgen einer von Seiten des päpſtlichen Stuhles nicht verhoffenden Unnachgiebigkeit, auf der andern Seite aber die ſchönen Früchte eines gütlichen Benehmens zwiſchen Haupt und Gliedern gezeiget, und ſolchergeſtalten die gütliche Beylegung der fürwaltenden Differenzien bewirket, und in Anſicht der Nunziaturen feſtgeſetzet würde, daß päpſtl. Heiligkeit überhaupt Männern von Einſicht nach Wohlgefallen die in Gefolge der Primatrechte zur Pflicht tragende Oberaufſicht und Sorge, inſonderheit aber die in Gemäßheit des neuzuerrichtenden Vergleiches kompetirenden Jura auszuüben kommittiren möge, wo die Landesherren wegen ihren hiebey eintretenden Rechten ſchon ſelbſt ſorgen werden.

7.

Sollte man bey den Comitiis obbeſagten Antrag ad dictaturam bringen, und nicht durchſetzen, ſo läuft man Gefahr, das päpſtliche Anſehen noch unerſchütterlicher zu machen, ſomit ſich von dem in fine vorgeſteckten Ziele noch mehr zu entfernen — die biſchöflichen Rechte über gewiſſe Gegenſtände dem Angriffe ſowohl von päpſtlicher Seite, als von Seiten einiger Landesherren ohne ſichere Gewähr auszuſetzen, und am Ende, anſtatt etwas von dem, was man zu dato nicht hat, zu erobern, etwas, das man hat, zu verlieren.

Beſchluß.

Beſchluß.

§. 158.

Wenn ich ſchon eben nichts Neues geſagt habe, ſo hoffe ich dennoch zu mancher nützlich- und anwendbaren Reflexion den Stoff gegeben, und den Grund zu jenen Modifikationen geleget zu haben, unter welchen die fürwaltenden Irrungen ausgeglichen werden können.

Da meine Abſicht nicht war, eine gelehrte Abhandlung zu ſchreiben, ſondern nur meine Gedanken über die an mich geſtellten Fragen niederzuſchreiben, ſo habe ich dieſe ohne zierliche Ausmalung hingeworfen, und mich nur befliſſen, dasjenige, was mir in der Wahrheit gegründet, und für das gemeine Beſte nützlich ſchien, ſepoſito omni partium ſtudio, & reſpectu humano geradehin herauszuſagen. — Gott gebe unſrer lieben deutſchen Kirche Fried, und Einigkeit — das übrige giebt ſich ſodann von ſelbſt.

Für diejenige, die aus gewiſſen Abſichten immer gerne zweifeln, ob Se. päpſtliche Heiligkeit wohl im Ernſte geneigt ſeyn zur gütlichen Beylegung der vorwaltenden Differenzien die Hände zu bieten, will ich eine Anekdote anführen, die zureichend iſt, alle erdenkbare Zweifel über dieſen Punkt zu zerſtreuen.

Es iſt beym Ausbruche der Nunziaturſtreitigkeiten, und bey Erſcheinung der Embſerpunktation Sr. Exzellenz dem päpſtlichen Herrn Nunzius in München von Jemand eine Note *) überreichet

*) Ut mentem meam ſuper iis, quæ in Congreſſu Embſenſi geſta ſunt, candide aperiam, animadverto; Intentionem revindicandi Jura a Summa Se-

 de

chet worden, worinn behauptet wurde, daß der Thatweg, auf welchem gewiſſe von dem päpſtlichen Stuhle ſeit Jahrhunderten

de per tot ſecula exercita & poſſeſſa mihi non placere, ſi nulla prius Summo Pontifici facta remonſtratione, nulla præmiſſa petitione, nullis expoſitis rationibus, *mere via facti* in iſtis procedatur, cum non ſolum duriſſimum ego hocce remedium eſſe judicem, quemdam ab antiquiſſimæ ac viridiſſimæ poſſeſſionis, qualemcunque illa demum Originem habeat, Throno præcipitare, ſed inſuper etiam illud paci, atque caritati a Jeſu Chriſto Apoſtolis adeo commendatæ quam maxime, & non ſine periculo Corporis Chriſti dilacerandi, repugnare exiſtimem.

Alterum eſt, quod animadverto: Temporum, atque circumſtantiarum mutationem in imperio præcipue germanico talem eſſe, ut diſciplina eccleſiaſtica inter Summam Sedem, & Epiſcopos hucusque obſervata antiquo conſiſtere pede haud amplius valeat, ſed mutationem quoque in quam plurimis exigat, aut revocando quædam ad purioris Diſciplinæ eccleſiaſticæ rigorem, aut aliqua relaxando, quorum obſervantia, utut quondam fuerit ſalutaris, noſtris jam temporibus bono religionis non minus, quam ſtatui politico perniciosa eſſe dignoſcitur.

Ex his duabus animadverſionibus concludo

I. Mihi opportuniſſimum hoc videri, ut Epiſcopi Germaniæ illa omnia, quæ pro moderno Temporum Statu ſaluti reipublicæ chriſtianæ in Germania conducere, ſicut ea, quæ illi promovendæ, aut conſervandæ obeſſe exiſtimant, in unum colligant, collectaque Summo Pontifici exponant, atque iſta ſibi ex benignitate apoſtolica concedi poſtulent, quæcunque ad regimen & bonum ſpirituale ſuarum Diœceſium pro hiſce circumſtantiis neceſſaria, vel utilia judicaverint, ea vero removeri petant, quæ procurationem boni ſpiritualis ſuarum Diœceſium impediunt.

Con-

ten ausgeübte Rechte von Seite des deutſchen Episkopats zu re- vindiciren der Antrag gemacht wird, der Weg keineswegs ſey zum

Concludo II. a Summo Pontifice iſtiusmodi petitioni Epiſcoporum perpenſis præſentibus circumſtantiis paterne & benigne deferendum eſſe; cum lex caritatis exigat eam poteſtatis etiam certo competentis particulam dimittere, cujus conſervatio non facit ad ædificationem, ſed ad deſtructionem; atque hinc multo magis talia conſervandæ paci, & tranquillitati publicæ, atque caritati jura ſacrificare, quæ non in immediata, imo, quorum aliqua nec in mediata Chriſti inſtitutione fundantur, ſed ſua incunabula placitis, & inſtitutis mere humanis debent, aut omnino talia ſunt, ut exoptabilius foret, ſi a Summa Sede nunquam fuiſſent aſſumpta, aut a longiori tempore ſponte iterum dimiſſa.

Atque ut dicam paucis, prout coram Deo cogito, ſuaderem ego, ut Epiſcopi Germaniæ ea, quæ in congreſſu Embſenſi concluſa ſunt, a Summo Pontifice decenter petant, atque ſanctiſſimus illa, ſalvis fortaſſe quibusdam modificationibus ex benignitate apoſtolica concedat.

Tali etenim ratione a) Summæ Sedi ſalva remanet auctoritas Primatus, b) & Epiſcopis Germaniæ ſua reſtituitur, c) ordo hierarchicus non ſubvertitur, d) vinculum unionis, & caritatis inter confratres propter dominatum ex una alterave parte aſſumptum non disrumpitur, ſed fortius ligatur, e) Pax in Eccleſia conſervatur, & majora ac graviora, quam quibus a principatu ſeculari premitur, mala removentur; cum ſecus timendum ſit, ne unitas in Eccleſia diſcindatur, acatholici in ſuis erroribus confirmentur, infidelitas vero ex hiſce diſſidiis incrementa capiat, ac demum univerſus Epiſcopatus omnibus illis libertatibus & decoribus, quæ in primævæ caritatis ac puritatis meritum, ita diſponente ſuperna providentia, obtinuit, tanquam dominatus a Chriſto Domino tam ſevere damnati, ac exorientium inde in detrimentum religionis, & Status politici

zum Ziele zu kommen — ſondern daß man nur durch ein gütliches Einverſtändniß dasjenige erhalten möge, was man glaubt, mit Billigkeit verlangen zu können — daß aber auch Se. päpſtliche Heiligkeit nicht viele Diffikultät machen ſollten, dem billigen Verlangen der Herren Biſchöfe zu willfahren.

Derjenige, welcher dem Herrn Nunzius die Note zuſtellte, begnügte ſich damit, daß er ſeine Geſinnungen in dieſer Sache redlich eröffnet hatte, und er dachte an nichts weiters mehr — als er auf einmal ein Schreiben von gedachtem Herrn Nunzius erhielt, worinn es heißt: *J' avois envoié à ma cour la Conſultation ſur la demande en queſtion — Voici ce que Sa Saintetè me mande:* Nous avons trouvé la reponſe latine très excellente, & très opportune, qui devra par vous en nôtre Nom meriter à ſon Auteur les éloges les plus étenduës: il fait paroitre & la ſcience, & le zèle, & la connoiſſance la plus pro-

tici continuorum diſſidiorum nutrimento, a principibus ſecularibus penitus expolietur.

Quæ pericula evadendi vix aliud erit remedium, quam ſi Epiſcopi Germaniæ ex reverentia erga Eccleſiæ caput viam facti deſerant, & illam pacis ingrediantur, Summus vero Pontifex paterne obviando honorifice illos excipiat, & petentibus concedat poſtulata — in hoc Jeſu Chriſti Vicarium in Terris ſeſe commonſtrans, quod non ſe ſuaque commoda, ſed ſolius Eccleſiæ, & Religionis bonum quærat, ac cogitet, quod, qui ſucceſſit in vicem ac titulum Chriſti, in illius quoque ſuccedat affectum oporteat, & qui aliis præſidet Epiſcopis, juſſus ſit & amore præcellere, & exemplo Summi paſtoris ovium incolumitatem vitæ ſuæ (quare non jurium quorundam mere acceſſoriorum?) diſpendio tueri.

profonde des ſacrés Canons, avec une politique catholique, & éclaircie — *Je ne ſaurois rien ajouter à l' énergie, que le Saint Pere enchanté de cette production a mis dans l' office, dont il m' a chargé, & qui vous eſt bien dû.*

Es iſt in dieſer Note die Hauptidee von der gegenwärtigen Schrift enthalten: wenn alſo Se. päpſtliche Heiligkeit mit den in der Note aufgeſtellten Grundſätzen ſo ſehr zufrieden ſind, ſo muß aller Zweifel verſchwinden — ob Sie wohl zu einem gütlichen Einverſtändniſſe geneigt ſeyn werden? oder der Beyfall, den Sie der Note gaben, müßte ohne Abſicht, hienach ihres Orts zu handeln, nur dem Papiere gegeben worden ſeyn — ein Gedanke, der nur niedern Seelen in den Sinn kommen kann. — Alſo noch einmal — Gott gebe unſrer lieben deutſchen Kirche durch Denjenigen Friede und Einigkeit, den Chriſtus hier auf Erden an ſeiner Statt zum Mittelpunkte der Einigkeit, des Glaubens, und der Liebe

geſetzet hat.

Bayerische StaatsBibliothek
Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Haiden, Thomas Joseph von,

Gedanken über die Punktation des Embserkongresses, und die im Streit befangene päpstliche Nunziatursache im römischen deutschen Reiche

Deutschland [i.e. Augsburg] 1790

4 Conc. 53#Beibd.1
urn:nbn:de:bvb:12-bsb10348218-1
VD18 11690232